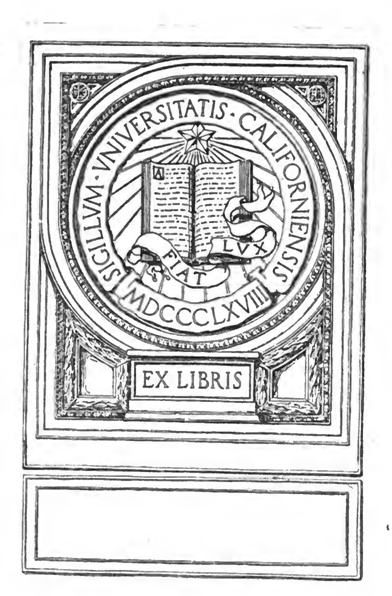
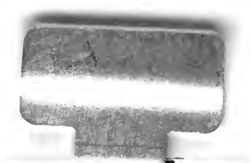
Hermann Fleißner

Genossenschaften und Arbeiterbewegung

Preis 1 Mark

Dresden 1911 :: Druck und Verlag von Kaden & Comp.

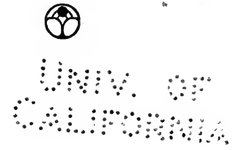

SIGILLVM · VNIVERSITATIS · CALIFORNIENSIS
FIAT LVX
MDCCCLXVIII
EX LIBRIS



Genossenschaften
und
Arbeiterbewegung



Von Hermann Fleißner



Dresden 1911
Druck und Verlag von Kaden & Comp.

Vorwort.

Der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen und der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg haben durch ihre Erörterungen und Beschlüsse über die Genossenschaftsfrage festgelegt, daß die Arbeitergenossenschaften (die Konsumvereine) ein wichtiges Hilfsmittel im Klassenkampfe der Arbeiter sein sollen und können. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit eines möglichst guten Einvernehmens zwischen den zielbewußten Organisationen der Arbeiterklasse und den Arbeiterkonsumvereinen. Zur Erzielung eines solchen und zu einer möglichst erfolgreichen Propaganda in diesem Sinne genügt jedoch der einfache Hinweis auf die erwähnten Beschlüsse nicht. Es ist vielmehr eine genauere Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse nötig.

Diese Kenntnis will die vorliegende Schrift vermitteln helfen. Sie ist aus dem Gefühl eines starken Bedürfnisses entstanden. Der besondere Charakter und Inhalt der einzelnen Kapitel ist aus den Ueberschriften klar zu erkennen, sodaß es in der Beziehung besonderer Hinweise nicht bedarf.

Nicht nur der Förderung der Sache in agitatorischer Hinsicht will die Schrift dienen; es galt auch, die prinzipielle Seite mehr hervorzuheben, als wie das bisher geschehen ist. Umsomehr, da der Magdeburger Parteitag dazu (in Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit) keine Gelegenheit bot. Wenn die organisierten Arbeiter aufgefordert werden, für die Genossenschaften, für die Konsumvereine, einzutreten, dann müssen und wollen sie auch wissen, warum. Der Hinweis auf die vorteilhafte Warenvermittelung allein reicht da nicht aus. Es war daher auch die soziale Bedeutung besonders scharf hervorzuheben. Denn gerade sie macht der modernen Arbeiterbewegung die Arbeitergenossenschaften wertvoll. Wird das erst in den Massen der klassenbewußten Arbeiter richtig bekannt, werden sie mit viel mehr Eifer als bisher auch für die Förderung der Konsumvereine eintreten.

Es ist aber auch der Ueberschätzung der Bedeutung der Konsumvereine entgegenzutreten und auf die zweck- und sinnwidrige Neutralität hinzuweisen. Die Selbständigkeit der Konsumvereine wird durch die

Stellung der sozialdemokratischen Partei in keiner Weise beeinträchtigt, vielmehr ausdrücklich anerkannt und gewünscht. Weiter zu gehen und bei jeder Gelegenheit ostentativ von der Sozialdemokratie abzurücken, wie es heute häufig geschieht, — dazu haben die Konsumvereine keinen Anlaß. Das von allen Seiten gewünschte gute Einvernehmen wird dadurch nur gestört. Noch schlimmer aber ist, wenn aus bürgerlichen Kreisen Versuche kommen, die Arbeiterkonsumvereine von der politischen Organisation zu isolieren. Ihnen muß mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Eine kritische Würdigung gewisser Vorgänge, besonders in der konsumgenossenschaftlichen Literatur, war deshalb im Interesse der Sache nötig.

H. Fleißner.

Inhalt.

Partei und Genossenschaften.

Sehr häufig wird behauptet, die Sozialdemokratie habe sich früher nicht um die Genossenschaften gekümmert; sie habe ihnen keinerlei Bedeutung für die Interessen der Arbeiterklasse beigemessen. Erst in neuerer Zeit, da die Arbeitergenossenschaften auch ohne sie, vielfach sogar gegen ihren Willen, zu großen bedeutungsvollen Wirtschafts-Organisationen sich entwickelten, bringe die sozialdemokratische Partei Deutschlands ihnen mehr Verständnis entgegen.

Selbst wenn das so wäre, könnte es kein Vorwurf sein, denn daß die Sozialdemokratie alles fördern und unterstützen muß, was den Interessen der Arbeiterklasse wirklich dient, liegt so sehr in ihrem ganzen Wesen, ist so nötig für ihre eigene Entwicklung, daß eine absichtliche oder auch nur sozusagen fahrlässige Nichtbeachtung einer nennenswert wichtigen Angelegenheit der Arbeiter ganz ausgeschlossen ist. Dabei ist freilich nie zu vergessen, daß eine klare und zielbewußte Politik der klassenbewußten Arbeiter immer erst mit den wichtigsten Aufgaben ins Reine kommen muß, ehe sie an die Erledigung der nächstwichtigen gehen kann.

Es handelt sich dabei auch mehr um die formale, parteioffizielle Entscheidung, die in allen wichtigeren Fragen erst nach längerer Beobachtung und Erfahrung getroffen werden kann. Jahre- und jahrzehntelang sind derartige Fragen innerhalb der Partei erörtert worden, ehe es zu einer klaren Entschließung kommen konnte. So ähnlich ist es auch mit der Genossenschaftsfrage gegangen. Gerade in diesem Falle kann man ein allmähliches, etappenmäßiges Ausreifen theoretischer Untersuchungen zu praktischen Ergebnissen beobachten. Und es hat gar keinen Zweck, nun nachzuspüren, ob der Weg von utopistischen, mißverständlichen, zum Teil direkt falschen Anschauungen bis zur klaren Erkenntnis nicht hätte doch kürzer sein können, zum Nutzen der Arbeitergenossenschaften und der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Bei der Schwierigkeit des Problems: das Verhältnis der Genossenschaften als Faktor in der Klassenbewegung der Arbeiter zu ergründen, war Vorsicht jedenfalls besser, wie Uebereilung. Haben doch die deutschen Arbeitergenossenschaften selbst verhältnismäßig lange Zeit gebraucht, um brauchbare Grundlagen für die zutreffende und umfassende Beurteilung

ihrer Bedeutung zu erhalten. Dazu haben aber der wissenschaftliche Sozialismus und die Praxis sozialistischer Betätigung nicht wenig beigetragen. Die Arbeitergenossenschaftsbewegung Deutschlands ist geradezu sozialistisch von allem Anfang an, wenn auch nicht gleichmäßig nach der Schablone überall. Im allgemeinen ist der maßgebende sozialdemokratische Einfluß deutlich erkennbar. Organisatorisch hat ihm die deutsche Arbeitergenossenschaftsbewegung sicher viel, wenn nicht alles zu danken. Das hat Paul Göhre in seinem Buch:[1] Die deutschen Arbeiterkonsumvereine unbestreitbar und dokumentarisch durch typische Beispiele festgestellt.

Es ist also falsch, wenn behauptet wird, die Sozialdemokratie habe sich früher nicht um die Genossenschaften gekümmert, habe niemals auch nur den Versuch gemacht, die Wirtschaftsgenossenschaften für die Arbeiterbewegung nutzbar zu machen. Marx und Lassalle haben speziell den Wirtschaftsgenossenschaften eine nicht unwesentliche Rolle in der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung zugedacht; sie haben ihr Hauptaugenmerk allerdings auf die Produktivgenossenschaften gerichtet; die Konsumvereine schieden fast völlig aus dem Kreis ihrer Betrachtungen, und soweit sie erwähnt und behandelt wurden, stellte man sich ihnen ablehnend gegenüber, weil Marx und Lassalle der Meinung waren, daß auch die Wirtschaftsgenossenschaften Mittel zur Veränderung der Produktionsverhältnisse sein könnten. Daraus ergab sich ganz von selbst, daß in diesem Sinne Konsumgenossenschaften nicht in Frage kommen können. Marx hat an mehreren Stellen im „Kapital" darauf hingewiesen, daß die Produktivgenossenschaften mit Triebkräfte zur Umwandlung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sein können. So spricht er im dritten Bande davon, daß die Ausbeutung der Arbeiter durch die Händler eine sekundäre sei, die neben der ursprünglichen im Produktionsprozeß unmittelbar vor sich gehenden, herlaufe, daß also infolgedessen Konsumvereine und alle Organisationen, die sich auf den Handel beziehen, nicht in Betracht kommen können für die moderne Arbeiterbewegung.

Sehr interessant ist, was Karl Marx an einer anderen Stelle (3. Band, 1. Teil, Kapitel 27), mehr gelegentlich, über den Charakter der Arbeiter-Produktivgenossenschaften innerhalb der privatkapitalistischen Wirtschaft sagt:

> „Die Kooperativfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren und reproduzieren müssen. Aber der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist innerhalb

---

[1] Die deutschen Arbeiterkonsumvereine. Verlag des Vorwärts. 655 Seiten.

selben aufgehoben, wenn auch zuerst nur in der Form, daß die Arbeiter als Assoziation ihr eigener Kapitalist sind, das heißt die Produktionsmittel zur Verwertung ihrer eigenen Arbeit verwenden. Sie zeigen wie, auf einer gewissen Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte und der ihr entsprechenden gesellschaftlichen Produktionsformen, naturgemäß aus einer Produktionsweise sich eine neue Produktionsweise entwickelt und herausbildet. Ohne das aus der kapitalistischen Produktionsweise entspringende Fabriksystem könnte sich nicht die Kooperativfabrik entwickeln. . . . Die kapitalistischen Aktienunternehmungen sind ebensosehr wie die Kooperativfabriken als Uebergangsformen aus der kapitalistischen Produktionsweise in die assoziierte zu betrachten, nur daß in den einen der Gegensatz negativ und in den anderen positiv aufgehoben ist."

Hier wird rein theoretisch eine Tendenz, das Wesen der Produktivgenossenschaften erklärt, ohne daß die praktische Seite der Sache für das Interesse der Arbeiter näher geprüft werden konnte. — Noch etwas weiter wie Marx ging Lassalle, als er sich im „Offenen Antwortschreiben" zur Sache äußerte. Er meinte, es sei falsch, den Arbeitern als Konsumenten helfen zu wollen; man müsse ihnen von der Seite helfen, wo sie der Schuh drückt, als Produzenten. Denn wenn die Konsumvereine einflußreich werden, „mehr den Arbeiterstand umfassen, tritt die notwendige Konsequenz ein, daß der Arbeitslohn infolge der durch die Konsumvereine billiger gewordenen Lebensmittel fällt". Das ist die vom wissenschaftlichen Sozialismus als irrig erkannte Theorie von der Wirkung des „ehernen Lohngesetzes", die zu derartigen Schlüssen führte. — In der Resolution des Genfer Kongresses der Internationale (1866) wird die Marxsche Auffassung folgendermaßen ausgedrückt: „Wir empfehlen den Arbeitern, sich eher auf Produktionsgenossenschaften, als auf Konsumgenossenschaften einzulassen. Die letzteren berühren nur die Oberfläche des heutigen ökonomischen Systems, die ersteren greifen es in seinen Grundfesten an."

Heute wissen wir nach jahrzehntelanger Erfahrung, daß die Arbeiter die Genossenschaften besser in anderer Form für ihre Klasseninteressen nutzbar machen können. Nicht im Rahmen selbständiger Produktivgenossenschaften, sondern durch die Konsumvereine und die aus dem organisierten Konsum entwickelte Eigenproduktion. Die skizzierten Vorgänge zeigen aber doch, daß der wissenschaftliche Sozialismus schon frühzeitig ernste Versuche gemacht hat, die Wirtschaftsgenossenschaften auch den Arbeitern dienstbar zu machen. Daß man dabei nicht schon damals zu den rechten Resultaten kam, lag an den in Deutschland besonders gearteten Verhältnissen und daran, daß der wissenschaftliche Sozialismus lebhaft gegen eine starke Ueberschätzung

der sozialen Bedeutung des Genossenschaftswesens zu kämpfen hatte, die von bürgerlicher Seite gepflegt wurde.

Die prinzipiellen Auffassungen standen sich auch in dieser Frage schroff gegenüber und man mußte die eben zum Klassenbewußtsein erwachenden Massen vor schweren Irrtümern bewahren. Die Schulze-Delitzschsche Genossenschafts-Ideologie konnte tatsächlich dem Vordringen prinzipieller Klarheit über das wahre Wesen des Klassenstaates sehr hinderlich werden. Es galt aber, unter allen Umständen die deutschen Arbeiter in erster Linie zu politisch geschulten und durch den wissenschaftlichen Sozialismus überzeugten Klassenkämpfern heranzuziehen. Sind sie das, dann ist es unmöglich, ihnen mit genossenschaftlichen Utopien das Hirn zu verkleistern, sie auf diese Weise vom Klassenkampfe abzuhalten, wie es bürgerliche Genossenschaftspolitiker damals wohl mit im Sinne hatten. Man benützte die Genossenschaften als Mittel zu dem Zwecke, die bürgerliche Gesellschaftsordnung zu befestigen, indem man die Massen von dem politischen Kampfe abzulenken versuchte. Sozialdemokratische Theoretiker und Praktiker haben die Genossenschaften in erster Linie aber stets unter dem Gesichtswinkel betrachtet, ob und wie sie die Arbeiter in ihrem Befreiungskampfe zu unterstützen geeignet sind. Also direkt entgegengesetzte Anschauungen, die sich naturgemäß aus der bürgerlichen und sozialistischen Gedankenwelt ergeben müssen.

Mehr noch wie bei Schulze-Delitzsch, dem „Vater" der deutschen Genossenschaften, trat das Streben bürgerlicher Genossenschafts-Propagandisten bei dem konservativen Professor Huber zutage. Schulze stand als liberaler Oppositionsmann und Steuerverweigerer bei der preußischen Regierung und den Junkern nicht gerade hoch im Ansehen. Was er wollte, war auf jeden Fall verdächtig. So auch seine Agitation für Genossenschaften, die man im preußischen Herrenhause sogar einmal als staatsgefährlich denunzierte. Lächerlich, aber wahr. (Solche Sachen passieren übrigens ja auch heute noch den *Arbeiter*konsumvereinen, weil sie von der Sozialdemokratie gefördert und geschützt werden.) Als waschechter konservativer Mann wollte Huber, indem er Schulze in der Agitation beisprang, offen demonstrieren, daß die Genossenschaften keineswegs eine so schlimme Sache seien. Der Herr Professor war sich über den Zweck und die Absichten seines Eingreifens durchaus klar, indem er für Schulzes Genossenschaften und *gegen Lassalles politische Agitation* Partei nahm. Er tat es in Wahrung bürgerlicher Interessen, denen das politische Erwachen der Arbeiterklasse gefährlich werden mußte. Dabei bekundete er immerhin ein gewisses Maß sozialer Einsicht, indem er dafür eintrat, daß dem Arbeiter eine einigermaßen auskömmliche Existenz gewährleistet sein solle. Aus diesem Grunde forderte er Freigabe der *wirtschaftlichen* Organisation der Arbeiter, damit sie sich gegen die Macht der Unternehmer wehren und schützen

könnten. Dabei hatte er wesentlich mit die Genossenschaften im Auge. Verwehre man den Arbeitern diese Organisation, dann habe der Staat die Pflicht, für die Existenz der Arbeiter zu sorgen. Das vermöge der Staat nicht, deshalb müsse man den Arbeitern die wirtschaftliche Selbsthilfe gewähren. Die politische Bewegung der Arbeiter war ihm ein Greuel, obwohl gerade hier der Hebel angesetzt werden muß, wenn die Arbeiter sich bessere Existenzbedingungen schaffen. Seine Auffassung kleidete Huber einmal in die markanten Worte:

> „Der Pauperismus ist der trockene oder faule Brand des Proletariats, das an sich keine Krankheit, sondern im Gegenteil ein unentbehrliches Glied des gesunden Volksleibes ist. Dies Glied ist gesund, solange eine wenigstens die Erzeugungskosten deckende Verwertung der Arbeitskraft vorhanden ist.“

Ein durchaus klarer kapitalistischer Gedanke mit ein wenig sozialem Einschlag: Der Arbeiter soll gerade so leben können, daß er ein möglichst brauchbares Ausbeutungsobjekt ist. — Es ist begreiflich, daß Leute, die mit derartigen Anschauungen die Genossenschaften empfehlen, bei den breiten Massen das größte Mißtrauen hervorrufen mußten. So wurde das Genossenschaftswesen gerade den politisch denkenden Arbeitern verekelt, die in erster Linie berufen gewesen wären, es auf seinen wahren Wert zu prüfen und zu fördern, die Machthaber im Staat aber konnten sich mit solchen Genossenschaftstheorien wohl abfinden. Und auch das junkerliche Gewissen eines von Kleist-Retzow wird sich beruhigt haben, der 1867 in der Genossenschaftsgesetzkommission des Preußischen Herrenhauses erklärt hatte: „Die Genossenschaften sind eine Organisation eines Staates im Staate unter einem Führer, der der Staatsregierung wie der Kirche feindlich gegenübersteht.“ — Mit dem Führer war Schulze gemeint.

Wurden den Arbeitern durch bürgerliche Absichten und Methoden die Genossenschaften verleidet, so ließen später die Auseinandersetzungen der beiden sozialdemokratischen Richtungen auch keinen Raum für weitere Erörterungen innerhalb der Bewegung. Ein Meinungskampf um die Genossenschaften hätte höchstens das Ringen nach theoretischer Klarheit noch mehr kompliziert. Das zu wollen konnte keinem Sozialisten einfallen. Bald nach der Einigung der sozialdemokratischen Partei, im Jahre 1875, kam das Sozialistengesetz, das zwölf Jahre, bis 1890, auf der modernen Arbeiterbewegung Deutschlands lastete. Während dieser Zeit war erst recht nicht an die Aufrollung neuer Parteifragen zu denken; da hatte man anderes im Kampfe gegen eine beispiellose Reaktion zu tun, als über Genossenschaften zu debattieren. Und nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes war die dringendste Aufgabe der Partei die Schaffung eines neuen, der wissenschaftlichen Erkenntnis

entsprechenden Programms. Man kann nun vielleicht sagen, daß gerade bei dieser Gelegenheit die Genossenschaftsfrage berücksichtigt werden mußte. Zu jener Zeit war eine Arbeitergenossenschafts-**Bewegung** aber eben erst entstanden, und zwar in Sachsen. Von Bedeutung war sie noch nicht, und von keiner Seite sind unseres Wissens Anregungen dieser Art gekommen. Da praktische Resultate, die für uns zu brauchen waren, fehlten, hätte die Erledigung der Genossenschaftsfrage in diesem Stadium umfassendere geschichtliche und theoretische Studien nötig gemacht.

Doch schon der dritte Parteitag nach dem Fall des Sozialistengesetzes, 1892 in Berlin, beschäftigte sich mit dem Genossenschaftswesen. Allerdings nur in Verbindung mit dem Boykott und der Kontrollmarke, die damals eine Rolle im wirtschaftlichen Kampfe spielte. Aus dem Referat Auers und den Debatten ging hervor, daß man nur Produktivgenossenschaften, als für die Arbeiter besonders in Betracht kommend, im Sinne hatte. Von Konsumvereinen war überhaupt nicht die Rede. Auch ein Beweis, wie wenig man damals davon wußte. Das ist erklärlich. Denn von den reichlich 1150 Konsumvereinen, die der Deutsche Zentralverband Ende 1910 zählte, bestanden im Jahre 1892 erst 199. Davon in Thüringen (nur kleine unbedeutende Vereine) 76, in Sachsen 50, in Süddeutschland 35. (Wir beziehen uns absichtlich nur auf die Vereine des Zentralverbandes, weil er die **moderne** und **bedeutendste** Konsumvereinsorganisation Deutschlands repräsentiert, auf die es ankommt.) Eine große Konsumvereins**bewegung**, die das öffentliche Interesse erregt hätte, gab es in Deutschland noch nicht; soweit organisierte Arbeiter dabei in Betracht kommen, erst recht nicht. Referat, Debatte und Resolution drehten sich nur um **Produktiv**genossenschaften, soweit zur Genossenschaftsfrage Stellung genommen wurde. Der Referent erklärte, die Stellung der Sozialdemokratie zum Genossenschaftswesen sei von jeher „**klar und abgeschlossen** gewesen“. Sie ergäbe sich aus den Lassalleschen Agitationsbroschüren. — Ueber Konsumvereine derartiges zu sagen, wäre ganz unmöglich gewesen. Schließlich wurde unter Ablehnung aller Aenderungsanträge die Resolution des Referenten angenommen, die über die Stellung zu den Genossenschaften sagt:

> „In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt: sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzermöglichung von im politischen oder im gewerkschaftlichen Kampfe gemaßregelten Genossen bezwecken oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen,

daß genügend Mittel für eine gesunde, finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden. Im übrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften imstande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern."

Diese Resolution kann als Ganzes heute nur noch entwicklungsgeschichtlichen Wert beanspruchen.

Inzwischen gewannen die Konsumvereine immer mehr Boden in den Kreisen der Arbeiter. Neue wurden gegründet, bereits bestehende ausgebaut. Fast überall ging die Initiative von organisierten Arbeitern beziehungsweise von Sozialdemokraten aus. Im Jahre 1897 erschien die bekannte Broschüre Kautskys über die Arbeiterkonsumvereine, ein sehr wertvoller Beitrag zur Beurteilung der Genossenschaften vom sozialdemokratischen Standpunkte aus. Die erste Schrift in der sozialistischen Literatur, die die Frage ausführlicher behandelte. Kautsky faßte sein Urteil in die Sätze zusammen:

„Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, neben dem Kampf der Gewerkschaften um Beeinflussung der Produktionsbedingungen, neben dem Kampfe des Proletariats um die Macht in Gemeinde und Staat nach Ausdehnung und Vermehrung der von ihnen beherrschten und verwalteten Produktionsweise, eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse zu spielen."

Das klang wesentlich anders, als die Erörterungen des Berliner Parteitags. Freilich waren unterdessen auch wieder 5 Jahre verflossen, eine Zeit, in der ein schnelles Vorwärtsschreiten der Konsumvereine zu verzeichnen ist. Daß ein genaueres Studium der Sache andere Ergebnisse bringt, wie eine flüchtige Betrachtung, ist übrigens nichts Auffälliges.

Eine bedeutsame Rolle hat die Genossenschaftsfrage 1899 auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Hannover gespielt. Sie wurde aufgerollt in der großen Taktikdebatte. Auch damals noch gab es recht eigenartige Anschauungen über die Bedeutung der Genossenschaftsfrage. Es wurde gesagt, daß die Genossenschaften kein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse und zur selbständigen Vertretung ihrer Angelegenheiten seien. Es wurde ferner behauptet, man könne die Genossenschaften zum Klassenkampf nicht gebrauchen; daß die Arbeiter Selbstmord begehen würden, wenn sie diese Waffe benutzen würden.

Die Konsumvereine seien gewöhnliche Erwerbsgesellschaften, nicht aber Instrumente des Klassenkampfes. Benutze der Klassenkampf den Konsumverein als „fundamentale“ Waffe, so treibe er Selbstmord.

Im einzelnen genommen, klingen diese Bemerkungen und Urteile schroff ablehnend. Aus der Debatte ergibt sich aber, daß es richtiger ist, sie mehr als Abwehr gegen allzu überschwengliche Empfehlungen der Genossenschaften zu nehmen. Zum Unterschied von Berlin (1892) drehte sich die Betrachtung vornehmlich um Konsumvereine. In dieser Beziehung war man auf dem richtigen Wege. Den ablehnenden Meinungen treten befürwortende gegenüber, die die Konsumvereine in die Hilfsmittel des Klassenkampfes der Arbeiter eingereiht wissen wollen. Jedenfalls zeigte die Diskussion das ernste Streben, das rechte zu finden. In der zur Sache beschlossenen Resolution wird über die Genossenschaften gesagt:

> „Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt, daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen, sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.“

Vom Standpunkte des sozialdemokratischen Genossenschafters aus muß die hier ausgedrückte Parteitagsmeinung als ein großer Fortschritt gegen das, was bis dahin Geltung hatte, bezeichnet werden. Die Resolution hat denn auch ihre Wirkung in weiteren Kreisen der Sozialdemokratie nicht verfehlt. Man erkannte mehr und mehr die Bedeutung der Konsumvereine für die Interessen der Arbeiter und die moderne Arbeiterbewegung an, wenn auch ein gewisses, aus den Verhältnissen erklärliches Mißtrauen gegen ihre Unterstützung nicht ohne weiteres zu beseitigen war.

Auf dem Parteitag in Essen 1907 war ein Antrag von Hamburg und Frankfurt a. M. gestellt, der den Parteitag „ersucht, die Stellung der Partei zur Genossenschaftsbewegung auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitags zu setzen, falls es die Umstände gestatten“. Der Parteitag beschloß, „den Antrag dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen“. Der Parteivorstand kam nicht dazu, dem Wunsche zu entsprechen. Der Bericht an den Parteitag in Nürnberg sagt darüber:

„Die Genossenschaftsfrage wurde bereits auf dem Berliner Parteitage 1892 verhandelt. In Hannover hat die Partei 1899 bei Beratung der parteitaktischen Fragen im vierten Absatz der Resolution Bebel die prinzipielle Stellung der Partei zu den Wirtschaftsgenossenschaften erneut präzisiert. Den Antragstellern war es um eine prinzipielle Erörterung nach der Begründung, die sie von ihrem Antrag in Essen gaben, nicht zu tun, sondern sie wollten speziell die Frage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Genossenschaften einmal auf einem Parteitag erörtert haben. In dieser Frage verhandeln seit Jahren Gewerkschaften und Genossenschaften. Sowohl der Gewerkschaftskongreß in Hamburg als der Genossenschaftstag in Eisenach haben sich in diesem Jahre bereits mit der Angelegenheit befaßt. Der Parteivorstand sah davon ab, diese Frage auf die Tagesordnung des Parteitags zu setzen, weil in diesem Jahre andere Referate wichtiger sind."

In der Tat ist, wie das Protokoll über den Essener Parteitag erkennen läßt, jener Antrag so begründet worden, wie der Parteivorstand sagt. Und es ist ihm völlig zuzustimmen, daß es nicht Aufgabe eines Parteitags sein kann, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Genossenschaften zu erörtern. War die Begründung des fraglichen Antrags auch falsch, so zeigte es sich doch, daß in weiteren Parteikreisen das Bedürfnis bestand, die Frage abermals auf einem Parteitage zu besprechen. Das zeigte sich auch in der sozialdemokratischen Presse. Auf dem Parteitage in Leipzig 1909 lag abermals ein derartiger Antrag vor. Er hatte den Erfolg, daß die Genossenschaftsfrage als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des darauffolgenden Parteitages in Magdeburg gestellt wurde.

Nur wenige Wochen vorher nahm der Internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen ebenfalls zum Genossenschaftswesen Stellung. Das Bedürfnis dazu war also auch in andern Ländern vorhanden. Die wesentlichsten Debatten fanden in der zur Vorbereitung der Sache für das Plenum eingesetzten Kommission statt. Die Meinungen gingen besonders in prinzipieller Hinsicht stark auseinander. Die vom Kongreß beschlossene Resolution lautet:

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind, die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion

und des Austausches vorzubereiten helfen, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeit herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampf sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongreß fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereins-Bewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterklasse ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken, daß die Ueberschüsse nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großeinkaufsgesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen; daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden; daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.

Ob und inwieweit die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.

In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größere sein werden, je stärker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen.

Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, ge-

werkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer innigere werden."

Diese Resolution ist in einzelnen wichtigen Punkten das Resultat eines Kompromisses, wie sich aus der Debatte darüber ergibt. Was bei der Mannigfaltigkeit der Genossenschaftsbewegung in den einzelnen Ländern nicht verwunderlich ist. Eine national so verschiedene Sache kann von einem internationalen Parlament sehr schwer zu einem in jeder Beziehung einheitlichen Willen formuliert werden. Prinzipiell mißt sie den Genossenschaften eine etwas zu weitgehende Bedeutung im Klassenkampfe der Arbeiter bei. Doch es kommt viel auf die Begriffsbestimmung an. Und da bleibt ziemlich weiter Spielraum. Organisatorisch greift der vorletzte Absatz in das Selbstbestimmungsrecht der Genossenschaften ein, das nach dem Schlußsatz nicht angetastet werden soll. Auf die Form kommt es nicht so sehr an, vielmehr auf den Geist, der in den Arbeitergenossenschaften herrscht, wie im übrigen richtig gesagt wird. Der Satz war nötig infolge der separatistischen Bestrebungen der tschechischen Genossen. Er wurde zur Entscheidung über die Frage, ob nationale oder Klassenorganisation.

Die Verhandlungen in Magdeburg litten etwas darunter, daß man erst am vorletzten und letzten Tage dazu kam, den Punkt Genossenschaftsfrage zu erledigen. Immerhin war die Debatte recht lebhaft. Die vom Referenten und dem Parteivorstand vorgelegte Resolution stellt das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei folgendermaßen fest:

> „Bei der Bewertung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittelung der wichtigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen.
>
> Die allgemeine Verteuerung der Lebensmittel und der notwendigsten Gebrauchsgegenstände, die vor allem eine Folge der agrarischen Zoll- und Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist, hat die breiten Volksmassen in steigendem Maße auf die Nützlichkeit des Zusammenschlusses in Konsumentengenossenschaften hingewiesen.
>
> Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse decken, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiete. Je mehr die Mitglieder der Konsumvereine mit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerk-

schaften identisch werden und von deren Geist erfüllt sind, desto besser können sie wertvolle soziale Arbeit leisten durch Schaffung vorbildlicher, mit den Gewerkschaften vereinbarter Lohn- und Arbeitsverhältnisse für ihre Angestellten. Durch Einrichtung von Not- und Hilfsfonds für ihre Mitglieder, durch Einwirkung auf die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter jener Betriebe, deren Abnehmer die Genossenschaften sind, durch Uebergang zur Eigenproduktion und durch Erziehung der Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten können die Konsumgenossenschaften ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampfe sein.

Die Konsumvereine erledigen ihre Aufgaben selbständig und unabhängig. Mit ihrer zunehmenden wirtschaftlichen Bedeutung und der Verschärfung der Klassengegensätze wächst ihre Gegnerschaft in bürgerlichen Kreisen; durch ausnahmegesetzliche Bestimmungen und schikanöse Verwaltungsmaßnahmen suchen die Behörden und bürgerlichen Parteien ihre Entwicklung zu hemmen. Die gleichen Kreise haben ehedem die Gründungen von Konsumvereinen als eines der vornehmsten Mittel für die Lösung der sozialen Frage empfohlen.

Die sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten für die Konsumvereine entspricht den Klasseninteressen des Proletariats, denn die genossenschaftliche Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse.

Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Sie bildet den Abschluß langer und vielseitiger Erörterungen und gibt in der Hauptsache die formale Bestätigung eines Zustandes, der längst schon bestand, ohne daß auf allen Seiten die rechte Klarheit und das nötige Verständnis dafür vorhanden war. Jetzt ist fester Grund da, auf dem praktisch und zielbewußt weiter gebaut werden kann.

* * *

Es ist angebracht, im Anschluß an diese Darstellung kurz auf die Verhältnisse in Oesterreich hinzuweisen. Dort ist die moderne Arbeiterbewegung der reichsdeutschen am ähnlichsten. Das trifft auf die Konsumvereinsbewegung in noch höherem Maße zu. Das Genossenschaftsgesetz ist fast das gleiche, ebenso die Stellung der Parteien, der Behörden und des Mittelstandes gegenüber den Arbeitergenossenschaften. Trotz alledem ist in Oesterreich das Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu den Konsumvereinen moderner Richtung ein sehr inniges. Das kam auf dem Reichsparteitag im Jahre 1906 zum Ausdruck, und noch mehr auf dem niederösterreichischen Parteitag im Jahre 1907. Dort betonte der Referent über den Punkt Partei und Genossenschaften:

> „Die Konsumentenorganisation darf nicht im Widerspruch stehen mit der Arbeiterbewegung. Sie darf nicht in die Hände von Leuten geraten, für die die Partei keine Verantwortung übernehmen kann. Die Konsumvereine müssen nicht nur gut geleitet, sondern auch Kampforganisationen der Arbeiterschaft sein. Der genossenschaftliche Geist muß proletarischer, sozialdemokratischer sein."

Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution:

> „In voller Uebereinstimmung mit dem letzten Reichsparteitag macht es der niederösterreichische Landesparteitag allen Genossen und Genossinnen zur Pflicht, überall dort, wo Konsumvereine bestehen, diesen beizutreten und ihre Pflicht als Mitglieder zu erfüllen, und dort, wo Konsumvereine nicht bestehen, die politische und gewerkschaftliche Organisation aber eine entsprechende Stärke erreicht hat, im Einvernehmen mit diesen Organisationen und mit dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine einen Konsumverein zu gründen, und erklärt der Landesparteitag, daß die Konsumvereine ihre Aufgabe nur dann erfüllen können, wenn sie im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet sind und ihre lokalen Interessen dem Interesse der Gesamtheit unterordnen.
>
> Der Landesparteitag erklärt deshalb, daß nur jene Konsumvereine Anspruch auf Förderung durch die organisierte Arbeiterschaft besitzen, die folgenden Bedingungen entsprechen: 1. Dem Zentralverband österreichischer Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft österreichischer Konsumvereine angehören, ihre Pflichten gegen diese Zentralorganisationen voll erfüllen und deren Bestrebungen wirksam unterstützen. 2. Ihr Statut in allen wesentlichen Beziehungen dem Musterstatut des Zentralverbandes anpassen. 3. Den Lokalorganisationen einen entsprechenden Einfluß auf die Wahl ihrer Funktionäre einräumen. 4. Die Arbeitsbedingungen ihrer Angestellten im Ein-

vernehmen mit der gewerkschaftlichen Organisation regeln. 5. Beim Bezug von Waren, soweit er nicht durch die Großeinkaufsgesellschaft erfolgen kann, alle Lieferanten ausschließt, die von den gewerkschaftlichen Zentralverbänden namhaft gemacht werden.

Um ein inniges Zusammenarbeiten der politischen und der genossenschaftlichen Organisation zu gewährleisten, empfiehlt der Landesparteitag, daß 1. den Sitzungen der Landesparteivertretung, respektive des Zentralverbandes je ein Delegierter des Zentralverbandes, respektive der Landesparteivertretung beigezogen werde, dem eine beratende Stimme zukommt; 2. jedem Konsumverein eine Vertretung in der Lokalorganisation eingeräumt werde. Der Landesparteitag beauftragt die Landesparteivertretung, energisch dahin zu wirken, daß die bestehenden Fabrikskonsumvereine sich möglichst bald auflösen und sich als allgemeine, jedermann zugängliche Konsumvereine neu konstituieren oder, wenn in dem betreffenden Orte ein dem Zentralverband angehöriger Konsumverein schon besteht, sich mit diesem verschmelzen."

Aus den in dieser Resolution niedergelegten Anschauungen und Grundsätzen ergibt sich ein sehr enges Miteinanderarbeiten zwischen Partei und Konsumvereinen. Im Interesse der Unterstützung des Klassenkampfes der Arbeiter! Ohne daß die Konsumvereine „politisch" zu werden brauchen. Denn in ihre praktische Tätigkeit mischt sich die Partei auch in Oesterreich nicht. Da sind die Grenzlinien genau so scharf gezogen, wie in Deutschland.

Gewerkschaftsbewegung und Genossenschaften.

Zwischen beiden Organisationsarten bestehen sehr enge wirtschaftliche und soziale Beziehungen. Eine gegenseitige Förderung, soweit nur irgend möglich, erscheint von vornherein ganz selbstverständlich. Und doch würden auch die Gewerkschaften von dem Vorwurf, sehr spät den Wert der Konsumvereine erkannt zu haben, getroffen werden, wenn es überhaupt Sinn hätte, ihn zu erheben. In der Hauptsache trifft hier dasselbe zu, wie bei der Partei. Heute ist man von der Nützlichkeit des gegenseitigen Verstehens und Zusammenwirkens durchaus überzeugt. Reibungsflächen, die sich aus dem gegensätzlichen Produzenten- und Konsumenten-Verhältnis ergeben und auch in der Genossenschaft nicht ganz zu beseitigen sind, können doch auf ein Minimum gebracht worden.

Die größte Rolle spielt dabei das Lohn- und Arbeitsverhältnis der in der Genossenschaft beschäftigten Personen. Bei der demokratischen Einrichtung der Genossenschaften ist das Konsumvereinsmitglied als solches auch „Arbeitgeber“. Von seiner Einsicht hängt es viel ab, wie das Arbeitsverhältnis beschaffen ist. Auch dann, wenn formell die Verwaltung darüber zu entscheiden hat. Denn eine einsichtige und kluge Verwaltung wird sich Anregungen der Generalversammlung nicht widersetzen, wenn sie durchführbar und zweckmäßig sind. An vorbildlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den Konsumvereinen sind die Gewerkschaften aber stark interessiert. Nicht nur, weil eine kleine Anzahl von Lohnarbeitern in ihrer Existenzmöglichkeit dadurch etwas über die allgemeine Norm herausgehoben werden, sondern auch deswegen, weil derartige Vorbilder den Gewerkschaften in ihren Bestrebungen um Verbesserung der Löhne, Verringerung der Arbeitszeit usw. von großer Bedeutung sind. Sie können damit die Möglichkeit besserer Verhältnisse für die Arbeiter demonstrativ beweisen. Die Konsumvereine sind als Arbeiterunternehmungen schon moralisch verpflichtet, auf diesem Gebiete sich fortschrittlich und sozial einsichtig zu zeigen. Sie wecken damit auch zugleich das Interesse der gewerkschaftlich organisier-

ten Arbeiter für die Genossenschaft. Je mehr die organisierten, denkfähigen, aufgeklärten Arbeiter den Konsumvereinen zuströmen, desto mehr wird es den Genossenschaften möglich sein, soziale Aufgaben sich zu stellen und zu erfüllen. Da beide Teile, Konsumvereine und Gewerkschaften, rein wirtschaftliche Tätigkeit im Interesse der unbemittelten Klasse zu entfalten haben, ist ein möglichst enges Miteinanderarbeiten sehr wünschenswert.

Seit einigen Jahren wird dieser Zustand angestrebt. Von der Zentrale der Gewerkschaften und auch von der der Konsumvereine. Für die meisten der Konsumvereinsangestellten sind zwischen den Zentralinstanzen Normen in Form von Tarifen und Verträgen geschaffen. Ein aus Vertretern der Konsumvereine und der Gewerkschaften bestehendes Tarifamt hat über strittige Fälle zu entscheiden. Zwischen dem Verband der Lagerhalter und dem Zentralverband der Konsumvereine besteht seit 1904 eine Vereinbarung, wonach zur Schlichtung von Differenzen zwischen Lagerhaltern und Konsumvereinsverwaltungen ein Schiedsgericht in Funktion zu treten hat. Ein Normalvertrag mit den Lagerhaltern ist bisher nicht zustande gekommen.

Zu einigen anderen die Gewerkschaften interessierenden Fragen hat der letzte Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine 1910 in München Stellung genommen. So ist sehr wichtig, daß die Konsumvereine darauf sehen, nur von den Lieferanten und Fabrikanten Waren zu beziehen, nur Arbeiten an die Unternehmer zu vergeben, die die etwa zwischen Unternehmer und Arbeiter vereinbarten Arbeitsbedingungen erfüllen. Hier kann manches, soweit große Genossenschaften in Betracht kommen, oft sehr viel zugunsten der Arbeiter geschehen. Häufig schon wurden mit Hilfe der Genossenschaft gewerkschaftliche Forderungen einzelnen Unternehmern gegenüber durchgesetzt. Der Unternehmer empfindet in vielen Fällen die Bewilligung der Forderungen als das kleinere Uebel im Verhältnis zum drohenden Verlust der guten Kundschaft der Konsumvereine. — Der ebenerwähnte Genossenschaftstag beschloß in Bezug auf dieses Verhältnis:

> „Der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine verpflichtet sich, den Konsumvereinen zu empfehlen, daß bei Lieferungsaufträgen sowie bei Vergebung von Arbeiten der Vereine solche Firmen Berücksichtigung finden, die die Gewerkschaften und die von diesen mit den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anerkennen. Soweit schriftliche Werkverträge über die Vergebung von Arbeiten und Lieferungen in Frage kommen, wird den Genossenschaften empfohlen, in diese Kontrakte eine Klausel aufzunehmen, wonach der Unternehmer verpflichtet ist, die Gewerkschaften und die zwischen diesen und den Arbeitgebern abgeschlossenen Tarife und Vereinbarungen anzuerkennen."

Auch die *Hausindustrie und Heimarbeit* ist eine für die Gewerkschaften sehr brennende Frage. Das Elend dieser Kategorie Arbeiter ist sprichwörtlich. Die Heimarbeiterausstellung in Berlin erregte seinerzeit großes Aufsehen in der Oeffentlichkeit. Und es ist bezeichnend, vielsagend, daß die Absicht der Generalkommission der Gewerkschaften, auf der Hygiene-Ausstellung 1911 in Dresden eine Heimarbeits-Ausstellung zu veranstalten, bei den Unternehmervertretungen auf großen Widerspruch gestoßen ist. Handels- und Gewerbekammern sprachen sich dagegen aus; man fürchtete die stumme Sprache des Elends, die „Tendenz" dieser Ausstellung. Die Folge des Vorgehens der Unternehmerkorporationen war, daß der Generalkommission Bedingungen für die Heimarbeits-Ausstellung gestellt wurden, auf die sie nicht eingehen konnte. Infolgedessen lehnte sie eine Beteiligung a i der Hygiene-Ausstellung, um die man sie ersucht hatte, ab. Der Vorgang zeigt jedenfalls die große soziale Bedeutung der Heimarbeiterfrage.

Ueber „Hausindustrie und Heimarbeit" wurde in München folgendes beschlossen:

> „Hausindustrie und Heimarbeit erweisen sich sowohl in ihrer alten wie in ihrer neuen Form als eine überaus rückständige Betriebsweise. Ihre Kennzeichen sind: lange Arbeitsdauer, niedrige Löhne, Ausbeutung der Kinder und ungesunde Arbeits- und Wohnräume, wodurch die Arbeiterklasse wirtschaftlich und gesundheitlich schwer geschädigt wird. Die ungeeigneten Arbeitsstätten und der schlechte Gesundheitszustand der Heimarbeiter machen die Heimarbeit zu einem furchtbaren Herd aller Infektionskrankheiten, wodurch eine hohe Gefahr für alle Konsumenten von Heimarbeitsprodukten sowie für die gesamte Bevölkerung entsteht. Im Interesse aller Beteiligten erscheint es daher geboten, der *Heimarbeit möglichst den Boden zu entziehen und ihren Uebergang zur geregelten Betriebsarbeit in gesunden Arbeitsstätten zu fördern.* Soweit der genossenschaftliche Zusammenschluß der Heimarbeiter und Hausindustriellen diesen Erfolg verspricht, ist er zu unterstützen.
>
> Soweit die Herstellung der Nahrungs- und Genußmittel durch die Hausindustrie in Frage kommt, sind generell *die hausindustriellen Produkte von der Bedarfsbefriedigung der organisierten Konsumenten auszuschließen.* Im übrigen ist über geeignete Maßnahmen zur Abhilfe von Mißständen und zur Reform der Heimarbeit von Fall zu Fall zu beschließen.
>
> Ueber Einleitung geeigneter Maßnahmen hat das Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beraten. Es soll

durch diese beiden Körperschaften für ständige Aufklärung ist Arbeiter- und Genossenschaftskreisen über die Schäden der Heimarbeit gesorgt, es sollen die Verwaltungen der Konsumvereine vor nachteiligen Bezugsquellen gewarnt und in der Erschließung geeigneter Bezugsquellen unterstützt werden."

Eine im öffentlichen Leben viel erörterte Frage ist ferner die der Strafanstaltsarbeit. Klassenbewußte Arbeiter müssen sich hüten, sie vom Krämer- und Spießbürgerstandpunkt oder vom zünftlerischen Gesichtswinkel aus zu betrachten. Es handelt sich hier vielmehr um ein Problem, das sozial und kulturell bedeutsam ist. Man kann sehr leicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Gründliche Reformen zur Beseitigung zweifellos vorhandener Mißstände müssen zu einer völligen Umgestaltung des Strafvollzuges führen. Gewerkschaften und Konsumvereine können sich wohl die Aufgabe stellen, darauf hinzudrängen. Insofern greift eine ebenfalls in München beschlossene Resolution über den Rahmen ihres speziellen Zweckes hinaus. Sie lautet:

„1. Es kann nicht bestritten werden, daß die Strafanstaltsarbeit in ihrer heutigen Organisation, anstatt die Strafgefangenen in Lehranstalten mit moderner Technik und fortgeschrittenen Arbeitsmethoden zu beschäftigen, fast nur auf die körperliche und geistige Ausnutzung der Arbeitskräfte bedacht ist. Die Arbeitskraft der Gefangenen wird meistens zu einem niedrigen Preise an Privatunternehmer verkauft, die mit Hilfe dieser billigen Arbeitskraft minderwertige und billige Produkte herstellen, durch deren Vertrieb die reelle Warenverteilung, die Konsumenten und die freien Arbeiter gleichermaßen geschädigt werden. Daher erscheint die Ausschaltung solcher Strafanstaltserzeugnisse vom freien Wettbewerbe und der Uebergang der Produktion in Strafanstalten zur Herstellung des Bedarfs öffentlicher Anstalten und kommunaler oder staatlicher Verwaltungen in eigener Regie, sowohl im Interesse der freien Arbeiter, als auch des organisierten Konsums dringend geboten. Es wird deshalb den Gewerkschaften und Konsumvereinen dringend empfohlen, nach besten Kräften gemeinsam auf den Ausschluß von Strafanstaltserzeugnissen hinzuwirken.

2. Die Vorstände des Konsumvereins werden ersucht, bei ihren Wareneinkäufen und Bestellungen keine Artikel zu kaufen, die ganz oder teilweise in Strafanstalten angefertigt sind, und Firmen, die in solchen Anstalten herstellen lassen oder Strafanstaltserzeugnisse in Vertrieb bringen, bei Einkäufen oder Bestellungen nicht mehr zu berücksichtigen. Die Gewerkschaften verpflichten sich, die Konsumvereine in diesem Bestreben durch Namhaftmachung solcher Firmen zu unterstützen.

3. Von der Gewerkschafts- und Genossenschaftspresse wird erwartet, daß sie die Mitgliederkreise und das Publikum über die Schäden des freien Wettbewerbes der Strafanstaltsarbeit aufklärt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Mitglieder der Konsumvereine werden in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, bei allen Einkäufen, wo es auch sei, Strafanstaltserzeugnisse stets zurückzuweisen."

Wenn man den Schwerpunkt auf den gesperrten Satz legt, wie sich aus dem Original der Resolution ergibt, ist gegen die hier ausgedrückte Stellung zur Strafanstaltsarbeit gewiß wenig einzuwenden. Die einseitige Betonung des Konkurrenzinteresses ist glücklich vermieden; nicht gegen die Strafanstaltsarbeit überhaupt, sondern gegen ihre heutige Art richtet sich der Beschluß.

Am Ende hat der Münchner Genossenschaftstag noch zu dem Gegenseitigkeitsverhältnis beider Organisationsformen der Arbeiterklasse zur Förderung derselben Stellung genommen, indem er folgenden Beschluß faßte:

„Der Gewerkschaftskongreß zu Hamburg 1908 verweist die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erneut auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905), die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen aufs tatkräftigste zu unterstützen. Der Kongreß erachtet die Gewerkschaften für verpflichtet, durch genossenschaftlich aufklärende Vorträge in den Filialen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Fachpresse sowie durch Druckanschläge in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachhaltigst zu unterstützen. Auf Antrag der Konsumvereine ihres Bezirkes sind die örtlichen Gewerkschaftskartelle verpflichtet, aus Gewerkschaftern und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftern zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen, die geeigneten Maßnahmen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda in die Wege zu leiten haben. Die Gewerkschaftskartelle können außerdem für Vorträge und Druckanschläge sorgen, Spezialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder und über die Gründe des Fernbleibens der letzteren von den Genossenschaften pflegen und für geeignete Publikationen am Orte wirken."

Wird ernsthaft und energisch nach diesem Beschluß gehandelt, so müssen die deutschen Arbeiterkonsumvereine in absehbarer Zeit einen kräftigen Stoß nach vorwärts erhalten. Denn weite Kreise der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stehen ihnen zurzeit noch fern. In dem

Maße, wie das geschieht, wird sich auch die soziale Beweglichkeit und Leistungsfähigkeit der Konsumvereine erhöhen. Alle hier mitgeteilten Beschlüsse des Genossenschaftstages in München sind vereinbart mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Bei Streiks und Boykotts werden die Gewerkschaften begreiflicherweise auf die Solidarität der Konsumvereine rechnen. Das um so mehr, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen solche Kampfesaktionen nur unternommen werden, wenn „alle Stränge reißen". Sie sind also wohl erwogen und verdienen die Unterstützung aller arbeiterfreundlichen Organisationen. So ganz einfach liegen da allerdings die Dinge nicht. Es wird beim Ausbruch solcher Differenzen den Konsumvereinen nicht immer möglich sein, ihre Geschäftsverbindung mit den boykottierten oder bestreikten Unternehmen sofort aufzulösen, ohne in schwere Verlegenheiten zu kommen. Die Genossenschaft kann nicht von heute auf morgen kaufen, sondern sie muß rationell wirtschaften und Waren voraus, auf Abnahme für später, bestellen. Die Waren müssen natürlich abgenommen, beziehungsweise bezahlt werden. Es wäre ja denkbar, daß beim Abschluß der Geschäfte zur Bedingung gemacht wird, daß die Genossenschaft in dem Moment, wo Streik oder Boykott gegen den Lieferanten ausbricht, von der Abnahme der Ware entbunden ist. Es ist aber sehr fraglich, ob ein Lieferant auf solche Bedingungen eingeht. Ferner ist ungewiß, ob im gegebenen Augenblick auch entsprechender Ersatz im Warenbezug möglich ist. Immerhin sollen die Genossenschaften zugunsten der Arbeiter so viel wie möglich eingreifen. Oft wirkt schon die Drohung mit der Entziehung der Kundschaft. Und wo es ohne nennenswerten Nachteil geht, soll die Drohung auch wahr gemacht werden. Diese kritischen Fälle verringern sich übrigens, wenn die Konsumvereine nur von den Unternehmern beziehen, bei denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvertrag geregelt sind. Im übrigen werden sich Gewerkschaften und Genossenschaften zu verständigen haben, ehe es zum Aeußersten kommt.

* * *

Daß die Arbeiter rein materiell an den Konsumvereinen das größte Interesse haben müssen, weil sie den bedürftigsten Volkskreisen gute und preiswerte Waren zu vermitteln berufen sind, bedarf besonderer Ausführungen nicht. Ueber weitere wesentliche Berührungspunkte zwischen Gewerkschaften und Konsumvereinen, die zugleich von allgemeiner Bedeutung sind, ist an anderer Stelle die Rede. Hier sei nur noch ein Vorgang erwähnt, der schwere Bedenken bei den Gewerkschaften wachzurufen geeignet ist. Es ist bekannt, daß man bürgerlichen Kreisen und den Behörden vor den Konsumvereinen graulich zu machen sucht, indem

man sie als „sozialdemokratisch“ bezeichnet. Diese Behauptung greift auch störend in das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Konsumvereine ein, wenn man sich von ihr ängstlich machen läßt. Da nun die modernen Gewerkschaften nach der Logik dieser Arbeiterfeinde ebenfalls „sozialdemokratisch“ sind, ergibt das Zusammenwirken beider erst recht den „Beweis“ des sozialdemokratischen Charakters der Konsumvereine. Das hat die Leitung des Zentralverbandes unnötig nervös gemacht. Um die völlige „Neutralität“ der Konsumvereine gegenüber diesem Beginnen der Gegner zu dokumentieren, ließ der Vorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine auf dem Genossenschaftstag in Eisenach 1908 erklären:

> „Daß unter der selbstverständlichen Voraussetzung der beiderseitigen Neutralität bei der Aufnahme von Mitgliedern der Zentralverband deutscher Konsumvereine bereit ist, mit Gewerkschaften und Gewerkvereinen aller Richtungen Tarifvereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in den genossenschaftlichen Betrieben des Zentralverbandes beschäftigten Angestellten und Arbeiter abzuschließen, beziehungsweise zurzeit geltende Lohn- und Arbeitstarife, die mit einer Gewerkschaft vereinbart sind, auf die übrigen Gewerkschaften desselben Berufs auszudehnen. Ablehnen muß es dagegen der Zentralverband deutscher Konsumvereine, in der zwischen Gewerkschaften der verschiedenen Richtungen etwa bestehenden Differenzen Partei zu ergreifen, da solches mit der grundsätzlichen Neutralität des Zentralverbandes unvereinbar sein würde.“

Daß der Zentralverband in der im letzten Satze angedeuteten Weise „Partei ergreifen“ soll, ist unseres Wissens nach von keiner Seite verlangt worden. Den Gewerkschaften selbst wird es kaum erwünscht sein. Es wird den Konsumvereinen aber niemand verwehren, mit den modernen Gewerkschaften abgeschlossene Tarife auf alle Angestellten anzuwenden, weil das selbstverständlich ist. Sehr bedenklich aber ist, wenn „alle Richtungen“ der Gewerkschaften als gleichbedeutend und zum Abschluß von Vereinbarungen geeignet erklärt werden. Als maßgebender Faktor müssen für jeden fortschrittlich denkenden und aufgeklärten Arbeiter heute die modernen Gewerkschaften angesehen werden. Es gibt eine ganze Anzahl sogenannter Gewerkschaften, die den Interessen der Arbeiterklasse strikt zuwiderhandeln; die bewußt oder unbewußt sich als „nationale“ Arbeiter für die Interessen der Unternehmer mißbrauchen lassen; die eingeseift sind von der Phrase der nirgends existierenden „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“, die das Unternehmertum erfand. Mit solchen Elementen darf sich eine moderne Arbeitergenossenschaft auf keinen Fall einlassen. Wenn es geschähe, würden die modernen Gewerkschaften nicht ruhig zusehen;

Differenzen wären unausbleiblich. Ganz abgesehen davon, daß ein derartiger Standpunkt die an sich bedauerliche Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung indirekt unterstützt. Vielleicht hat man sich gesagt, daß diese Erklärung nur mehr theoretischen Wert haben, eine Salvierung nach außen sein soll. Das wäre ein Verkriechen und Ausweichen vor volksfeindlichen Elementen, das einer so bedeutsamen Organisation nicht würdig ist. Da heißt es, Farbe bekennen; Zweideutigkeiten sind stets vom Uebel.

Auf die obenerwähnten Debatten und Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse in Köln und Hamburg über das Genossenschaftswesen braucht hier nicht eingegangen zu werden. Näheres darüber ist in den Protokollen über jene Kongresse nachzulesen.

Die Produktivgenossenschaften

haben in der sozialistischen Bewegung der früheren Zeit eine große Rolle gespielt, wie an anderer Stelle dargelegt ist. Auch der bürgerliche Genossenschaftspolitiker Schulze-Delitzsch hat ihnen viel Bedeutung beigemessen. Er betrachtete sie als die bedeutendste Leistung, als den Abschluß, die Krönung des ganzen wirtschaftsgenossenschaftlichen Systems. Sein wissenschaftlicher Helfer, Professor Huber, sah klarer, indem er schon damals die Produktivgenossenschaften in Verbindung mit den Konsumvereinen empfahl. Ein Standpunkt, der heute besonders für die Arbeitergenossenschaften als ein prinzipieller in den Vordergrund gestellt wird. Die Praxis hat dazu gedrängt. Die Arbeiterproduktivgenossenschaften haben sich meist nicht lebensfähig erwiesen, weil ihnen die nötige Kapitalkraft des rationellen Großbetriebs fehlte. Für den Absatz der Waren ist ihre relative Billigkeit entscheidend. Das liegt in den Konkurrenzverhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft, mit denen auch eine Genossenschaft zu rechnen hat. Es kommt also sehr viel auf die Faktoren der Preisbildung der Waren an. Und da beherrscht der Großbetrieb den Markt. Es kämpfen nicht mehr Klein- und Großbetrieb mit einander, sondern Großbetrieb gegen Großbetrieb ringen als Konkurrenten um den Absatz der Waren. Die Arbeiterproduktivgenossenschaften ermangeln aber des nötigen Kapitals, um von vornherein in einen solchen Wettbewerb mit Erfolg eintreten zu können. Und daß sich eine Fabrik von kleinen Anfängen aus eigener Kraft zum modernen Großbetrieb „emporgearbeitet“, ist eine verschwindende Ausnahme von der Regel. Die auf sich angewiesene Produktivgenossenschaft der Arbeiter steht auf sehr schwankem, unsicherem Grund. Sie kann nur gedeihen, wenn ihr unter allen Umständen der Absatz gesichert ist. Diese Möglichkeit bietet aber der *organisierte* Konsum.

Die mit dem Absatz ihrer Waren auf den freien Markt angewiesenen Produktivgenossenschaften haben in der Regel schwer zu kämpfen, weil sie wenig konkurrenzfähig sind. Bricht dann das Unternehmen zusammen, sind nicht nur die Mitglieder materiell geschädigt, indem sie ihren Anteil verlieren und auch noch für einen Beitrag in gleicher Höhe zu haften haben, — sehr groß ist auch der moralische Nachteil des Miß-

erfolgs. Die Arbeiter selbst werden nach derartigen Fehlschlägen gegen die Arbeitergenossenschaften überhaupt mißtrauisch und mißmutig. Besonders die Gegner nützen solche Vorgänge weidlich in ihrem Interesse aus. Wo aber eine Produktivgenossenschaft unter ausnahmsweise günstigen Umständen ganz aus sich selbst vorwärts kommt, artet sie häufig in ein gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen aus, in dem die Arbeiter nicht weniger ausgebeutet werden, als in anderen Betrieben. Der selten genug vorkommende Fall des Blühens und Gedeihens einer derartigen Genossenschaft verleidet die verhältnismäßig geringe Zahl der Genossenschafter sehr leicht zu dem Bestreben, den Kreis der beteiligten Nutznießer nicht entsprechend der Vergrößerung des Betriebes zu erweitern. Auch die Tatsache, daß die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion mehr und mehr auf die verschiedensten Gebiete der Warenerzeugung sich erstreckt, spricht gegen die Neugründung von selbstständigen Arbeiterproduktivgenossenschaften, da sich beide Arten nur unnötige Konkurrenz machen würden. Das Ende vom Lied ist dann, daß die Konsumvereine für die Produktivgenossenschaften in die Bresche springen müssen, um zu retten, was zu retten ist. Solchen Zuständen muß von vornherein möglichst vorgebeugt werden.

Es besteht, wie leicht ersichtlich, ein Wesensunterschied zwischen einer waren*verteilenden* und einer waren*herstellenden* Genossenschaft, wenn jede für sich wirtschaftet. Die erstere riskiert (bei einiger Vorsicht) nichts, sie kann nur Vorteile erzielen, die andere alles. Beide organisch verbunden, ergeben eine konkurrenzfähige, wirtschaftliche Gesamtleistung. Deshalb ist heute in der Arbeitergenossenschaftsbewegung der sich aus den Verhältnissen naturnotwendig ergebende Grundsatz aufgestellt: *nicht selbständige Produktivgenossenschaften, sondern* **lokale** *und zentrale moderne Eigenproduktion der Konsumvereine!* Lokale Erzeugnisse von Waren, die tagtäglich hergestellt werden müssen: Backwaren, Fleisch usw.; zentrale Herstellung für die Artikel, die gelagert und weit verschickt werden können. — Ein typisches Beispiel für diese Entwicklung bietet die nach einem Streik gegründete Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg. Trotzdem in dieser Branche die Kapitalanlage für einen großen Betrieb verhältnismäßig gering, die Absatzmöglichkeit der Produkte nicht so sehr schwierig ist, und diese Genossenschaft sich leidlich lebensfähig zeigte, konnte sie doch erst richtig prosperieren, als die Konsumvereine Abnehmer wurden. Jetzt hat auch sie die Selbständigkeit aufgegeben; sie ist eine Abteilung der Großeinkaufsgesellschaft geworden.

Unter solchen Umständen war es nötig, die Stellung zu den Produktivgenossenschaften festzulegen und näher zu erklären. Das geschah in einer gemeinschaftlichen Resolution des Zentralverbandes der Kon-

sumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften auf dem Genossenschaftstag in München. Sie lautet:

„Es wird anerkannt, daß nach dem Grundsatze der Produktion für den organisierten Konsum die über den örtlichen Rahmen hinausgehende Eigenproduktion für die Konsumvereine eine Aufgabe der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und — soweit bedruckte und unbedruckte Papierwaren und Papiere in Frage kommen — der Verlagsanstalt des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine ist. Die Errichtung besonderer Produktivgenossenschaften kann daher nur gutgeheißen werden, wenn es sich handelt

1. um Vereinigungen von Genossenschaften eines Bezirkes zur gemeinsamen Produktion, beziehungsweise zur Umwandlung einer Arbeitsgenossenschaft in eine Produktivgenossenschaft, deren Mitglieder die Genossenschaften sind;
2. um industrielle Genossenschaften (sogenannte Arbeiter-Produktivgenossenschaften) durch eine Gruppe von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie solche häufig nach erfolglosen Streiks vorkommen,

und wenn deren Errichtung im Einverständnis mit dem Vorstande des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine und der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine sowie der zuständigen Gewerkschaftsleitung erfolgt. Arbeiterproduktivgenossenschaften, die ohne dieses Einverständnis gegründet werden, sind lediglich als Privatunternehmungen zu erachten und können keinen Anspruch auf geschäftliche Verbindung mit den Konsumvereinen des Zentralverbandes erheben.

Die Generalkommission und die zuständigen Gewerkschaftsvorstände verpflichten sich, ihre Mitglieder darüber aufzuklären, daß die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften eine große wirtschaftliche Gefahr für die beteiligten Arbeiter bringen kann und dann nur einige Aussicht auf Erfolg gewährt, wenn alle hierfür notwendigen Voraussetzungen erfüllt sind, das heißt, wenn einerseits für eine fachmännische Leitung und ausreichendes Betriebskapital gesorgt und andererseits der Anschluß an den organisierten Konsum gesichert ist. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der Errichtung neuer industrieller Arbeitsgenossenschaften dringend abzuraten. Die Großeinkaufsgesellschaft und die Genossenschaften dagegen verpflichten sich, ebenfalls nur dann, wenn die obenerwähnten Voraussetzungen erfüllt sind, mit neuerrichteten industriellen Arbeitsgenossenschaften in Geschäftsverkehr zu treten. Ebenso verpflichten sich die Vorstände der Revisionsverbände, nur unter diesen Voraussetzungen neuerrichtete

industrielle Arbeitsgenossenschaften als Mitglieder in den Verband aufzunehmen."

Dieser Beschluß entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. In dem Maße, wie der Einfluß der Arbeiter auf die Genossenschaft wächst, erhöht sich auch ihre Verantwortlichkeit nach außen hin. Es ist deshalb darauf zu sehen, daß solche Unternehmungen nicht übereilt gegründet werden. Denn für jeden Fehlschlag werden Arbeitergenossenschaften und Arbeiterbewegung von gewisser Seite verantwortlich gemacht, um die Sache der Arbeiter in schlechten Ruf zu bringen.

Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine.

Die Hauptaufgabe des Konsumvereins ist die direkte Warenvermittelung an seine Mitglieder unter Ausschaltung des unnötigen Zwischenhandels. Auf diese Weise wird den Mitgliedern das erspart, was sonst als Handelsprofit in die Tasche des privaten Händlers fließt. Die Ersparnis erhalten die Mitglieder entweder in Form entsprechend billigerer Waren, oder in barem Gelde nach dem Verhältnis der im Konsumverein gekauften Waren. Brauch ist durchweg das letztere. Zweckmäßig dürfte eine Kombination beider Methoden sein: Gute und etwas billigere Waren, um damit Mitglieder zu werben, im übrigen Rückvergütung an barem Gelde. In einer Zeit enormer Lebensmittelteuerung, die das Geld bedeutend entwertet, die Kaufkraft der Minderbemittelten vermindert, macht schon diese Wirksamkeit den Konsumverein zu einem wertvollen Mittel zur Verbesserung der Lage des Arbeiters.

Die Methode, die Rückvergütung nach der Höhe des Warenumsatzes des Mitgliedes zu bemessen, gewährleistet eine verhältnismäßige und damit *gerechte* Teilnahme eines jeden Mitgliedes an dem durch die Genossenschaft erzielten Gewinne. Diese Art der Rückvergütung spannt aber auch zugleich zu möglichst starker Warenentnahme an. — Der Konsumverein kann die Warenvermittelung gegenüber dem Privatgeschäft auch insofern vorteilhafter besorgen, als er nicht die hohen Ausgaben für Reklame zu machen braucht. Das eigene Interesse der Mitglieder drängt sie ja zum Kauf. Infolgedessen braucht man auch nicht soviel Gewicht auf die in modernen privaten Geschäften übliche raffinierte Ausstattung der Läden zu legen. Saubere Räume, gute Waren und flotte Bedienung sind die Hauptsache.

Die Möglichkeit vorteilhafter Warenabgabe kommt aber nicht nur den Mitgliedern der Genossenschaft, sondern den Konsumenten überhaupt zugute. Die überlegene Konkurrenz des Konsumvereinsladens zwingt auch den privaten Kleinhändler, sich diesem Verhältnis, so weit es eben geht, anzupassen, will er nicht riskieren, seine ganze Kundschaft zu verlieren. Die Genossenschaft wirkt also *preisregulierend* zugunsten der Käufer im allgemeinen. Das zeigt sich sehr häufig und besonders auffallend,

wenn der Konsumverein in kleinen Orten einen Laden eröffnet, wo der Privathandel bis dahin ohne Konkurrenz war.

Im Konsumvereinsgeschäft muß bar gezahlt werden. Das liegt im Interesse des Geschäftsbetriebes und der Mitglieder. Ein Käufer, der bei Entnahme der zum täglichen Gebrauch nötigen Waren in Borg gerät, ist ebenso schlimm dran, wie der Verkäufer der Ware. Die große Bedeutung der Barzahlung im wirtschaftlichen Leben ist allgemein anerkannt. Und den Konsumvereinen wurde ihr vorbildliches Verhalten in dieser Hinsicht sogar von der sächsischen Regierung in einer umfangreichen Denkschrift über die Umsatzsteuer lobend zugegeben. — Trotzdem kann auch der Konsumverein einem in Not geratenen und deshalb gänzlich zahlungsunfähigen Mitgliede beispringen, indem eine Abschlagszahlung auf das Dividendenguthaben gewährt wird. Das ist ein Vorschuß auf die in Aussicht stehende Rückvergütung an barem Gelde.

Die Konsumvereine können auch besondere Notfonds einrichten. Und zwar auf zweierlei Weise: persönlich oder allgemein. Im ersten Falle hat das Mitglied selbst den Fonds aufzusparen. Es wird ihm jährlich von der Dividende ein gewisser Betrag zurückbehalten, bis die Gesamtsumme des Fonds eine bestimmte Höhe erreicht hat. In Notfällen wird das Geld nach Bedarf zurückgezahlt, nach Erledigung des Notstandes muß der Fonds wieder auf die vorgeschriebene Höhe gebracht werden. Dieses System kann den Konsumvereinsmitgliedern unter anderem auch dann, wenn sie streiken oder ausgesperrt sind, gute Dienste leisten. In Hamburg, wo der Konsum-, Bau- und Sparverein diese Art Notfonds eingeführt hat, bewährte er sich während der großen Bauarbeiteraussperrung sehr gut. — Es können solche Fonds aber auch aus dem am Jahresschluß zur Verfügung stehenden Reingewinn gespeist werden. In diesem Falle hat also die Gesamtheit der Mitglieder für die besonders notleidenden einzutreten. Dasselbe Prinzip, auf dem die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften beruhen. Kleine Anfänge dazu sind in der Sterbeunterstützung vorhanden, die bereits in vielen deutschen Konsumvereinen eingeführt ist. Tritt in der Familie des Mitgliedes ein Todesfall ein, dann bekommt es einen durch besonderes Statut festgelegten Betrag als Unterstützung; der Anspruch darauf ist rechtlich durch Generalversammlungsbeschluß begründet. Beiträge für diese Einrichtung braucht das Mitglied jedoch nicht zu leisten. — Dieses System ist sehr ausbaufähig, wozu allerdings ein gewisses Maß Idealismus der Genossenschaftsmitglieder vorausgesetzt werden muß. Sehr eingebürgert ist zur Zeit die Verabreichung von Brot an längere Zeit arbeitslose Mitglieder.

Das vorbildlich sein sollende Lohn- und Arbeitsverhältnis wirkt über den Rahmen der Genossenschaften und die persönlichen

Interessen der Angestellten hinaus, eben indem es vorbildlich ist. Höhe des Lohnes, Länge der Arbeitszeit, Bezahlung der Ueberstunden, Sommerferien, Unterstützungseinrichtungen und was alles sonst in Frage kommt, soll dem gleichartigen privaten Unternehmen als Muster vorgehalten werden können. Da ist auch die Möglichkeit eines Ausgleichs der in privaten Betrieben herrschenden Verhältnisse möglich. In letzteren werden die an der Spitze stehenden Beamten wahnsinnig hoch bezahlt, während die Arbeiter sich mit miserablen Löhnen begnügen müssen. Selbst in den größten deutschen Konsumvereinen mit Millionenumsätzen sind Gehälter der ersten leitenden Beamten von 4000 bis 5000 Mark schon hoch. Dafür bezahlt man die übrigen Angestellten besser. Auch in dieser Hinsicht ist der Genossenschaftsbetrieb vorbildlich! Im übrigen ist an anderer Stelle das weitere über die soziale Bedeutung des Arbeitsverhältnisses gesagt.

Eine wichtige Tätigkeit, an die bis jetzt noch wenig gedacht wurde, kann ebenfalls in den Konsumvereinsbetrieb einbezogen werden: die Bekämpfung der Schundliteratur. Die deutschen Konsumvereine könnten Enormes auf diesem Gebiete leisten und sich zu einem wichtigen Faktor der allgemeinen Volksbildung machen. Schwache und wenig systematische Versuche sind bereits zu verzeichnen; man wird bald weitergehen müssen.

Auch der Wohnungsbau kann betrieben werden. Die Hamburger „Produktion", die ja die Wohnungsproduktion von vornherein sich mit zur Aufgabe gemacht hatte, kann schon mit wesentlichen Resultaten aufwarten. Soweit besondere Baugenossenschaften als besser betrachtet werden zur Erfüllung dieser Aufgabe, können sie es in engster Verbindung mit den Konsumvereinen tun. Manches kann auf diese Weise zur Milderung der Wohnungsmisere, je nach den lokalen Verhältnissen, getan werden.

Weitblickende Verwaltungen und Mitglieder von Konsumvereinen werden darauf bedacht sein, die Genossenschaft durch Rücklage der nötigen Reserven finanziell sicher zu stellen und in die Lage zu versetzen, möglichst sozial zu wirken. Dem Dividendenhunger muß entschieden entgegengetreten werden. Auch in dieser Beziehung sollen sich die Unternehmungen der Arbeiter vorteilhaft von denen der kapitalistischen Aktionäre unterscheiden.

Je mächtiger die Konsumvereine werden, je mehr sie sich zu einer großen Interessengemeinschaft zusammenschließen, den Wareneinkauf zentralisieren, die lokale und zentrale Eigenproduktion ausbauen, desto mehr werden sie auch gegenüber preissteigernden Gelüsten von Ringen und Trusts in der Warenvermittelung wirksam entgegentreten können.

Wir stellen ihnen auch die Aufgabe, aktiv in den Kampf gegen lebensmittelverteuernde Gesetzgebung einzugreifen. Das

kann ohne jede politische Tätigkeit geschehen, indem die Mitglieder in Genossenschaftsblättern und -Versammlungen über die Ursachen der hohen Lebensmittelpreise aufgeklärt werden. Eine wirtschaftliche Organisation, deren Hauptaufgabe es ist, den Minderbemittelten möglichst billige Waren zu verschaffen, kann nicht schweigen und untätig bleiben, wenn Faktoren am Werke sind, die diesen Bestrebungen mit allen möglichen Mitteln entgegenarbeiten. Man muß sich vielmehr rühren, zeigen, daß man da ist, um die Interessen der Verbraucher, soweit es möglich, zu wahren.

* * *

Aus alledem ergibt sich, daß die modernen Arbeiterkonsumvereine große und weitgreifende Aufgaben sich zu stellen haben, um den Genossenschaftsgedanken in umfassender Weise für die Interessen der Arbeiterklasse nutzbar zu machen. Bürgerlichen Genossenschaftspolitikern der früheren und jetzigen Zeit gehen diese Aufgaben zu weit. Bei ihnen erschöpfen sie sich in dem Schema: Waren einkaufen und wieder verkaufen. Die Genossenschaft soll sich nicht allzuweit vom Krämerinteresse entfernen. Sie hat nur, wie auf dem bürgerlichen Genossenschaftstag in Kreuznach (1902) gesagt wurde, soweit Berechtigung, als sie nicht andere „Stände“ in ihren wirtschaftlichen Interessen bedroht. Das ist die Logik des fortschrittsfeindlichen Mittelstandes. Die Genossenschaft soll aber ein fortschrittliches Element sein, und sie kann es sein. Dann darf man ihr aber nicht derartige Grenzen ziehen, die gerade dort Einhalt gebieten, wo der fortschrittliche Charakter beginnt: beim leistungsfähigen Großbetrieb. Die Arbeiter folgen dem Kapitalismus auf seiner eigenen Spur, indem sie mit Hilfe genossenschaftlicher Organisation die Vorteile des Großbetriebs sich, ihrer Klasse, zunutze machen.

Genossenschaften und Klassenkampf.

Die Konsumvereine sind zwar Klassen*organisationen*, aber nicht *Organe* des Klassen*kampfes*. Sie unterstützen und fördern den Klassenkampf der Arbeiter, weil sie deren wirtschaftliche Lage verbessern. An den *politischen* und *kapitalistischen* Verhältnissen, an dem Ausbeutungssystem ändern sie nichts. Innerhalb der Genossenschaft können sie die Wirkungen dieses Systems mildern. Auf die *Absicht* der Konsumvereine, den Klassenkampf der Arbeiter zu unterstützen oder nicht, kommt es allein nicht an. Aus ihrem eigenen Interesse müssen die Konsumvereine bemüht sein, zu höchster Blüte, größtem Einfluß im Wirtschaftsleben zu gelangen. Das Streben nach großer wirtschaftlicher Gesamtleistung bringt natürlich auch größere Vorteile für das einzelne Mitglied. Alles hängt von der Massenbetätigung vieler einzelner ab; das Ergebnis dieser Betätigung löst sich auf in die Förderung der Interessen des einzelnen. Je mehr, je besser, auch für die Arbeiter als Klasse. Es ist also ein dem inneren Wesen der Konsumvereine eigenes Bewegungs- und Entwicklungsgesetz, die Lage der Unbemittelten zu verbessern. Der ganzen großen Klasse der Unbemittelten, nicht nur der Hand- und Lohnarbeiter. *Das sind aber dieselben Massen, deren gesamte Interessen von der sozialdemokratischen Partei wahrgenommen werden.*

Liegen die Dinge so, dann wären die Arbeiter große Toren, wollten sie nicht im größtmöglichsten Umfange die Genossenschaftsorganisationen nutzbar machen für die Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Darin, daß das weitsichtig, großzügig, von sozialem Geiste beherrscht, geschieht, — darin liegt die besondere Möglichkeit, die Konsumvereine zu einem brauchbaren *Hilfs*mittel im Klassenkampfe zu benützen.

In leitenden Konsumvereinskreisen sucht man sehr gern den *Klassencharakter* der Konsumvereine zu leugnen und zu bestreiten. Als *Konsumenten* hätten alle Menschen das *gleiche Interesse*; daher gäbe es im Konsumverein einen Klassenunterschied nicht. Ging doch eine Hamburger Genossin in einem Artikel der Sozialistischen Monatshefte so weit, zu erklären:

> „Die feinste Dame wie die ärmste Wäscherin, der reiche Fabrikant wie der hungrige Schuhflicker haben in gleicher Weise das

Interesse, für die verausgabte Summe Geldes das denkbar beste Aequivalent einzutauschen, ob es sich um echte Spitzen, Trakehner Hengste, ob es sich um grüne Seife oder Zichorie handelt. Da besteht keinerlei Divergenz der Interessen, so relativ auch das Bedürfnis sein mag. In diesem Punkte kann es auch zwischen dem Zentrumsmann, dem Freisinnigen, dem Agrarier und dem Sozialdemokraten keinerlei Interessengegensatz und keine Meinungsverschiedenheit geben."

Das ist der Gipfel derartiger Beweisführung. Es ist doch wohl ein sehr großer Unterschied zwischen echten Spitzen und grüner Seife als notwendiger Bedarfsartikel. Gerade dieser Unterschied weist auf den Klassencharakter der Konsumvereine hin. Es ist selbstverständlich, daß ein besitzloser Proletarier ein viel größeres Interesse an der Möglichkeit haben muß, materielle Vorteile zu bekommen, als irgend ein beliebiger reicher Staatsbürger. Behauptungen, wie die zitierte, geben Unklarheit, führen zu schiefen, falschen Auffassungen und zu ganz falscher Bewertung der Genossenschaften. Das erste und wichtigste und dringendste Interesse an der Wirtschaftsgenossenschaft haben die Besitzlosen. Wollte man das Zitat gelten lassen, dann müßte man meinen, es könnte eigentlich keine Klasse in Deutschland geben, die ein Interesse an der Erhöhung der Preise durch Zölle und indirekte Steuern habe! Wir wissen aber, daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht.

Ganz selbstverständlich ist, daß niemandem, auch nicht dem Besitzenden, der Konsum verschlossen ist. Ihr Interesse daran ist aber mehr ein ideelles. Es mag freilich unter ihnen auch Leute geben, deren Geiz so groß ist, daß sie den Konsumverein als Mittel zur Verbesserung ihrer Lage halten. Das sind aber sicher Ausnahmen. Was fragt der Wohlhabende und Reiche danach, ob die Waren des täglichen Bedarfs, des Lebensunterhalts etwas billiger oder teurer sind! Bei ihnen spielt die Dividende des Konsumvereins als Summe, als Wert eine lächerliche Rolle; das ist für sie überhaupt kein Objekt. Anders beim Armen! Einige Zehnmarkstücke, die er sich durch Warenbezug in der Genossenschaft erübrigen kann, fallen sehr ins Gewicht bei seinem kleinen Einkommen. Der Arbeiter gehört dem Konsumverein aus wohlverstandenem Klasseninteresse an, der Bourgeois aus sozialem und idealem. Daher kommt es auch, daß von letzteren so wenig in den Konsumvereinen zu finden, daß vielmehr etwa 85 Prozent der Mitglieder des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine Arbeiter oder wirtschaftlich den Arbeitern gleichstehende Personen sind. Wirklich reiche Mitglieder sind in deutschen Konsumvereinen bestimmt ganz seltene Ausnahmen. Es liegt im Wesen der Konsumvereine, daß sie Klassenorganisationen sind. Darüber kann die inhaltlose Formel vom „gleichen Interesse aller Menschen als Konsumenten" nicht täuschen. Sie wird von dem politi-

schem Interesse und der politischen Macht der besitzenden Klasse total zerschlagen. Was hat der Arbeiter davon, wenn der Konservative oder Liberale, der für hohe, die Lebensmittel und Rohprodukte verteuernde Zölle eintritt, neben ihm Mitglied im Konsumverein ist! Das Beispiel ist kraß gewählt, es zeigt aber unzweideutig den Widersinn jenes Schlagwortes. Sozialen Inhalt, Bewegung, Entwicklung zu großen Leistungen, — dazu bedarf es der Massen in den Konsumvereinen. Natürlich ist jeder Staatsbürger willkommen; keiner kann und soll abgehalten werden, solange er nicht gegen die Interessen des Vereins handelt. Maßgebend aber sind die Proletarier! Daraus ergibt sich alles weitere.

Noch verwirrender und unrichtiger ist die Phrase vom gleichen Interesse aller Genossenschaften. Im Vorwort des Jahrbuchs deutscher Konsumvereine auf das Jahr 1909 ist unter anderem folgender Satz zu lesen:

> „Genossenschafter, die ihre Angriffe statt gegen die gemeinschaftlichen Gegner gegen andere Genossenschaften und Genossenschaftseinrichtungen richten, erweisen sich als die schlimmsten Schädiger der Genossenschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit."

Wenn der Satz einen Sinn haben soll, dann unterstellt er, daß die Genossenschaften keinen Anlaß haben, sich gegenseitig zu bekämpfen, daß die Gegensätze durch das Genossenschaftsprinzip beseitigt sind. Ein ungeheurer Trugschluß! Das Prinzip: Zusammenschluß vieler Schwacher zu einem Starken, ist gewiß in allen Genossenschaftsarten das gleiche. Das trifft aber bei allen anderen Vereinigungen — politischen, gewerkschaftlichen, geselligen usw. — auch zu. Es kommt doch darauf an, wie das Prinzip, durch vereinte Kräfte etwas zu erreichen, angewendet wird, welchem Zwecke es dient. Die Interessengegensätze des Wirtschaftslebens werden durch die Genossenschaften nicht beseitigt, nicht gemildert, sondern verschärft. Der wirtschaftliche Kampf geht von einzelnen Personen auf Gruppen von Personen über; er wird systematischer, von größerer Tragweite. Das schließt natürlich nicht aus, daß zwischen einzelnen Genossenschaftsarten gewisse gleichartige Interessen vorhanden sind. Das ist aber meistens der Fall unter den Genossenschaften, die bürgerlichen Interessen nützen. Sie stehen den Arbeitergenossenschaften, den Konsumvereinen, fast alle mehr oder weniger feindlich gegenüber. Die agrarischen sowohl, als die mittelständlerischen. Das werden die Arbeiter stets im Auge behalten müssen. Nicht das formale genossenschaftliche System ist entscheidend, sondern die genossenschaftlich vertretene Sache.

Ein Instrument positiven Klassenkampfes ist der Konsumverein trotz alledem nicht. Wahrung und Vertretung bestimmter Interessen ist noch kein Klassenkampf. Dann müßte man die Verfechtung der Gegen-

sätze zwischen den verschiedenen Interessengruppen, zum Beispiel zwischen agrarischem und industriellem Kapital, auch Klassenkampf nennen. In dieser Hinsicht sind die Urteile Marx' und Lassalles über die Konsumvereine richtig. An den Verhältnissen der bürgerlichen Gesellschaft ändern sie nichts. Sie setzen die Arbeiter nur in den Stand, sich in dieser Gesellschaft ein wenig Erleichterung zu schaffen. Das kann sogar nachteilig für den politischen Klassenkampf werden, wenn die Arbeiter den Konsumverein lediglich als Selbstzweck nicht auch als Mittel zum Zweck betrachten. Ersteres wird dadurch verhindert, daß organisierte, klassenbewußte, aufgeklärte Arbeiter in der Mehrheit die Mitglieder der Konsumvereine sind. Die Konsumvereine stehen zum Klassenkampf der Arbeiter in einem ähnlichen Verhältnis wie die Sozialreform. Beide Faktoren stärken den Arbeiter wirtschaftlich, machen ihn brauchbarer und widerstandsfähiger im Kampf. Ohne den Einfluß der Ideen der modernen Arbeiterbewegung könnten die Konsumvereine ein großer Hemmschuh des Klassenkampfes werden. Oft genug werden heute noch Fabrikkonsumvereine von den Unternehmern in diesem Sinne unterhalten. Keinen anderen Zweck haben auch die christlichen und vom Zentrum beeinflußten Konsumvereine.

Partei und Gewerkschaften sind berufen, die Konsumvereine zu dem zu machen, was sie sein sollen und können. In der Magdeburger Resolution ist ganz richtig gesagt, daß die Konsumvereine unter den dort näher dargelegten Grundsätzen gute Hilfsmittel für die Bestrebungen der modernen Arbeiterbewegung sein können. So kommen wir zur richtigen Schätzung ohne Ueber- noch Unterschätzung, und zu der Aufgabe, die Konsumvereine einzupassen in den Rahmen der modernen Arbeiterbewegrng. Ganz abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, die in Deutschland politische Genossenschaften nicht dulden, wäre es verkehrt, die Konsumvereine in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Partei zu bringen oder umgekehrt. Alles spricht dafür, daß sie, wie bisher, ihre vollständige Selbständigkeit wahren. Es kommt lediglich darauf an, in welchem Geiste die in den Konsumvereinen tätigen Sozialdemokraten wirken.

Die ideelle Verwandtschaft zwischen Konsumverein und der Partei ist natürlich groß. Es ist nicht wahr, daß die Konsumvereine kein Gewicht auf irgendeine politische Partei zu legen hätten. Die Konsumvereine sind große Arbeitervereinigungen geworden. Sie werden von allen Seiten auf das schärfste bekämpft. Die Mittelständler, die politischen Parteien, die Behörden, alles schlägt auf sie los. Sie sind also eine Organisation, die alle Veranlassung hat, sich umzusehen, wer sie in diesem Kampfe schützt. Die materiellen und politischen Interessen decken sich durchaus mit denen der sozialdemokratischen Partei. Die materiellen, weil die Sozialdemokratie ja alle Organisationen fördert,

die den Arbeitern materiell oder ideell nützen. Blicken wir ins politische Leben, so finden wir, daß in den Parlamenten, in der Presse usw. die bürgerlichen Parteien mehr oder weniger die Konsumvereine zu bekämpfen suchen. Durch Sondersteuern und durch gesetzliche Maßnahmen nicht zuletzt. Da ist es die sozialdemokratische Partei, die sich rücksichtslos und konsequent auf den Standpunkt der Konsumvereine stellt. Wenn solche Verhältnisse vorliegen, dann müssen auch die Konsumvereine ein Interesse daran haben, mit der sozialdemokratischen Partei mindestens in einem freund-nachbarlichen Verhältnisse zu leben. Will man das, so muß man rückhaltlos die konsumvereinsfreundlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie anerkennen.

Die Konsumvereine haben auf allen Seiten scharfe Gegner, die Sozialdemokratie allein schützt sie, nicht nur deshalb, weil sie für die Arbeiter Gutes bringen, sondern weil sie im allgemeinen als ein Fortschrittselement angesehen werden müssen. Die Sozialdemokratie beschränkt ihre Freundschaft nicht nur auf die Konsumvereine, sondern auch auf die Genossenschaften anderer Art, wenn sie in irgend einer Form sozial wertvolle Arbeit leisten. Man hat also keinen Grund, sich allzusehr darüber aufzuregen, wenn aus dieser Tatsache der Schluß gezogen wird, die Konsumvereine seien „sozialdemokratische" Organisationen. Das wird immer behauptet, wenn man eine Gefährdung bürgerlicher Interessen befürchtet. Das Odium, daß sie „sozialdemokratisch" sind, werden die Konsumvereine in Deutschland nicht los, weil sie eine proletarische Massenbewegung sind.

Es wird vielfach die Frage aufgeworfen: entziehen die Konsumvereine nicht wertvolle Kräfte der Partei- und Gewerkschaftsarbeit? Sozialdemokraten können gerade als Konsumvereinsangestellte infolge der Unabhängigkeit ihrer Stellung sehr wertvolles für die Partei leisten. Es ist oft nur mit Hilfe eines Konsumvereins-Lagerhalters möglich, eine Partei- oder Gewerkschaftsorganisation an einem kleinen Ort zu gründen weil außer ihm keine unabhängige Person da ist, die nicht mit der Gefahr der Maßregelung zu rechnen hat. Also auch nach der Richtung ist die Möglichkeit ersprießlichen Wirkens für die Sache der Arbeiter im allgemeinen gegeben. Und die Konsumvereinsbewegung hat seit Jahrzehnten nicht wenig davon profitiert. Gute organisatorische und agitatorische Talente der sozialdemokratischen Partei haben sich ihr gern zur Verfügung gestellt. Noch mehr wird das in Zukunft der Fall sein.

Die Politik und die Genossenschaften.

Es ist zu fragen, ob die Genossenschaften, in unserem Falle also die Konsumvereine, parteipolitischen Charakter tragen sollen. Oder ob sie, wenngleich nicht parteipolitisch, sich doch ständig in die Politik im allgemeinen hineinmischen sollen. Die Resolution des Internationalen Kongresses in Kopenhagen überläßt es den Arbeitern der einzelnen Ländern, die Fragen entsprechend den nationalen Verhältnissen zu entscheiden. Der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg hat kurz darauf diese Entscheidung für Deutschland getroffen. Danach sind die Konsumvereine politisch neutral, sie regeln ihre Angelegenheiten selbstständig und unabhängig von der Parteiorganisation.

Die Stellung der Partei ergab sich von selbst aus den zurzeit in Deutschland bestehenden Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, das diese Neutralität fordert. Damit ist praktisch die Angelegenheit erledigt. Dennoch fragt es sich aber, ob dieser momentane gesetzliche Zustand den Interessen und dem Verhältnis zwischen moderner Arbeiterbewegung und Konsumverein entspricht oder ob politische, beziehungsweise parteipolitische Konsumvereine erwünschter und richtiger sind. Wäre letzteres der Fall, dann hätten die Arbeiter mit aller Energie die Beseitigung der Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes anzustreben, die zurzeit politische Genossenschaften unmöglich machen. Das hätte denn auch auf dem Magdeburger Parteitage gesagt und beschlossen werden müssen. Er hat sich jedoch nicht nur formell und weil es gegenwörtig in Rücksicht auf das Genossenschaftsgesetz nicht anders ging, sondern auch grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß politisch neutrale Konsumvereine am besten ihre Aufgaben zu erfüllen vermögen. Das ist für deutsche Verhältnisse in jeder Beziehung richtig. Es dürfte aber auch im allgemeinen so sein. Die historische Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern spricht dabei allerdings ein gewichtiges Wort mit.

Die Konsumvereine unterscheiden sich, obwohl sie vornehmlich den Interessen der Besitzlosen dienen, von der gewerkschaftlichen und poli-

tischen Arbeiterbewegung nicht unwesentlich. Partei und Gewerkschaft sind beide Organisationen des Klassenkampfes; die Konsumvereine sind es nicht, wie an anderer Stelle dargelegt wurde. Die Konsumvereine haben insofern mit den Gewerkschaften mehr direkte Berührung als mit der Partei, weil sie — Konsumvereine und Gewerkschaften — die wirtschaftlichen Interessen der Unbemittelten vertreten. Das ist in dem Kapitel über Gewerkschaften und Genossenschaften ausführlich gesagt. Diese Interessengemeinschaft umfaßt aber nicht das ganze Gebiet gewerkschaftlicher Interessen, sondern in der Hauptsache nur das der Arbeiter als Warenverbraucher. Die Konsumvereine können die Interessen der Arbeiter als Warenerzeuger nur indirekt und in beschränktem Maße fördern helfen. Mehr Gelegenheit und Möglichkeit dazu haben sie im Rahmen des Konsumvereins und seiner Eigenproduktionsbetriebe nur gegenüber den dort beschäftigten Personen. Die bilden aber auch in der höchstentwickelten Arbeitergenossenschaftsorganisation den Massen der Arbeiter gegenüber nur einen geringen Teil. Wegen dieser in ihrem eigenen Entwicklungs- und Bewegungsgesetzen liegenden Tätigkeit geraten die Konsumvereine nicht mit der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, nicht mit der ganzen Klasse der Unternehmer und Besitzenden, sondern nur mit bestimmten Kategorien derselben in Konflikt. Das ist Interessen- aber kein Klassenkampf. Daher sind die Konsumvereine wohl recht brauchbare Hilfsmittel im Klassenkampfe der Arbeiter, nicht aber Klassenkampf selbst. Da der Klassenkampf der Arbeiter in seinem vollen Umfange ein politischer ist, sind die Konsumvereine als politische Organisation nicht brauchbar. Weder sie, noch die Partei haben ein Interesse daran.

Während also die Berührungspunkte zwischen Konsumvereinen und Genossenschaften auf einem Komplex rein wirtschaftlicher Fragen liegen, stehen sich Partei und Gewerkschaften viel mehr auf politischem Gebiet nahe. Die Gewerkschaften nehmen die Interessen der Arbeiter als Produzenten wahr, infolgedessen müssen sie die Profitinteressen der gesamten besitzenden Klasse angreifen. Sie sind aber auch direkt auf die Politik angewiesen, weil die Arbeiterklasse gesetzlichen Schutz braucht. Dieses Streben nach wirksamem, weitgehendem Arbeiterschutz, nach möglichst hohen Löhnen, kurzer Arbeitszeit und allgemein günstigen Arbeitsverhältnissen treibt die Gewerkschaften in den Klassenkampf. Alles was für die Gewerkschaften auf politischem Gebiet zur Förderung und erfolgreichen Durchführung ihres Kampfes getan werden muß, wird getan nur von der sozialdemokratischen Partei. Als Klassenorganisation ist das Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften beschränkter, als das der Partei und der Konsumvereine. Denn sie haben nur die Interessen der Lohnarbeiter zu vertreten, während die Partei politisch, die Konsumvereine wirtschaftlich — wenn auch nur

auf bestimmten Gebiet — für die gesamte unbemittelte, von kleinem Einkommen lebende Masse der Bevölkerung wirkt. — So ergibt sich ein Ineinandergreifen der drei Organisationsarten in der Erfüllung ihrer Aufgaben, das die Unterschiede doch scharf hervortreten läßt. Rein politisch genommen, wird der moderne Gewerkschafter viel eher und viel logischer zur Sozialdemokratie hingedrängt, als der Konsumgenossenschafter. Moderne Konsumvereinsgrundsätze sind viel mehr mit liberaldemokratischen Anschauungen, mit sozialbürgerlicher Politik vereinbar, als Gewerkschaftsbestrebungen. Deshalb liegt die Gefahr sehr nahe, daß bei einer Verquickung von Wirtschaftsgenossenschaften mit der politischen Organisation der Arbeiter die Klarheit des Klassenbewußtseins und die Entschiedenheit des Klassenkampfes ungünstig beeinflußt wird. Parteipolitische Konsumvereine sind deshalb auch vom Parteistandpunkte aus abzulehnen! Für Deutschland kommt hinzu, daß die Partei weder materiell, noch sonst in der Führung des politischen Klassenkampfes auf die Konsumvereine rechnen müßte.

Aber nicht nur aus politisch-prinzipiellen Gründen sind parteipolitische Konsumvereine zu verwerfen, auch ihre eigentliche Zweckbestimmung spricht dafür. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Konsumvereine beruht in ihrer Entwicklung zum Großbetrieb, der am besten erreicht werden kann durch das Zusammenströmen der Massen. Ist die Mitgliedschaft nun gebunden an eine politische Meinung, an die Bekennung zu einem Parteiprogramm, dann wären die Konsumvereine in ihrer Machtentfaltung stark gehindert, denn gegenwärtig sind sehr viele der Besitzlosen, denen die Genossenschaft Vorteile zu schaffen berufen ist, politisch noch indifferent. Sie müßten ferngehalten werden, wodurch die klassenbewußten Arbeiter der Konsumvereinssache selbst schaden würden, indem sie ihre Entwicklungsmöglichkeit ganz unnütz hemmten. Daß die klassenbewußt denkenden und organisierten Arbeiter immer mehr die Oberhand in den Konsumvereinen gewinnen, liegt in der Entwicklung selbst, die von der gegenseitigen Propaganda noch beschleunigt wird.

Ebensowenig wie die Konsumvereine ein politisches Glaubensbekenntnis verlangen können, ebensosehr müssen sie darauf sehen, daß etwa nicht politische Gegner der organisierten Arbeiter ihre Anschauungen vor den Wagen der Konsumvereine spannen. Solche Versuche dürften in Deutschland nicht sehr aussichtsreich und daher selten sein, — immerhin möglich sind sie. Da kann allzu großes Vertrauen und Entgegenkommen Schaden anrichten. Auf keinen Fall dürfen solchen Leuten des lieben Friedens willen Konzessionen gemacht werden. So wurde zum Beispiel von allzu neutralen Konsumvereinskreisen wiederholt der Standpunkt vertreten, daß man bei der Wahl der Verwaltungen möglichst auch die Minderheiten politisch Andersdenkender

berücksichtigen müsse. Der Vorschlag ist ganz verkehrt, sachlich unberechtigt und widerspricht durchaus einer wirklichen Neutralität. Denn wenn politische Dinge gänzlich ausgeschaltet sein sollen, dann darf man im Konsumverein nicht eine Art Progressionssystem nach der politischen Parteistellung der Mitglieder bei den Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat anwenden. Nur der Zweck und die Absicht der Genossenschaftsmehrheit ist maßgebend. Besteht die aus klassenbewußten Arbeitern, aus Sozialdemokraten, haben sich die anderen zu bescheiden, wenn die Auserwählten qualifiziert zu ihrem Amte sind.

* * *

Wenn von den Konsumvereinen Neutralität gegen Politik und politische Parteien gefordert werden muß, so soll nicht gesagt sein, daß sie sich völlig abstinent und unempfindlich gegenüber dem politischen Leben zu verhalten haben. Das ist eine übertrieben ängstliche Neutralität! An der Wirtschaftspolitik sind die Konsumvereine unter Umständen sehr lebhaft interessiert. Wenn eine genossenschaftsfeindliche Steuerpolitik einsetzt haben sie alle Ursache, dagegen anzukämpfen. Da sie die Aufgabe haben, den Mitgliedern möglichst gute und preiswerte Lebensmittel und andere Gebrauchsgegenstände zu beschaffen, kann ihnen auch die Frage der indirekten Steuern und Zölle auf diese Artikel nicht gleichgültig sein. Sie haben mindestens ihre Meinung zu äußern, die Mitglieder auf die ihnen drohenden gesetzlichen Gefahren aufmerksam zu machen und zum Kampfe dagegen aufzurufen. Dann ist es auch nötig, die Bundesgenossen in den politischen Parteien zu suchen, sich mit ihnen solidarisch zu erklären, um so einen möglichst großen und geschlossenen Widerstand gegen beabsichtigtes oder schon bestehendes Unrecht zu schaffen. Und wenn nun die Sozialdemokratie dieser zuverlässige und rücksichtslose Bundesgenosse ist, so brauchen sich die Konsumvereine desselben nicht zu schämen, wie man es leider noch immer beobachten kann. Im Gegenteil. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland die bedeutendste politische Partei, und ihre Solidarität mit den Konsumvereinen ergibt sich von selbst aus den Verhältnissen. Das ist wichtiger, als die Rederei der Gegner von den „sozialdemokratischen" Konsumvereinen, über die man sehr gelassen zur Tagesordnung übergehen kann.

In anderen Ländern sind die Konsumvereine bei weitem nicht so zaghaft, als in Deutschland. In Oesterreich kämpfen Partei und Konsumvereine offen und mutig miteinander, soweit es die Interessen der letzteren erheischen. Und in England, dem Lande mit den mächtigsten und neutralsten Konsumvereinen, ist es für diese ganz selbstverständlich, daß sie zu politischen Fragen öffentlich Stellung nehmen,

wenn sie das für nötig erachten. Zum Teil mag das mit an althergebrachten utopistischen Auffassungen liegen, die in England mangels einer starken politischen Interessenvertretung der Arbeiter noch nachwirken. Die Ursache kommt hier weniger in Betracht. In dem Programm der „Redlichen Pioniere“ von Rochdale, den Gründern des ersten englischen Konsumvereins hieß es unter anderem: „Sobald es ausführbar ist, soll die Genossenschaft damit beginnen, die Produktions-, Handels- und Regierungsverhältnisse zu ordnen. . . .“ Das ist sicher sehr politisch. Aber man braucht nicht auf derartige Ueberstiegenheiten zu exemplifizieren, wie sie der Anfang brachte. Die jüngsten Vorgänge zeigen die rege Teilnahme der englischen Konsumvereine am öffentlichen Leben. Der 52. Kongreß des britischen Genossenschaftsbundes, der Pfingsten 1910 in Plymouth tagte, debattierte und resolvierte über Beschränkung der Arbeitslosigkeit, Armenwesen, kommunale Fürsorge, Kontrolle der Eisenbahnen (in England meist Privatbahnen), Verstaatlichung der Universitäten. Und wegen Aufhebung der Verbrauchssteuern wurde beschlossen:

„Der 52. Kongreß der Genossenschafter von Großbritannien und Irland, versammelt in der Pfingstwoche 1910 in Plymouth, unterbreitet ergebenst der Regierung den Wunsch nach Aufhebung der Verbrauchssteuern auf Zucker, Tee, Kakao, Kaffee, Korinthen und Feigen und hofft, diesen Wunsch des Volkes baldigst erfüllt zu sehen. Die Resolution soll dem Ministerpräsidenten und dem Schatzkanzler zugestellt werden.“

Auch in die Parlamentswahlen 1910 wurde ziemlich aggressiv eingegriffen. Nach Auflösung des Parlaments erließ das parlamentarische Komitee des britischen Genossenschaftsbundes (!) einen Aufruf an die Genossenschafter. Sie wurden aufgefordert, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die gewillt seien, für das demokratische Selbstbestimmungsrecht des Volkes einzutreten und solche Verfassungsänderungen zu unterstützen, durch die der Wille des Volkes in der Gesetzgebung unumschränkt zur Geltung gelangen werde.“ Es wird weiter darüber berichtet: „Dieser Aufruf ist nicht ohne Widerspruch aus den Kreisen der Genossenschafter geblieben, insbesondere haben diesmal die irischen sich mit großer Majorität gegen die Einmischung des Genossenschaftsbundes in die politischen Wahlen ausgesprochen. Im großen und ganzen ist jedoch die Opposition gegen den Aufruf des parlamentarischen Komitees viel schwächer gewesen, als es im Januar beim ersten Aufrufe der Fall war. Während damals die Korrespondenzspalten der Cooperative News voll heftiger Proteste waren, haben sich diesmal nur wenige Genossenschafter zum Worte gemeldet, um gegen das Vorgehen des parlamentarischen Komitees Verwahrung einzulegen.“

So weit, wie in England könnte man in Deutschland schon aus gesetzlichen Gründen nicht gehen. Die Beispiele sollen nur zeigen, wie

ganz anders in dem für Konsumvereine als mustergültig hingestellten England das Prinzip der politischen Neutralität aufgefaßt und praktisch angewendet wird. Es ist auch nicht zu verkennen, daß in England die Hetze gegen die Konsumvereine nicht so betrieben wird, wie in Deutschland, wo infolgedessen eine gewisse Reserve in politischen Dingen verständlich und angebracht ist. Zu völliger politischer Apathie dürfen diese Umstände aber nicht führen.

Bedenken dieser Art sind wohl am Platze. In dem großen Kampfe um die Finanzreform, der von der Sozialdemokratie besonders im Interesse der breiten Massen als Konsumenten geführt wurde, verhielten sich die konsumgenossenschaftlichen Organe absolut schweigend. Noch nie aber hat eine reichsgesetzliche Aktion das Wesen der Konsumvereine so tief berührt, wie jene wahnwitzige Erhöhung und Vermehrung der indirekten Steuern auf wichtige Verbrauchsartikel! Nachdem erst wurde es lebendig im Konsumvereinsblatt. Fast in jeder Nummer konnte man die Aufforderung zur Werbung neuer Mitglieder unter Hinweis auf die abermalige Verteuerung des Lebensunterhaltes der breiten Massen lesen. Und als dieses höchst sonderbare Verhalten von einigen Parteiblättern mit Recht kritisiert wurde, da antwortete die Konsumgenossenschaftliche Rundschau in einem Artikel:

„Daß es nun nicht Sache der Organe und der Presse des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine ist, „im sozialdemokratischen Sinne zu agitieren“, mit dem „Steuerblock“ abzurechnen und Wahlen vorzubereiten (!), darüber herrscht keinerlei Meinungsverschiedenheit in den Reihen der Genossenschafter des Zentralverbandes. Das Eingreifen in die Steuerkämpfe in der Art, wie Vorwärts und Leipziger Volkszeitung es wünschten, ist einfach deshalb unterblieben, weil uns das mittenhineingeführt hätte in die parteipolitischen Kämpfe. (!) Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch vom Standpunkte der Konsumentenorganition mancherlei gegen die neuen Steuern einzuwenden sei.“

Und im Jahrbuch des Zentralverbandes auf das Jahr 1908 befindet sich in einer Abhandlung über „das Verhältnis der genossenschaftlichen Gebilde“ folgender Satz:

„Es ist zweifellos, daß die wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder der Genossenschaften von der Frage des Schutzzolls oder des freien Handels stark beeinflußt werden. Es ist auch zweifellos, daß die Genossenschaften die wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen haben. Die genossenschaftliche Betätigung als solche hat mit Freihandel oder mit Schutzzoll nichts zu tun. Der verhältnismäßig größere wirtschaftliche Vorteil, der den Mitgliedern der Genossenschaften gegenüber anderen Volksgenossen . . . . zugeführt wird, ist von einer freihändlerischen oder einer schutzzöllnerischen Gesetzgebung durchaus unabhängig.“

Wenn man etwa glaubt, mit derartigen Deduktionen die Freundschaft der schutzzöllnerischen Parteien für die Konsumvereine zu erwerben, so zeigt das Verhalten dieser Parteien ein ganz anderes Bild.

Hoffentlich wird diese übertriebene Neutralität nicht von der Gesamtheit der leitenden Personen des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine gutgeheißen; denn die sind bis auf wenige Ausnahmen Sozialdemokraten, und als solche haben sie nach der Kopenhagener und der Magdeburger Resolution zu handeln, das heißt, sie sollen sozialistischen Geist in die Konsumvereine bringen, wovon das eben herangezogene Zitat sehr weit entfernt ist.

Ueberschätzung. Absichten!

Die Sozialdemokratie stellt sich in ihrer Beurteilung der Konsumvereine durchaus auf festen Boden, indem sie ihnen als Hilfsmittel im proletarischen Klassenkampfe den rechten Platz einräumt. Wenn sie deren Bedeutung für die wirtschaftliche Lage der breiten Massen anerkennt und für weitere Entwicklung der Konsumvereine eintritt, so muß sie ebenso entschieden Front machen gegen jede Ueberschätzung, auf die man leider allzu häufig in der konsumgenossenschaftlichen Literatur stößt. Da laufen überspannte Spekulationen und sehr bestimmte Absichten, die Konsumvereine der politischen Bewegung der Arbeiter zu entfremden, sie indirekt im Sinne bürgerlicher Politik zu mißbrauchen, nebeneinander her. Manchem bürgerlichen Konsumvereinstheoretiker und Politiker sind die Arbeitergenossenschaften gerade gut genug, als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie zu dienen, wenn es auch nicht immer offen gesagt wird. Das wäre nicht so schlimm, wenn diese Leute unter sich blieben. Sie finden aber zur Vertretung ihrer Ansichten Aufnahme in der Literatur des „sozialdemokratischen" Zentralverbandes und werden von dessen Organ in der zuvorkommendsten Weise protegiert, statt daß man kritisch gegen diese Bestrebungen vorginge. Auf dem Magdeburger Parteitage wurden diese Dinge in der Debatte mit einigen allgemeinen Bemerkungen gestreift. Die Berechtigung dieser Kritik wurde daraufhin in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau bestritten und scharf gegen jenen Redner in Magdeburg (Wurm) polemisiert. Dieser Umstand und die Tatsache, daß von den leitenden Personen des Zentralverbandes überhaupt sehr gern das Bestehen der eben geschilderten Verhältnisse abgestritten wird, macht es nötig, die Behauptungen mit Tatsachen zu belegen.

Bald nach Gründung des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine erschien eine Schrift*, deren Verfasser heute der Konsumvereinsbewegung als juristischer Berater sehr nahe steht. Dieses Buch erweckt den Eindruck, als ob es zum Teil aus den obengenannten katheder-

* Dr. R. Riehn, „Das Konsumvereinswesen in Deutschland. Seine volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung". Cottasche Buchhandlung Nachfolger, 1902.

sozialistischen Gründen geschrieben wäre. So heißt es zum Beispiel: „Mit dem Eindringen des Arbeiterelements . . . ist nunmehr auch die Signatur des Konsumvereinswesens eine wesentlich andere geworden. An die Stelle einer unsäglich nüchternen und engherzigen Auffassung des Konsumvereinsprinzips sind weitsichtige Pläne getreten, in deren Mittelpunkt die Selbsterhebung der Arbeiterklasse auf dem Wege friedlich-wirtschaftlicher Tätigkeit steht. . . .“ Die Vereinigung der Konsumenten erscheint als „der aussichtsvollste Weg zu einer auf die arbeitenden Klassen gestützten, friedlich sich vollziehenden Neuordnung der Gesellschaft. . . . Denn die Konsumgenossenschaft gehört zu den Dingen, die den wirtschaftlichen Interessenkampf . . . in das Stadium der Verhandlungen, der Kompromisse und damit in legitime, der Entwicklung des Ganzen unschädliche Bahnen hinüberleiten. . . . Die zunehmende Einsicht in die Notwendigkeit praktisch-reformerischer Tätigkeit, ohne die eine politisch-dogmatische Phraseologie auf die Dauer ihre Wirkung verfehlen mußte, tat das ihre, um auch die politisch organisierten Arbeiter für das Konsumvereinsprinzip zu gewinnen.“ Eine „friedlich-soziale Reformidee“ habe früher „völlig gefehlt“, und „die wirtschaftlichen Erfolge der Konsumvereine und die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung durch sie sind geeignet, die Lust der Arbeiterschaft zu friedlicher Reformarbeit . . . zu beleben oder überhaupt erst zu wecken. . . . Die Erhöhung der Kaufkraft des Einkommens, die Befreiung von dem borgenden Kleinhändler und die Möglichkeit einer . . . Kapitalbildung durch und für sich selbst“ führen zu „immer weiter gehender Anwendung sozialer Selbsthilfe. . . . Auf der anderen Seite läuft parallel die Abkehr von der revolutionären Phrase. . . .“

Weiter: „Nicht minder aber verwirklicht die mit der Konzentration des Betriebs durch den Konsumverein Hand in Hand gehende Dezentralisation des Volkseinkommens einerseits durch Senkung der Profitrate des Unternehmers, andererseits durch Steigerung der Kaufkraft des kleinen Einkommens ihre (der Arbeiter) sozialen Ideale. Umgekehrt, wie es die Zusammenbruchstheoretiker lehren. . . . Man fürchtet für die Machtstellung der alten Dogmen und ahnt wohl, daß mit dem wachsenden Umfang und Erfolg des Konsumgenossenschaftssystems die Trennung einer wirtschaftlichen Arbeiterbewegung von der politischen unvermeidlich wird.“

Es wird dann die Behauptung aufgestellt, daß Konsumvereine und Gewerkschaften zueinander gehören. Nur eine „wirtschaftliche“ Arbeiterpartei werde es geben, und die Umwandlung, beziehungsweise Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise vollzieht sich, indem der organisierte Konsum auf der einen, die organisierte Produktion

auf der anderen Seite die bisherige Regel- und Planlosigkeit in der Staatswirtschaft beseitigen und die neue Ordnung vorbereiten.

Auch von der „anderen Richtung“ ist unter Anspielung auf die Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie die Rede. Die „Zusammenbruchstheoretiker“ und „Dogmatiker“ Marx, Engels, Kautsky und Genossen sind Polterer und Phraseure, von denen die Arbeiter freizumachen die große soziale Aufgabe der Konsumvereine sei. Nach Riehn hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung abzutreten. Bemerkenswert ist, daß sein Buch im Organ der Konsumvereine in zwei Artikeln als eine große Tat gepriesen wurde.

Der schon seit Jahrzehnten als Marxvernichter und letzte geborstene Säule des Proudhonismus bekannte, inzwischen verstorbene Dr. Arthur Mülberger schrieb:*

> „Die konsumgenossenschaftliche Bewegung kann und darf keine bloße Lohnarbeiterbewegung sein . . ., weil wir damit dem Neubau der Gesellschaft, der eben aus der Organisation der Konsumkraft des Volkes erstehen soll, selber den Weg verlegen und die eigentliche Fundamentierung desselben unendlich erschweren. . . . Je größer die Massen sind, die in Mitleidenschaft gezogen werden — einerlei auf welcher Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie sie stehen —, desto bessere Gewähr ist gegeben, daß die soziale Umformung des Güteraustausches sich ohne Erschütterung und Störung vollziehen wird.“

Und in einem anderen Artikel** sagt Herr Mülberger:

> „Der von Freund und Feind angestaunte Titane dieser Abstraktionskraft, Karl Marx, feiert in seinem ‚Kapital‘ wahre Orgien der Begriffsspielerei! . . . Für uns Genossenschafter ist es von besonderem Interesse, sich darüber Rechenschaft zu geben, wann und wo wir uns von dieser herkömmlichen Abstraktionswut freizumachen und unsere eigenen Wege zu gehen haben.“

Deutlich genug also auch hier die Marxvernichtung mit Hilfe der Konsumvereine! Dr. Hans Müller sagt in einer Broschüre*** vom Genossenschaftswesen:

> „Mit einem Worte: eine neue genossenschaftliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist im Werden begriffen. . . . Was die konsumgenossenschaftliche Bewegung zum Range einer großen geschichtlichen Bewegung erhebt, ist die Tatsache, daß in ihr ein großes und neues Prinzip enthalten ist, ein

---

* „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ Nr. 13, 1904.

** Dieselbe Nr. 10, 1904.

*** „Wesen, Grundsätze und Nutzen der Konsumvereine.“ Verlag des Schweizerischen Genossenschaftsbundes, 1900. Genossenschaftl. Volksbibliothek.

Prinzip, das bestimmt ist, auch die Grundlage verbesserter Produktionsverhältnisse zu werden, ein Prinzip, das in dem Maße, als es unser gesamtes wirtschaftliches Leben durchdringt, zur Aufhebung aller ökonomischen Privilegien und Abhängigkeitsverhältnisse und zu einer gerechten Verteilung der sozialen Rechte und Pflichten führt."

Und auf dem internationalen Genossenschaftskongreß in Budapest meinte Müller: „Wer Genossenschafter sein will, muß prinzipieller Gegner der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsweisen sein, oder er ist kein Genossenschafter. . . . Das genossenschaftliche Ideal läßt sich so formulieren: Durch genossenschaftlichen Zusammenschluß soll das gegenwärtige auf Konkurrenz gegründete volkswirtschaftliche System ausgemerzt werden und soll ersetzt werden durch gegenseitiges Zusammenwirken für das allgemeine Beste, als Grundlage einer menschlichen Gesellschaft."

Im „Wochenbericht" (jetzt Rundschau) der modernen Konsumvereine wurde die Müllersche Broschüre kritiklos als eine „wertvolle Bereicherung der volkstümlichen Genossenschaftsliteratur" bezeichnet, dem Verfasser besonderer Dank ausgesprochen und das Heft ausdrücklich den Konsumvereinen empfohlen. — Herr Pastor a. D. Kötzschke schrieb in einem Artikel:*

> „Noch heute will die orthodoxe Sozialdemokratie unter der Führung Kautskys von der Krämerei in den Konsumvereinen nichts wissen. Ihr sind die Konsumvereine mit ihren kleinen Vorteilen Palliativmittel, die die Parteigenossen von dem großen revolutionären Zug ablenken. Es sind mehr oder weniger nur die Revisionisten, die in den Konsumvereinen an der Arbeit sind und die Arbeiter, statt auf den Zukunftsstaat zu vertrösten, für die Verbesserung ihrer gegenwärtigen Lage erziehen. . . . . In unserem eigenen Interesse liegt es, das Konsumvereinswesen nicht zu einer Domäne der Sozialdemokratie werden zu lassen. Darum mit unserem ganzen Einfluß hinein in die Konsumvereine!"

Also: mit Hilfe der Konsumvereine gegen die Sozialdemokratie! Eine gute Probe von Ueberschwang gibt folgender Schlußsatz eines Artikels in der „Rundschau":** „So zieht die genossenschaftliche Tätigkeit immer weitere Kreise, bis alle die vielen und verschiedenen genossenschaftlichen Bestrebungen sich zu einem großen genossenschaftlichen System vereinigen, welches in geregelter Arbeit die

* „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" Nr. 43, 1904.
** Dieselbe Nr. 1, 1904.

Naturkräfte dem Wohle der Menschheit dienstbar macht, die Menschen von dem Fluche der Arbeit befreit und ihnen in weitestem Maße das Glück und den Segen der Arbeit zuteil werden läßt. Mit diesem berückenden Blicke in die Zukunft wollen wir die Arbeit des neuen Jahres beginnen. Auf zum großen genossenschaftlichen Werke des Friedens und der Befreiung, auf zur tatkräftigen Teilnahme an dem herrlichen Aufwärtsstreben der Menschheit aus den dunklen Tiefen des organischen Werdens bis zur Sternenhöhe der Herrschaft über das Weltall!"

Herr Professor Tönnies bricht in einem Artikel der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" eine Lanze für Herbert Spencer, den er für den Sozialismus reklamiert, indem er schreibt:

> „Nach Herbert Spencer ist die genossenschaftliche Idee, in der er die Richtung auf einen höheren Typus der Arbeit erblickt, die Ausschaltung des letzten Restes von Sklaverei, die Erfüllung der sittlichen Forderung eines gerechten Lohnes; nach diesem erzliberalen Denker ist die genossenschaftliche Idee weit mehr als ein ‚Angriff' auf das kapitalistische System. Sie bedeutet nicht weniger als dessen definitive und vollkommene Ueberwindung."

In einer Broschüre,* die viele derartige Stellen enthält, heißt es:

> „Der Verzicht auf augenblicklichen persönlichen Vorteil ist nötig, damit die Kraft des Ganzen wachse und die Genossenschaft ihre befreiende Aufgabe durch immer umfassendere Organisation auch der Produktion zielbewußt in Angriff nimmt."

Schwungvoll sagt Staudinger bei einer anderen Gelegenheit: „Wie einst Marx nur den Proletariern aller Länder zum politischem Kampfe den Vereinigungsruf sandte, so rufen wir hingegen, alle Bekenntnisse und Parteien umfassend: Konsumenten aller Stände, vereinigt euch!"

Und weiter Seite 26 und 28 der genannten Broschüre: „Der Blick darf nicht von der Produktion ausgehen und von da zum Konsum wandern; diese Betrachtungsweise ist die des Profitsystems" (in einer Fußnote: „Marx und Lassalle sind noch von diesem Gesichtspunkt beeinflußt"). . . . „Die Massen . . . waren von dem Gedanken erfaßt, daß nur die politische Bewegung . . . sie zu befreien vermöge, und hielten sich fern." Gegen Ringe usw. sieht derselbe Verfasser „zunächst kein anderes Mittel, als die Vereinigung der Konsumenten zu einem großen, machtvollen Ganzen".

---

* Professor Dr. Staudinger: Von Schulze-Delitzsch bis Kreuznach, „Genossenschaftliche Volksbücher" Nr. 2. Herr Staudinger ist Ausschußmitglied des Zentralverbandes der Konsumvereine.

„Giesberts* habe allerdings die Gewerkschaft über die Konsumgenossenschaft gestellt. Beide seien notwendig. Man müsse sogar logischerweise annehmen, daß die Arbeiter, die durch gewerkschaftliche Tätigkeit die übelsten Folgeerscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu mildern trachteten, in erster Linie dabei sein müßten, wenn es gelte, an die Stelle kapitalistischer Wirtschaft etwas Höheres und Besseres, nämlich die genossenschaftliche, zu setzen.“

Auch Gedankenreihen anderer Art kommen vor. So berichtete seinerzeit das Handlungsgehilfenblatt über einen Vortrag:**

> „Auch im politischen Kampfe kann die Genossenschaft eine andere Situation gestalten. Das Kleinbürgertum schwankt jetzt in politischer Beziehung unentschlossen zwischen den Parteien; werden seine wirtschaftlichen Interessen bedroht, wendet es sich aber stets gegen die Arbeiterbewegung infolge des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. In der Genossenschaft fällt dieser Gegensatz fort, Mitglieder wie Angestellte haben dieselben Interessen, stehen auf demselben politischen Boden. . . . . Auch die Befreiung von der Grundrente liegt in der Hand der Genossenschaften; schon heute haben die Baugenossenschaften nach dieser Richtung den Anfang gemacht. . . . . Die Zukunft wird uns einen gewaltigen Kampf zwischen den großen kapitalistischen Warenhäusern und den Genossenschaftshäusern bringen, der zugunsten der letzteren ausschlagen muß.“

Schließlich mögen noch einige Proben dieser nebelhaften, verschwommenen Auffassungen und Absichten aus dem Artikel des Herrn Professor Dr. Schär-Berlin über „Soziale und wissenschaftliche Aufgaben der Konsumgenossenschaft“, der ebenfalls in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ stand, gegeben sein. Es hieß dort:

> „Das Endziel der Konsumgenossenschaft liegt in der Bildung einer Wirtschaftsgemeinde, in welcher die Produktion der Bedarfsgüter in den Dienst der Konsumtion gestellt wird und die Verteilung der Güter nach dem Prinzip der Gerechtigkeit stattfindet. Die ungeregelte (anarchistische) Produktion soll in eine organisierte, das heißt dem Bedarf der Wirtschaftsgemeinde angepaßte, die arbeitsfreien Einkommen von Grundrente, Zins und Unternehmergewinn sollen in Arbeitsentgelt umgewandelt werden. . . . Treibt die kapitalistische Konzentration der wirtschaftlichen Unternehmungen zum monopolisierten Staatsbetrieb, in der Zwangs-

---

* Dr. Riehn im Schlußwort zu einem Vortrag in der Gesellschaft für soziale Reform.

** Gehalten von Peus in Halle über Gewerkschaft und Genossenschaft.

vereinigung der Staatsgesellschaft, so die wirtschaftlich-soziale Konzentration der Konsumenten in freien Genossenschaften zu der freien Wirtschaftsgemeinde, deren Ziel es ist, ihre Angehörigen aus Entbehrung und Not zu erlösen, ihnen den Weg zu einer auskömmlichen Existenz zu zeigen, mit den wirtschaftlichen Kräften auch die ethischen, überhaupt die kulturellen Kräfte auszulösen und dadurch die Wohlfahrt aller ihrer Mitglieder zu begründen. . . . Aus diesen Gründen ist es also verkehrt, wenn man die Reform in der Güterverteilung von der Organisation der Produzenten erwartet. Der Hebel muß an einem anderen Punkte angesetzt werden. Jeder Mensch ist Konsument. Die Qualität zur Mitgliedschaft bringt jedes Kind mit auf die Welt; jeder Mensch ist Konsument von der Wiege bis zum Grabe. Aus diesem Grunde liegt auch in der Konsumentenorganisation die höchste wirtschaftlich-soziale Macht; sie ist stärker als alle Ringe und Truste der Welt, wenn sie zum Bewußtsein ihrer Kraft gelangt und national und international organisiert wird.“

Es ist wohl kein Zufall, daß sich auch in der bürgerlichen Genossenschaftsliteratur der neueren Zeit Gedanken finden, die den Ausführungen der zitierten Art sehr nahe stehen. So ist zum Beispiel im Handbuch der Konsumvereine für 1899 von Oppermann und Häntschke zu lesen:

„. . . Hoch zu veranschlagen ist ferner die soziale Betätigung, die durch die Vereinigung von Angehörigen aller Berufsstände im Konsumverein erzielt wird; dadurch besonders . . . trägt er zum Ausgleich der Klassengegensätze bei. Der Beamte lernt das Streben des Arbeiters, seine materielle und sittliche Lage zu verbessern, kennen und würdigen; der Lehrer erfährt den Wert schnellen kaufmännischen Entschließens und scharfen kaufmännischen Blicks! Der Kaufmann tritt dem Beamten näher; der strebsame Arbeiter aber lernt die Pflichten, Obliegenheiten und Sorgen dieser Stände kennen und erweitert und schärft seinen Blick im Verkehr mit Angehörigen dieser Branche.“

* * *

Die praktisch im Genossenschaftswesen stehenden Sozialdemokraten legen ja diesen Phantasien keine große Bedeutung bei und sagen: Laßt sie reden. Es dürfte jedoch über kurz oder lang innerhalb der Konsumvereine zu ernsthaften Auseinandersetzungen kommen, wenn so weiter gearbeitet wird.

Die moderne Arbeiterbewegung ist insofern interessiert an diesen Dingen, als es ihr nicht gleichgültig sein kann, wenn in so überschwenglicher und die Köpfe verwirrender Art Agitation für die Konsumvereine getrieben, der enge Zusammenhang zwischen Konsumvereinen und moderner Arbeiterbewegung bestritten wird, wie es auch nach den Kongressen in Kopenhagen und Magdeburg besonders in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau weiter geschehen ist. Um das tun zu können wird unterstellt, was die Partei gar nicht will: die Konsumvereine als „Organe“ des Klassenkampfes zu betrachten.

Arbeiter, denen absichtlich oder unabsichtlich die Meinung beigebracht ist, daß Gewerkschaften und Konsumvereine die „wirtschaftliche Arbeiterpartei“ bilden, die die Lehren der „Zusammenbruchstheoretiker“ und „Dogmatiker“ vom politischen Klassenkampf Lügen straft, müssen natürlich eine politische Organisation für überflüssig halten. Die Agitationskraft der Sozialdemokratie wird auf diese Weise behindert und erschwert. Die vielen sozialdemokratischen Konsumvereinsmitglieder aber müssen schließlich unwillig darüber werden, wenn sie merken, daß solche Agitation einen ihrer politischen Auffassung entgegenstehenden Charakter annimmt. Differenzen werden unvermeidlich, und den Schaden haben die Partei wie die Konsumvereine. Es wäre wirklich sehr zu wünschen, daß die für die Konsumvereine schriftlich oder mündlich Agitation treibenden bürgerlichen Herren sowohl als die Sozialdemokraten — letztere aber ganz besonders — das einsehen und sich danach richten.

Im Vorwort zur zweiten deutschen Auflage seines Buches „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ bemerkt Fr. Engels unter anderem: „Heutzutage gibt es auch Leute genug, die den Arbeitern von der Unparteilichkeit ihres höheren Standpunktes einen über allen Klassengegensätzen und Klassenkämpfen erhabenen Sozialismus predigen. Aber sie sind entweder Neulinge, die noch massenhaft zu lernen haben, oder aber die schlimmsten Feinde der Arbeiter, Wölfe im Schafspelz.“ Es scheint, als ob diese treffenden Worte hier zu erwähnen nicht ganz unangebracht wäre. Jedenfalls darf sich die deutsche Konsumvereinsbewegung nicht gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen lassen. Sie muß und wird vielmehr immer mehr mit ihr harmonieren. Es berührt peinlich, wenn man sieht, wie die Angst vor dem Odium, daß die Konsumvereine als sozialdemokratisch bezeichnet werden, selbst Sozialdemokraten in Verlegenheit bringt. Auf das, was an den Konsumvereinen wirklich sozialistisch ist und sein darf, kann jeder Sozialdemokrat stolz sein. Das ändert aber an der gebotenen politischen Neutralität der Konsumvereine gar nichts.

Die gegenteiligen Behauptungen der Konsumvereinsfeinde kann man sofort, ohne große Rederei, mit der einfachen Frage schlagend widerlegen: Wo und wie betätigten sich Konsumvereine parteipolitisch?

Die Frage kann nicht beantwortet werden, und sie wird nie ihre Wirkung bei vernünftigen Menschen verfehlen. Es ist auch eigentümlich, wenn sozialdemokratische Genossenschafter nicht laut genug sozialdemokratischen Organisationen und Zeitungen vorwerfen können, daß sie zu wenig für die Konsumvereine tun, während sie im anderen Falle am liebsten ängstlich jeden Zusammenhang zwischen Konsumvereinen und Sozialdemokratie leugnen.

Die politisch geschulten Arbeiter lernen den Wert der Konsumvereine für die moderne Arbeiterbewegung immer mehr schätzen, aber sie denken nicht daran, auf den Klassenkampf zu verzichten, und bewerten die Konsumvereinsbewegung ganz richtig als eines jener Mittel, die innerhalb der heutigen Gesellschaft zum Vorteil für die Arbeiter benutzt werden können, aber an dem Wesen dieser Gesellschaft niemals etwas ändern. Selbst die auf der Grundlage des organisierten Konsums aufgebaute Eigenproduktion, auf die viel Wert gelegt wird, kann bessere Existenzverhältnisse immer nur für einen Bruchteil der Arbeiter herbeiführen. Auch die großen englischen, nahe an der Grenze ihrer Entwicklungsmöglichkeit angelangten Genossenschaften ändern am Wesen des Kapitalismus im allgemeinen nichts. Hunderttausend Arbeiter mögen dort gute Arbeitsstellen und bessere Existenzbedingungen durch die Genossenschaften haben — die vielen Millionen sind genau so schlimm daran als zuvor. Wie lange sollten wir auch warten, bis Kohle und Eisen auf eigenem Grund und Boden und auf wirtschaftsgenossenschaftlichem Wege gewonnen werden? Darauf aber käme es schließlich an.

Dieses Ziel kann nur auf politischem Wege, durch Eroberung der politischen Macht, erreicht werden, nicht aber durch genossenschaftliche Organisation.

Feinde und Freunde.

Alle Feindschaft bürgerlicher Gruppen gegen die Konsumvereine hat ihren Ausgangspunkt in dem wirtschaftlichen Zwecke der letzteren. Die Konsumgenossenschaft schaltet den unnützen, überflüssigen, dem Verbraucher die Waren verteuernden Zwischenhandel aus. Im Grunde ist der Kampf zwischen den Konsumvereinen und den Kleinhändlern nichts weiter, als eine besondere Art des Kampfes zwischen Großbetrieb und Kleinbetrieb auf dem Gebiete der Warenverteilung. Nur mit dem Unterschiede, daß der dem Kleinhandel entzogene Handelsprofit nicht einzelnen privaten Unternehmern oder Unternehmervereinigungen, nicht dem Großkapital, sondern der Gesamtheit der Konsumenten zugute kommt, soweit der Konsumverein einwirkt. Das aber sind vornehmlich die Massen der Arbeiter, für die auch der kleinste wirtschaftliche Vorteil fühlbar wird. Ist der Großbetrieb schon, ganz allgemein gesehen, die modernste und vorteilhafteste Art der Warenvermittelung, so ist es die des Konsumvereins erst recht, weil durch ihn die Vorteile des direkten Warenbezugs im großen dem Verbraucher selbst zufließen. Das soziale Moment tritt stark in den Vordergrund. Und so betrachtet, ist zwischen den privaten und den genossenschaftlichen Großbetrieben des Kleinhandels ein großer Unterschied!

Diesen Unterschied machen natürlich die Krämer nicht. Im Gegenteil. Die Konsumvereine hassen und bekämpfen sie erst recht, und zwar mit den unlautersten Mitteln, gerade *weil* es sich um Einrichtungen der *Arbeiter* handelt. Hier wirken schon *politische* Interessen sehr mit. Der Mittelständler von heute, als Teil der bürgerlichen Gesellschaft, kennt keine andere Interessen, als die seinigen. Das trifft besonders auf die Kleinkaufleute zu. Er sieht in den ihn wirtschaftlich benachteiligenden Arbeitergenossenschaften zugleich auch den Arbeiter als Vertreter der Interessen seiner Klasse. So wird der sozusagen natürliche wirtschaftliche Gegensatz zwischen Kleinhändler und Arbeitergenossenschafter nicht *gemildert* durch das *soziale* Moment, sondern *verschärft* durch das *politische*. Ganz absichtlich und als Mittel zum Zweck wird der Kampf zwischen beiden Faktoren von den Krämern hinübergespielt auf das politische Gebiet.

Die sogenannten Mittelständler haben es mit ihren Organisationen verstanden, den Konsumvereinen der Arbeiter fast die ganze bürgerliche Gesellschaft auf den Hals zu hetzen, indem sie das Schlagwort von den sozialdemokratischen Konsumvereinen erfanden, während die Händler selbst sich als das wichtigste staatserhaltende Element in empfehlende Erinnerung bringen. Da können die Konsumvereine jeden Tag zehnmal beweisen, daß sie nicht sozialdemokratisch in politischem Sinne sind; daß das in Deutschland schon gesetzlich unzulässig ist und die Konsumvereine Selbstmord begingen, wenn sie dennoch parteipolitisch sich betätigten. Den Zweck der Konsumvereine bestimmt § 1 Ziffer 5 des Genossenschaftsgesetzes. Sie müssen demnach sein: „Vereine zum gemeinsamen Einkaufe von Lebens- und Wirtschaftsbedürfnissen im großen und Ablaß im kleinen (Konsumvereine)". Und § 81 sagt: „Wenn eine Genossenschaft sich gesetzwidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeindewohl gefährdet wird, oder wenn sie andere als die in diesem Gesetz bezeichneten geschäftlichen Zwecke verfolgt, so kann sie aufgelöst werden, ohne daß deshalb ein Anspruch auf Entschädigung stattfindet." Ferner bestimmt § 149: „Mitglieder des Vorstandes werden mit Geldstrafe bis zu 600 Mark bestraft, wenn ihre Handlungen auf andere als die im § 1 erwähnten geschäftlichen Zwecke gerichtet sind, oder wenn sie in der Generalversammlung die Erörterung von Anträgen gestatten oder nicht hindern, welche auf öffentliche Angelegenheiten gerichtet sind, deren Erörterung unter die Gesetze über das Versammlungs- und Vereinsrecht fällt."

Doch alle solche Hinweise und Belehrungen nützen nichts. Die Krämer brauchen das Schlagwort von den „sozialdemokratischen" Konsumvereinen, und so wenden sie es ungeniert weiter an, auch wenn sie selbst nicht daran glauben. Und es tut seine Wirkung. Regierungen, Behörden, Parteien, bürgerliche Vereine aller Art ergreifen mit Wollust den Vorwand, in den bösen Konsumvereinen die Sozialdemokratie zu treffen oder umgekehrt. Und dabei sich obendrein zu qualifizieren als echte, rechte Retter des von der Sozialdemokratie bedrängten Mittelstandes. Die Konsumvereine sollen ja gerade schlagender Beweis dafür sein, daß die sozialdemokratische Partei vorsätzlich den Mittelstand ruiniert, nicht etwa, daß die Arbeiter mit Hilfe der genossenschaftlichen Betätigung ihr wirtschaftliches Interesse wahren wollen. Da nun alle bürgerlichen Parteien beim Mittelstand den Anschein zu erwecken suchen, als wollten sie ihm helfen, so müssen sie alle mehr oder weniger feindlich gegen die Konsumvereine sich stellen. Das ist ein Prüfstein für die Mittelständler. Wie verschiedene Vorgänge im Reichstag und in den Landtagen usw. zeigten, stehen denn auch die Bürgerlichen bis auf seltene Ausnahmen gegen die Konsumvereine, oder sie verwahren sich mindestens dagegen, deren Freunde zu sein.

Man spekuliert auf die Stimmen der Mittelständler bei politischen Wahlen! Auf diese einfache Formel kann man den Kampf gegen die Konsumvereine bringen, der oft ganz unerklärlich, direkt unsinnig erscheinen muß, wenn man sich die wirtschaftlichen Programme der einzelnen bürgerlichen Gruppen ansieht.

So zum Beispiel, wenn Nationalliberale Mittelstandspolitik auf Kosten der Konsumvereine treiben. Sie, die Vertreter des mobilen Großkapitals, der konzentrierten und technisch auf der Höhe stehenden Produktionsweise, des industriellen und kaufmännischen Fortschritts! Gerade die Haltung der Nationalliberalen bestätigt vollauf das oben Gesagte. Auf dem nationalliberalen Parteitag in Kassel 1910 hielt der Landtagsabgeordnete für Kassel, Dr. Schröder, einen Vortrag über Mittelstandspolitik, in dem er nach der Kölnischen Zeitung gegen die Konsumvereine behauptete:

> „Gefährlich sind die sozialdemokratischen Arbeiterkonsumvereine, die die Sozialdemokratie noch dazu zielbewußt in ihren politischen Dienst stellt. Man will die selbständigen Existenzen vernichten, um die allgemeine Proletarisierung der Gesellschaft herbeizuführen. Der Redner erinnerte an den Ausschluß der sozialdemokratischen Arbeiterkonsumvereine auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach und kam auf die vielbesprochenen Verhandlungen des unlängst abgehaltenen internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen zu sprechen."

Und der Deutsche Handelstag 1910, dem die Nationalliberalen von allen Parteien sicher am nächsten stehen, nahm eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so unsinnig-schroffe Haltung ein. Er beschäftigte sich unter anderem mit der Schädigung des Handels durch Staat, Gemeinden, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, Beamtengenossenschaften. Referent war Kommerzienrat Wahl-Barmen. Ueber die Konsumvereine wurde ausgeführt, daß der deutsche Handelstag schon früher verlangt habe, daß sie zur Steuer herangezogen werden. Der Herr Kommerzienrat beklagte es auch sehr, daß die Konsumvereine nicht dem Margarinegesetz unterworfen sind. Er sprach dann der bayrischen Regierung seine Zufriedenheit aus, weil sie im Jahre 1905 die Zugehörigkeit der Beamten zu den Konsumvereinen eine „unerfreuliche Erscheinung" genannt hat, und behauptete, manche Beamten hätten so viel Nebenbeschäftigung, daß es fraglich erscheine, ob sie für ihre Berufstätigkeit auch noch die volle geistige Frische besitzen. Nachdem schlug der Referent folgende Resolution, die angenommen wurde, vor: „Die Kommission des Deutschen Handelstags, betreffend Kleinhandel, erneuert hiermit den Wunsch, daß staatlicherseits jede Bevorzugung aller genossenschaftlichen und Beamtenvereinigungen sowohl durch Gewährung besonderer Vorrechte als durch steuerliche Vorrechte vermieden werden."

Sehr bemerkenswert waren die Verhandlungen im Deutschen Reichstage in der Sitzung am 3. Dezember 1910. Irgend eine Position gab den Anlaß zu einer Mittelstandsdebatte, die das Verhältnis der bürgerlichen Parteien zu den Arbeiterkonsumvereinen im hellsten Lichte zeigte. Von allen Vertretern der bürgerlichen Parteien, die da sprachen, räsonierte der nationalliberale Fraktionsredner am heftigsten auf die Arbeitergenossenschaften. Er eiferte gegen die Warenhäuser und die „noch viel gefährlicheren Konsumvereine“. Die Gefährlichkeit der Konsumvereine demonstrierte er an einem Zirkular, das den Bezug von Briketts, Molkereibutter, Brot, Seefischen, Kaffee, Kakao und Tee durch einen Konsumverein empfahl. Nachdem er dann die Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Organisation in Hamburg kurz geschildert hatte, äußerte er sich nach dem stenographischen Berichte folgendermaßen:

> „Meine Herren! Wenn man sich vor solche Entwicklung gestellt sieht, dann fragt man sich: Was bleibt denn überhaupt für den Detaillistenstand, für den kleinen Gewerbetreibenden noch übrig? Was hat er denn überhaupt noch für eine Zukunft? Pflichten und Lasten wachsen bei ihm fast täglich; der Umsatz und der Verdienst schrumpfen aber fast immer weiter zusammen. Ich meine, das sollte doch zu ernsten Bedenken Veranlassung geben, und zwar um so mehr, als die Konsumvereine nicht mehr bloß ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken dienen und nur den Mittelstand schädigen, sondern jetzt auch einen politischen, einen gesellschafts- und staatszerstörenden Charakter angenommen haben und dem unverhohlen Ausdruck geben. Ich glaube nicht, daß hier durch Verordnungen und Ermahnungen irgendwelcher Erfolg erzielt werden kann, und das wäre um so mehr zu bedauern, als die Entfremdung zwischen Beamten und Bürgern, zwischen Stadt und Land schon einen recht großen und bedauerlichen Umfang angenommen hat, als die Aufnahmefähigkeit des Mittelstandes für aufstrebende Elemente sich täglich vermindert, und die Möglichkeit, zur Selbständigkeit zu gelangen, fast abgeschnitten ist, die Verbitterung aber leider immer mehr zunimmt. Meine Herren, was nutzt es denn, wenn wir auf der einen Seite den Arbeiterstand zu heben und sein Fortkommen zu erleichtern suchen, wenn auf der andern Seite tausende bisher selbständige Elemente in ein wirtschaftliches Nichts zurückgestoßen werden, und wir sie zu unzufriedenen Staatsbürgern machen! Nichts verbittert den Menschen mehr als unverschuldetes Unglück und als seine Zukunft abgeschnitten zu sehen. Meine Herren! Sollte sich die Entwicklung weiter so fortsetzen und der Mittelstand vor immer größere Gefahren gestellt, immer mehr

ausgeschaltet und vernichtet werden, dann muß man sich wirklich die ernstliche Frage vorlegen, ob Organisationen wie die Konsumvereine überhaupt noch in den Rahmen des Genossenschaftsgesetzes hineinpassen, ob sie dann ferner noch legalisiert werden können. Ja, meine Herren, das mag weitgehend sein, ich habe aber die Ueberzeugung, daß dem verdienstvollen Schöpfer des deutschen Genossenschaftswesens solche Ziele nicht vorgeschwebt haben; ich glaube, daß, wenn er damals gewußt hätte oder auch nur hätte ahnen können, welche Folgen sein humaner Gedanke haben würde, er wirksame Vorsichtsmaßregeln getroffen hätte. Er stellte den Grundsatz auf, daß nicht ein Teil der Gesamtheit die Existenzbedingungen eines anderen Teiles verletzen dürfe. Ja, meine Herren, wie die Entwicklung sich jetzt zeigt, werden nicht nur Existenzbedingungen einzelner verletzt, sondern sie werden geradezu vernichtet, und es gibt ja leider Kreise, die gar kein Hehl daraus machen, daß sie Konsumvereine nur zu dem Zwecke gründen, um den Mittelstand zu vernichten. Sie sagen: Ja, du liebe Zeit, diese Vernichtung ist eben eine unausbleibliche Folge aller Konsumvereine! Es würde meinem Empfinden durchaus widersprechen, wenn den einzelnen oder einem Berufe seine persönliche oder staatliche Freiheit irgendwie eingeengt oder entzogen werden sollte; aber, meine Herren, ob der Staat solche Bestrebungen weiter stillschweigend dulden und zusehen darf, wie manche seiner Organe direkt oder indirekt solche Bestrebungen unterstützen, die so weitgehende Gefahren für unser wirtschaftliches und soziales Leben haben, diese Frage darf nicht mit Stillschweigen übergangen werden."

So sprach ein Nationalliberaler, ohne bei seinen Parteifreunden Widerspruch zu finden! Es war der Herr Abgeordnete Findel, der mit diesen Scharfmachereien den Konservativen Pauli und den Antisemiten Raab bei weitem übertraf. Der Redner des Zentrums sprach zweideutig und auch der Freisinnige hielt es nicht für nötig, die Konsumvereine gegen die Angriffe in Schutz zu nehmen. Es blieb allein dem sozialdemokratischen Redner vorbehalten, der rücksichtslos für die Interessen der Konsumvereine eintrat.

Eine feindliche Haltung gegen die Konsumvereine nimmt auch der Hansabund ein, und eine Anzahl Handelskammern haben sich ebenfalls auf einen konsumvereinsfeindlichen, rückschrittlichen Standpunkt gestellt.

Die bürgerlichen Parteien rechnen alle auf die politische Gefolgschaft der Krämer. Direkter, offener Kampf gegen die Arbeitergenossen-

schaften oder verschämte Verleugnung; das ist das Gesamtresultat ihrer Haltung.

Dabei bedienen sich die Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft des Genossenschaftswesens selbst in ausgedehntem Maße. Oft werden diesem sogar — wie in Sachsen — von Regierung und Landtag Staatsmittel gegen niedrigen Zins oder ganz zinsfrei zur Verfügung gestellt. Auch zur *Gründung* von Genossenschaften!

Die Kampf*mittel* sind meist bedenklichster Art. Die Unterstellung, daß die Arbeiterkonsnmvereine sozialistische seien, ist an sich nichts Schlimmes. Wir leben aber in Deutschland, und das Perfide dieser Behauptung liegt darin, daß sie in diesem Falle eine *Denunziation ungesetzlicher Betätigung* bedeutet. Wenn bisher kein Fall bekannt geworden und wohl auch nicht vorgekommen ist, wo deswegen ein Konsumverein bestraft oder aufgelöst worden wäre, obwohl es an Versuchen dieser Art nicht gefehlt hat, so beweist das wohl am besten das Unsinnige dieses Vorwurfs, der trotzdem immer wieder erhoben wird.

Das geschieht auch noch aus einem anderen Grunde: man will damit bürgerliche Elemente, besonders die schlechtgelohnten unteren Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten und -Arbeiter den Konsumvereinen fernhalten. Es sind von Behörden wiederholt direkte Verbote ergangen. So seinerzeit an die städtischen Arbeiter in Dresden, das auch auf die Frauen der Arbeiter ausgedehnt war. Es ist allerdings später wieder zurückgenommen worden. Aber in Preußen steht dieses System offenbar in voller Blüte. Dafür ein markantes Beispiel in aktenmäßiger Darstellung nach den Mitteilungen der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau. Dieses Blatt teilte einen Schriftwechsel mit, der zwischen der Leitung des Konsumvereins *Zwenkau* und mehreren *Eisenbahnbehörden* gepflogen wurde. Eine *Eisenbahnbetriebsinspektion* (in Leipzig) hatte ihr unterstellte *Arbeiter und Angestellte gezwungen, aus dem Konsumverein Zwenkau auszutreten* und ihre *nächsten Angehörigen zum Austritt zu veranlassen.* Der Verein beschwerte sich über dieses ungesetzliche Verhalten, und da er bei der Direktion in Halle keinen Erfolg erzielte, wandte er sich schließlich an den *preußischen Eisenbahnminister.*

Der Gang der Sache war folgender. Ein Teil der bei den Bahnmeistereien Eythra und Bösdorf an der Elster bediensteten Eisenbahnarbeiter erklärte Anfang April seinen Austritt aus dem Konsumverein für Zwenkau und Umgegend. Als Grund des Austritts gaben die Arbeiter an, daß sie von ihrer vorgesetzten Behörde die Weisung hätten, nicht nur selbst auszutreten, sondern auch ihre nächsten Angehörigen zum Austritt zu veranlassen. Auf Vorstelligwerden erklärte der Bahnmeister zu Eythra, in dieser Angelegenheit nichts tun zu können, da er nur in Ausführung einer von der Königlich Preußischen Eisenbahn-

Betriebsdirektion erlassenen Verfügung gehandelt habe. Vergeblich bemühte sich der Genossenschaftsvorstand, zu ermitteln, welche Ursachen der von der Eisenbahn-Betriebsdirektion ergangenen Verfügung zugrunde lagen. Unter Darlegung des Sachverhalts wandte er sich an die Preußische Eisenbahn-Betriebsdirektion Halle mit der Anfrage, welche Gründe zu der erwähnten Verfügung Veranlassung gegeben haben.

Als Antwort ging folgendes Schreiben der Eisenbahndirektion in Halle a. S. ein:

> „Unter den obwaltenden Verhältnissen haben wir keinen Anlaß gefunden, die Maßnahme des Vorstandes der Königlichen Eisenbahn-Betriebsinspektion I in Leipzig zu beanstanden.“

Mit dieser Antwort konnte sich der Genossenschaftsvorstand nicht zufriedenstellen, um so weniger, als er deutlich um Angabe von Gründen ersucht hatte, während das wiedergegebene Schreiben sich darüber ausschweigt und nur von den „obwaltenden Verhältnissen“ spricht. Er sah sich deshalb veranlaßt, die Preußische Eisenbahn-Betriebsdirektion Halle um nähere Bezeichnung der obwaltenden Verhältnisse zu bitten. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Maßnahme der Eisenbahn-Betriebsinspektion I in Leipzig einen Eingriff in die persönlichen und privaten Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter bedeutet, und daß ferner die Ausdehnung der Verfügung auf die Angehörigen der bei der Eisenbahn Angestellten jedes rechtlichen und gesetzlichen Grundes entbehrt. Nach kurzem Hinweis auf die volkswirtschaftlichen Vorteile, welche der Konsumverein seinen Mitgliedern bietet, wurde um eine präzise Rückäußerung ersucht. Sie traf auch bald ein und hatte folgenden Wortlaut:

> „Wir müssen es ablehnen, Ihnen die Gründe, welche für unsere Entschließung maßgebend sind, näher darzulegen.“

Trotz wiederholten Versuchs war es also nicht möglich, die Eisenbahndirektion Halle zur Angabe von Gründen zu bewegen, weshalb Beschwerde beim Ministerium erhoben wurde. Der Beschwerdeführer war überzeugt, daß die Eisenbahndirektion Gründe für ihre Maßnahme nicht anzugeben vermag, ferner, daß die Behörde ihr Vorgehen nicht durch gesetzliche und rechtliche Gründe stützen kann. Es wurde deshalb das Ministerium um dringende Abhilfe gebeten. Aus dem Eisenbahnministerium wurde dem Konsumverein Zwenkau einfach geantwortet:

> „Ich sehe mich nicht in der Lage, die Verfügung der Königlichen Eisenbahndirektion zu Halle a. S. aufzuheben, da festgestellt ist, daß der Konsumverein für Zwenkau und Umgegend nicht nur wirtschaftliche Zwecke verfolgt, sondern auch zur Förderung und Ausbreitung der Sozialdemokratie beiträgt.“

Es ist „festgestellt“! Wie und von wem, darüber erfährt der gemaßregelte Konsumverein kein Wort. In Wirklichkeit ist natürlich nichts Derartiges festgestellt. Die Bahnbehörde bis zum Ministerium unterstellt nur ganz willkürlich. — In gleicher Weise wurde gegenüber dem Konsumverein in Hameln verfahren. Nur mit dem Unterschiede, daß sich die Eisenbahndirektion in Hannover auf eine Auskunft der Ortspolizei in Hameln bezog. Als der Konsumvereinsvorstand nun dort anfrug, wie man dazu gekommen sei, eine derartige falsche Auskunft über den Konsumverein zu geben, wurde ganz kurz von der „städtischen Polizeiverwaltung“ geantwortet: man „sehe sich nicht veranlaßt, auf die gestellte Frage Auskunft zu erteilen“.

Die Beispiele sind typisch dafür, wie der Kampf von Staats- und Gemeindebehörden gegen die Konsumvereine der Arbeiter geführt wird. Die bürgerlichen Genossenschaften werden mit derartigen Maßregeln selbstverständlich verschont. — Die Fabel von den großen, alle Menschen verbrüdernden Konsumvereinen kann wahrhaftig nicht gründlicher als eine nebelhafte Illusion gekennzeichnet werden, als durch solche Vorgänge.

In gleicher Weise wird sehr oft in den patriotischen Klimbim-, besonders in den Militär- und Kriegervereinen verfahren. Dort spielen meistens die verbissensten und verbohrtesten Feinde der modernen Arbeiterbewegung die erste Geige. Sie sorgen dafür, daß ihre Vereine nicht nur der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, sondern auch den Konsumvereinen gegenüber durchaus stubenrein sind. Wer Konsumvereinsmitglied ist, muß sich entscheiden, entweder dort oder im Kriegerverein zu bleiben. Nur die Wahl ist zwischen beiden. Häufig freilich ist dieses Experiment mißglückt, indem die so Bevormundeten erklärten, sie lassen lieber den Kriegerverein fahren und bleiben im Konsumverein. Oder es fand sich gar in ersterem eine Mehrheit, die diese Hetzereien gegen die Konsumvereine nicht mitmachte. Es ist vorgekommen, daß bürgerliche Klimbimvereine, in denen politisch noch indifferente Arbeiter die Mehrheit bildeten, an diesen Machinationen zugrunde gingen. So schlägt das gewollte Böse oftmals in das Gegenteil um. Sicher ist, daß manchem Arbeiter von den Staatsstützen selbst auf diese Weise die Augen geöffnet werden. Die reinliche Scheidung zwischen proletarischen und bürgerlichen Interessen in den Konsumvereinen wird viel mehr von den Bürgerlichen besorgt, wie von der Sozialdemokratie, der es nicht einfällt, die bürgerlichen Genossenschaften als solche zu bekämpfen. Die sozialdemokratische Partei erblickt vielmehr in der Genossenschaftsidee etwas Gutes, Fortschrittliches, ganz gleich, wer sie praktisch betätigt. Vorausgesetzt, daß es nicht im volksfeindlichen Sinne geschieht. Die Bürgerlichen sind im allgemeinen weit entfernt von derartiger Toleranz.

* * *

Ein sehr beliebtes Mittel gegen die Konsumvereine ist die ungerechte Sonderbesteuerung. Auch in dieser Hinsicht ist Sachsen vorangegangen. Das berüchtigte System der Umsatzsteuer* war 1896 in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags das erstemal Gegenstand lebhafter Erörterungen. Die Arbeitergenossenschaftsfeinde erreichten ihren Zweck insofern, als die Regierung 1897 in einer Verordnung erklärte, die Gemeinden hätten das Recht, Umsatzsteuer zu erheben. Dieses Verhältnis besteht in Sachsen heute noch, und eine Anzahl Konsumvereine, auf die alles das gemünzt war, müssen die unerhört ungerechte Umsatzsteuer — außer den Staats- und Gemeindeeinkommensteuern! — zahlen. In jedem Landtage forderten die konservativen Mittelstandsretter eine obligatorische Landesumsatzsteuer, die die Regierung allerdings ablehnt, und auf die gegenwärtig weniger Aussicht ist, denn je. Dieselben Leute verlangen gegen die Konsumvereine derartige Maßregeln, die für landwirtschaftliche, Handwerker-, Kredit- und andere bürgerliche Genossenschaften nicht nur freiesten Spielraum, Steuerfreiheit usw. verlangen, die sogar Staatskredit dafür in Anspruch nehmen. Tatsächlich stehen in Sachsen 5 Millionen Mark Staatsmittel zur Verfügung! Wie die Konsumvereine durch die Sondersteuer bedrückt werden, dafür nur ein Beispiel. Der Konsumverein Löbtau-Dresden hatte in etwa $3^1/_2$ Jahren rund 92000 Mark Umsatzsteuer zu zahlen. Diese unglaublich hohe Summe ging natürlich den armen etwa 5000 Mitgliedern verloren. Kann man sich größere Gegensätze denken, als sie hier in der Behandlung der Genossenschaften sich zeigen!

In Preußen bemühte man sich, mit der Warenhaussteuer den Arbeiterkonsumvereinen den Strick zu drehen, und denselben Zweck hatte die Absicht der Regierung, eine sogenannte Gesellschaftssteuer einzuführen.

In Bayern und anderen deutschen Bundesstaaten hat man gleiche Versuche mit mehr oder weniger Erfolg unternommen.

Daß die Umsatzsteuer nicht größeren Umfang erhalten hat, liegt an ihrem Charakter. Auf alle größeren Verhältnisse angewendet, muß sie neben dem Konsumverein auch andere gleichartige Privatunternehmungen treffen, die man nicht treffen will; außer etwa die Warenhäuser, auf die man nicht gut zu sprechen ist. Man müßte also direkte Steuerausnahmegesetze gegen die Konsumvereine machen. Das geht beim bösesten Willen nicht. Infolgedessen ist die Umsatzsteuer in der gewollten Weise am leichtesten anzuwenden auf das lokale Verhältnis. So

* Eingehendes Material zu dieser Frage bieten: Zur Geschichte der Umsatzsteuer in Sachsen. Von H. Fleißner. Genossenschaftliche Volksbücher Nr. 7. — Protestversammlung der sächsischen Konsumvereine gegen die drohende Umsatzsteuer. Stenogramm des Referates von H. Fleißner. — Beides erschienen in der Verlagsanstalt des Verbandes deutscher Konsumvereine, Hamburg.

hat man es in Sachsen gemacht. Seit es hier Umsatzsteuern gibt, sind sie — mit wenig Ausnahmen — nur von Konsumvereinen bezahlt worden. — Dieses perfide Steuerunrecht gegen arme Arbeiter kommt aber auch noch in anderer Weise drastisch zum Ausdruck. Das sächsische Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß die Mitglieder des Konsumvereins die von diesem bezogene „Dividende" mit zu versteuern haben. Es kann nun vorkommen, daß der Betrag der Dividende die Steuer um eine Klasse steigert. Der wirtschaftliche Vorteil, den der Arbeiter in bar aus dem Konsumverein zieht, ist dann unter Umständen dreimal besteuert: als Reinertrag der Genossenschaft von Staat und Gemeinde, ebenso als Dividende des Mitgliedes und drittens durch die Umsatzsteuer. So saugt auch in diesem Falle die bürgerliche Gesellschaft am Mark des Arbeiters!

* * *

Daß sich der vielseitige Kampf gegen die Konsumvereine auch in der bürgerlichen Presse widerspiegelt, ist selbstverständlich.

Die Kleinhändler suchen aber auch noch durch rein geschäftliche Mittel gegen die Ueberlegenheit der Konsumvereine sich zu wehren, indem sie an die Käufer **Rabatt** geben. Zu diesem Zwecke gründen sie besondere Rabattspargenossenschaften, die auch von der sächsischen Regierung einmal den Mittelständlern empfohlen worden sind. Dieses Mittel ist bei näherer Prüfung ganz untauglich. Der Rabatt wird einfach auf den Warenpreis geschlagen und so die Ware um den Betrag des Rabatts verteuert. Der Rabatt, die Ersparnis des Käufers ist nur scheinbar, während die Rückvergütung des Konsumvereins im Grunde genommen den dem Krämer entzogenen Profit darstellt. Durch die rein mechanische Anwendung eines Systems ist noch lange nicht das gleiche Resultat zu erzielen. Wenn die Methode des Rabattgebens zunächst auch die Käufer blendet, so kommen sie doch bald hinter dessen wirklichen Charakter. Die Konsumvereine brauchen vor diesem Versuch einer leistungsunfähigen Konkurrenz nicht zu bangen. So ergibt sich aus alledem, daß das verständlichste und loyalste Mittel im Kampfe gegen die Konsumvereine das am wenigsten wirksame ist.

Feinde ringsum! So müssen die Konsumvereine der Arbeiter heute erklären.

* * *

Da ist es für sie sehr nötig, sich auch nach **Freunden** umzusehen. Und die Freunde sind in der Hauptsache zu suchen in der **modernen Arbeiterbewegung**. Mit ihr ein gutes Verhältnis herbeizuführen und zu pflegen haben die Konsumvereine alle Veranlassung. Sie werden diese Freundschaft besonders auf politischem Gebiet wahrscheinlich

noch sehr nötig brauchen. Wer tritt in den Parlamenten, in Reichstag, Landtag und Gemeinderat für sie ein? Mit wenig Ausnahmen nur die Vertreter der Sozialdemokratie. Ganz gleich, ob es sich darum handelt, die Anschläge der Feinde abzuwehren, oder in anderer Weise die Interessen der Konsumvereine zu vertreten. In der Presse und im ganzen öffentlichen Leben ist das Gleiche zu beobachten; in Versammlungen und Vereinen der klassenbewußten Arbeiter wächst immer mehr das Verständnis dafür. Ohne die Vertreter und Einrichtungen der modernen Arbeiterbewegung wären die Arbeitergenossenschaften gegenwärtig ohne jeden Schutz. Alles das ist kein Zufall, sondern es ergibt sich naturnotwendig aus der Entwickelung und Beschaffenheit der Konsumvereine als Arbeitergenossenschaften.

Wohl kommt es auch vor, daß prononcierte Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager offen den großen Wert der Genossenschaften für die Arbeiter anerkennen und sich freundlich zu ihnen stellen. Bürgermeister, Regierungsbeamte, Handelskammern, vielleicht sogar Minister haben das vereinzelt getan. Solche Liebeserklärungen sind aber praktisch nicht von Bedeutung. Meistens handelt es sich dabei um Gelegenheitsreden, wo die Phrase eine Rolle spielt und die Anerkennung der Konsumvereine nicht viel mehr als ein Akt der Höflichkeit ist. Wenn alle diese Schönredner im ernsten Kampf die Konsequenzen ihrer Reden ziehen sollten, dann würde es wohl meistens recht windig aussehen mit der Konsumvereinsfreundschaft. Bezeichnend für diesen Fall war die Haltung des Herrn, der im Namen der Stadt den Konsumgenossenschaftstag 1910 in München begrüßte und außerordentlich freundschaftlich und anerkennend redete. So sehr, daß man seine Rede in großer Auflage herstellen und in Masse verbreiten wollte. Es kam nicht so weit, da der Herr städtische Festredner damit nicht einverstanden war; sicher aus Besorgnis vor den Mittelständlern. Daß man solche Aeußerungen aus bürgerlichem Munde zur weiteren Kenntnis bringt und so für die Sache ausnützt, dagegen ist natürlich nichts zu sagen. Man soll sich nur hüten, ihnen zu große Bedeutung beizulegen. Umsomehr, als man anerkennende Worte für das energische Eintreten der Faktoren der modernen Arbeiterbewegung in dem Konsumvereinsorgan nur ganz selten einmal findet. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie wird fast ganz totgeschwiegen! Das soll anders sein! Die Freundschaft und das natürliche Gegenseitigkeitsverhältnis muß anerkannt werden von beiden Seiten. Nicht als ein notwendiges Uebel, sondern als Beschützer, Förderer und guter Bundesgenosse ist die Sozialdemokratie von den Konsumvereinen zu betrachten. Die wirtschaftspolitischen und sozialen Interessen beider Bewegungen decken sich durchaus. Wer das leugnet, schadet der Sache der Arbeiter.

Die Entwicklung der Konsumvereine.

Eine ihre eigenen Wege gehende Arbeiter-Genossenschafts-Bewegung gibt es in Deutschland erst seit Mitte der achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts. Die Genossenschaftspropaganda der früheren Zeit war rein bürgerlich, besonders in der Praxis. Aber auch im allgemeinen haben die Konsumvereine recht wenig Nutzen davon gehabt. Schulze-Delitzsch und Genossen hatten als Liberale vornehmlich die Förderung kleinbürgerlicher Interessen mit Hilfe von Genossenschaften im Auge. Da kamen die Konsumvereine nicht sehr in Betracht. Man kümmerte sich nicht weiter um sie, überließ sie ganz ihrem Schicksal. Und soweit man sie in den Kreis genossenschaftlicher Betätigung zog, geschah es lediglich unter dem engen Gesichtskreis des Einkaufens und Verkaufens von Waren. So mußten die Arbeiterkonsumvereine eine äußerst mangelhafte, zum Teil den politischen Interessen der Arbeiterklasse direkt schädliche Theorie und eine sehr fragwürdige, im Unsozialen und Kleinen stecken gebliebene Praxis übernehmen. Viele ältere Arbeiterkonsumvereine kranken noch heute an den festeingewurzelten Fehlern. Es fehlten brauchbare Vorbilder, ein gutes System.

Aeltere Konsumvereine in verhältnismäßig großer Zahl gibt es in Thüringen. Die Bewegung ist dort jedoch zwerghaft. Typisch ist das Königreich Sachsen. Von hier ist die moderne deutsche Arbeiterkonsumvereinsbewegung ausgegangen. So wie es auch in der politischen und gewerkschaftlichen war. Ein dicht beieinander wohnendes Industrieproletariat, das in Sachsen bis auf den Kamm des Erzgebirges zu finden ist, mußte für die Idee des direkten gemeinschaftlichen Warenbezugs und allgemeiner wirtschaftsgenossenschaftlicher Betätigung besonders empfänglich sein. Zumal es bereits in organisatorischer Arbeit durch die Parteibewegung geschult und erfahren war. Ueberhaupt hat der politische Klassenkampf, der in Sachsen eher wie anderswo klare, scharfe Scheidung zwischen Arbeitern und dem Bürgertum brachte, nicht unwesentlich zur Förderung der Konsumvereine beigetragen. Mehr instinktiv als absichtlich. Die politische Bedrängnis und ein unglaublich brutales Kleinbürgertum brachten die sächsischen Arbeiter mit auf den Gedanken der Zweckmäßigkeit von Konsumvereinen. Das Sozialistengesetz lag mit aller Wucht auf der Arbeiterklasse. Die antisemitische

Bewegung schlug hohe Wellen. Das ganze mittelständlerische Bürgertum segelte im antisemitischen Fahrwasser. Es gab sehr viele Arbeiter, die sich die Frage vorlegten, wie sie dazu eigentlich kommen, den ärgsten politischen Feinden, die ihnen die Lokale abtreiben und jede Gleichberechtigung absprechen, ihr schwerverdientes Geld in den Laden zu tragen. Der Gedanke einer Konsumvereinsgründung lag da nahe. Die größten und leistungsfähigsten Vereine Sachsens sind aus den kleinsten Anfängen hervorgegangen. Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz ist heute einer der größten der Welt. Er wurde 1885 mit 68 Mitgliedern gegründet; nach 25 Jahren hatte dieser Konsumverein 40 665 Mitglieder, 17 Millionen Mark Umsatz, 90 Verkaufsstellen und zahlte an Löhnen 1 304 000 Mark. Die Dresdner Konsumvereine, um die gleiche Zeit ebenfalls von wenigen Arbeitern gegründet, hatten am 30. Juni 1910 44 891 Mitglieder mit 15 1/2 Millionen Mark Umsatz. So oder ähnlich haben sich alle sächsischen Konsumvereine, entsprechend den lokalen Verhältnissen, entwickelt.

Auch die erste Anregung und praktische Durchführung der Gründung einer eigenen zentralen Warenvermittelung ging von Sachsen aus. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, gegründet im Jahre 1894, ist das Werk sächsischer Arbeitergenossenschaften. Das war eine weitblickende Tat, wenn man bedenkt, daß 1892 von den rund 1150 Konsumvereinen, die gegenwärtig dem Zentralverband angehören, erst 199 bestanden. Das schon frühzeitig von Sachsen ausgehende Bestreben und Drängen nach einer selbständigen, von bürgerlichen Einflüssen unabhängigen Organisation der Arbeiterkonsumvereine ist unverkennbar.

* * *

Etwa 15 Jahre später als in Sachsen greift die Konsumvereinsbewegung nach den Industriearbeiterzentren Norddeutschlands und Rheinland-Westfalens über. Hier geht es rasch vorwärts. Der Genossenschaftsgedanke braucht nun nicht mehr mühsam und langwierig von wenigen Arbeitern verwirklicht zu werden, denn er findet sich ausgereift in größeren Massen der Arbeiter vor. Der organisierten Arbeiter! Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nehmen sich der Sache an. Neugegründete Konsumvereine haben gleich im Anfang großen Zulauf und entwickeln sich in 10 und weniger Jahren zu großen Millionen-Unternehmungen mit umfangreicher lokaler Eigenproduktion. Man kann die früher gemachten Fehler vermeiden, weil die Erfahrung sie deutlich aufzeigt. Man weiß jetzt, wie man es nicht machen soll. Inzwischen ist in den Reihen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch die Intelligenz, die Einsicht in das wirtschaftliche Getriebe bedeutend fortgeschritten. Den Konsumvereinsgründungen ist das selbstverständlich ein günstiges Moment mehr. Eine

großzügige Genossenschaftspolitik setzt ein. Was in Sachsen in langen Jahren nach und nach zur Kenntnis heranreifte und aus der Entwicklung und praktischen Tätigkeit sich zeigte, lag nun gebrauchsfertig vor.

Für diese neuzeitliche Entwicklung ist der 1899 in Hamburg gegründete Konsum „Bau- und Sparverein-Produktion" typisch. In großem Maßstabe wird die Agitation zur Gründung betrieben. Mit etwas überschwenglichen Argumenten, die auch starke Bedenken erregten. Mit gegen 1000 Personen wird der Verein ins Leben gerufen. Das im Statut aufgestellte Programm ist auf große, zukünftige Aufgaben zugeschnitten; ebenso die ganze Organisation. Nach 10 Jahren (1908) kann die „Produktion" mit folgenden Zahlen aufwarten: 35098 Mitglieder, 8½ Millionen Mark Umsatz (darunter 3½ Millionen Eigenproduktion), 71 Verkaufsstellen, 588 beschäftigte Personen. — Während die erste Etappe eine Arbeiterkonsumvereinsbewegung unsicher und vorsichtig tasten und eine Praxis schaffen muß, kann die zweite mit großen weitausschauenden Plänen und sozialen Zielen einsetzen. Die Gewährung hoher „Dividenden" wird von vornherein grundsätzlich verworfen, die Mitglieder werden an idealere Anschauungen gewöhnt. In dieser Tatsache liegt ein ungeheuerer Wert; sie schafft die Basis zu innerer Festigung, zu großer und vielseitiger Entwicklungsmöglichkeit.

* * *

Diese neueren Bewegungen und Tendenzen wirken befruchtend im allgemeinen. Es ergeben sich daraus Zwischenformen der Entwicklung. Häufig ist zu beobachten, daß alten, unter bürgerlichem Einfluß bestehenden Konsumvereinen Scharen von Arbeitern zuströmen, die sich bisher nicht darum kümmerten. Sie versuchen mit den alten hergebrachten bürgerlichen Methoden aufzuräumen, in die Verwaltungen einzudringen. Der Umwandlungsprozeß geht in dem einen Falle ohne große Widerstände und Schwierigkeiten vor sich. Im anderen aber gibt es Differenzen, die nicht selten zu scharfen Kämpfen um die Macht sich zuspitzen. Die bürgerlichen Elemente werden gegen die „Eindringlinge" scharf gemacht, der sozialdemokratische Popanz wird lebendig. Bei zähem Aushalten der Arbeiter ist dann ihr Sieg nur eine Frage der Zeit, denn die Genossenschaftsverfassung ist demokratisch, die Generalversammlung läßt die M i t g l i e d e r entscheiden. Es kommt aber auch vor, daß den Arbeitern dieser Prozeß der Modernisierung zu langwierig erscheint; sie gründen eine neue Genossenschaft nach ihren Prinzipien. Ob das immer taktisch richtig war, sei dahingestellt. Das kann nur bei genauer Kenntnis der lokalen Verhältnisse beurteilt werden. Sehr zahlreich scheinen übrigens Fälle dieser Art nicht zu sein.

Diese Auseinandersetzungen zwischen bürgerlicher und proletarischer Auffassung greifen schließlich über auf die großen zentralen Genossenschaftsorganisationen.

Bis zum Jahre 1902 hatten die deutschen Konsumvereine eine besondere Verbandsorganisation nicht. Sie gehörten dem kleinbürgerlichen „Allgemeinen Verbande deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ an. Eine bedeutende Genossenschaftsorganisation Schulze-Delitzscher Richtung in der die verschiedenartigsten Genossenschaften zur Förderung und Lösung allgemeiner Aufgaben vereinigt sind. Den maßgebenden Einfluß üben die Kreditvereine. Der Verband wird geleitet vom dem freisinnigen Politiker Professor Dr. Crüger in der Eigenschaft des „Verbandsanwaltes“. — Je stärker und einflußreicher die Arbeiterkonsumvereine wurden, desto unangenehmer und unmöglicher wurde ihr Verbleiben im Allgemeinen Verbande. Die Bemühungen des Anwaltes, alle Genossenschaftsarten in möglichster Harmonie beisammen zu halten, war stets schwierig gegenüber den Konsumvereinen. So lange letztere im kleinbürgerlichen Fahrwasser schwammen und nach Lösung größerer sozialer Aufgaben nicht verlangten, ging es leidlich. Als die modernen Konsumvereine aber entsprechend ihrer stets wachsenden Bedeutung ernster in die Tätigkeit und Verwaltung des Allgemeinen Verbandes hineinreden wollten, da ging die bis dahin bestandene scheinbare Harmonie mit den bürgerlichen Genossenschaften in die Brüche. Die Art, wie man in jenem Verband das Arbeitergenossenschaftswesen behandelte, führte schon Mitte der neunziger Jahre zu einem Bruch. Ein Teil der Konsumvereine in Sachsen trat aus dem Verband aus, und gründete einen Sonderverband. Ungefähr die Hälfte der sächsischen Konsumvereine gehörte diesem an. Den Gründern des Sonderverbandes schwebte damals vor, daß damit der Anstoß zu einer allgemeinen Konzentration sämtlicher deutscher Konsumvereine zur demonstrativen Absonderung von dem alten Verband gegeben sein würde. Das traf nicht ein. Der Sonderverband blieb in bescheidenem Umfang, — isoliert. Zudem kam noch, daß auch die sächsische Regierung ihn sehr mißtrauisch ansah, ihm bei der Abhaltung seiner Verbandstage Schwierigkeiten machte, die Tagesordnung vorschrieb und korrigierte usw. Der neue Verband durfte das nicht tun, was der sächsische Unterverband des Allgemeinen deutschen Verbandes ungehindert tun konnte. Man witterte und vermutete offenbar in ihm eine „sozialdemokratische“ Genossenschaftsorganisation, die nicht aufkommen durfte. Später vereinigten sich die beiden sächsischen Verbände wieder; ein Vorgang, der dem Anwalt des Allgemeinen Verbandes nicht angenehm zu sein schien.

Das Unhaltbare des Verhältnisses wurde mit der Zeit sicher auf beiden Seiten eingesehen. Die Arbeiterkonsumvereine suchten ihren Einfluß im Allgemeinen Verband zu stärken, vielleicht in der Meinung,

dort einmal die Oberhand zu gewinnen. Diese Absicht konnte auf der anderen Seite natürlich nicht unbemerkt bleiben. Und es ist selbstverständlich, daß sie der Verbandsanwalt zu durchkreuzen versuchte. Kein Zweifel, er wollte die modernen Konsumvereine los sein. Da sie von selbst nicht gingen, mußte der Hinauswurf vorbereitet werden.

Auf verschiedenen Genossenschaftstagen des Allgemeinen Verbandes kam es zu scharfen Zusammenstößen. Der Verbandsanwalt provozierte sie. Er vertrat eine geradezu auffällige Krämerpolitik als „gemeinsame Aufgaben" aller Genossenschaften, die auf die Konsumvereine paßte, wie die Faust aufs Auge. Als dieses Verfahren nicht zum Ziele führte, wurden die mißliebigen Konsumvereine von dem Genossenschafts„anwalt" nach dem Muster der Mittelstandsretter als politische denunziert. Die bürgerlichen Genossenschafter wollten mit solchen staatsgefährlichen Vereinen nichts zu tun haben. Herr Dr. Crüger legte nun den verdächtigen Konsumvereinen einen Revers vor, durch den sie sich verpflichten sollten, keine Politik zu treiben. Das Gebaren war unsinnig und unwürdig. Das wurde auch auf dem Genossenschaftstag in Baden-Baden scharf betont. Doch die Konsumvereine, gegen die dieser Schlag gerichtet war, parierten ihn, indem sie — unterschrieben. Denn was man von ihnen verlangte, war ja selbstverständlich. Sie legten das „papierene Hindernis", wie jener kuriose Revers mehrfach genannt wurde, in aller Ruhe beiseite. Darauf folgte der letzte entscheidende Schlag. Der Verbandsanwalt, der in allen diesen Phasen der Konflikte von dem Ausschuß gedeckt wurde, erklärte nun, auf den Revers keinen Wert mehr zu legen. Auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach im Jahre 1902 kam es zum offenen Bruch.

Das Werk begann damit, daß Dr. Crüger eine gewisse „Richtung" der Konsumvereine als parteipolitisch, sozialdemokratisch und „evolutionistisch" bezeichnete und einer Anzahl solcher Vereine die Aufnahme in den Verband verweigerte. In Kreuznach kam er unter anderem wieder mit dem Vorwurf, daß diese Konsumvereine die Absicht hätten, den Mittelstand zu vernichten, was im Allgemeinen Verband nicht geduldet werden dürfe. Als der Genossenschaftstag zusammentrat, lag ein Antrag vor, nach dem 99 Konsumvereine, darunter der ganze sächsische Unterverband, der 66 Vereine zählte, ausgeschlossen werden sollten. Dieser Antrag wurde nach leidenschaftlicher Debatte mit 268 gegen 84 Stimmen angenommen.

Damit war die Spaltung vollzogen; ein Teil der Konsumvereine, der unter bürgerlichem Einfluß steht, blieb im Allgemeinen Verband.

Der Ausschluß war formell ein Gewaltakt, ein großes Unrecht. Im übrigen war die Trennung unvermeidlich; sie konnte höchstens noch eine Frage der Zeit sein. Es wäre ganz unmöglich gewesen, den Allgemeinen Verband den besonderen Tendenzen und Bestrebungen der

modernen Konsumvereinsbewegung anzupassen. — Der Ausschluß ging auch ziemlich summarisch vor sich. Es wurden Vereine mit ausgeschlossen, die sich niemals um die Vorgänge der neueren Zeit gekümmert, niemals Verbands- und Genossenschaftstage besucht hatten, also ganz und gar „unschuldig" waren. In Sachsen betraf dies zum Beispiel einen Konsumverein, der von gut königstreuen, königlichen Beamten geleitet wurde.

Gleich nach dem Ausschluß traten noch in Kreuznach am anderen Tage die Vertreter der gemaßregelten Konsumvereine zusammen. Man wählte eine Kommission, die beauftragt wurde, ein Statut für einen Verband deutscher Konsumvereine auszuarbeiten. Ferner ging von Kreuznach aus ein Manifest an die deutschen Konsumvereine, in dem die Situation erörtert und zum Austritt aus dem Allgemeinen Verbande aufgefordert wurde. Auch sonst setzte eine lebhafte Agitation ein. Der Erfolg war ein massenhafter Austritt aus dem Allgemeinen Verbande; nicht nur einzelne Vereine, auch ganze Verbände traten aus. Im Juni 1903 wurde dann in Dresden der Zentralverband deutscher Konsumvereine gegründet. Vertreten waren 7 Unterverbände mit 585 Vereinen und 439858 Mitgliedern. Das war ein imposanter, vielversprechender Anfang! Es zeigte das unabweisbare und dringende Bedürfnis nach einer selbständigen, unabhängigen Konsumvereinsbewegung.* Noch mehr hat die weitere Entwicklung seitdem das bestätigt. Die „reinliche Scheidung" in Kreuznach ist ein Merkstein der modernen Konsumvereinsbewegung Deutschlands. Nun erst konnte sich eigenes Leben recht entwickeln, war es möglich, die Einzelkräfte zu einem gesamten Wirken und Willen zusammenzufassen. Wie eine Erlösung erschien allen, was kurz vorher noch als unzweckmäßig erklärt worden war!

* * *

Die Zahl aller Konsumvereinsmitglieder Deutschlands betrug nach Angaben des Jahrbuches des Zentralverbandes auf 1910 Ende 1908 etwa $1^1/_2$ Millionen. Davon gehörten 967000 in 1028 Vereinen dem Zentralverband, 257000 in 266 Vereinen dem Allgemeinen Verband an. Der Zentralverband repräsentiert also zwei Drittel sämtlicher Konsumvereinsmitglieder. Die Million ist inzwischen weit überschritten. Für 1909 verzeichnet das Jahrbuch bereits 1058142 Mitglieder in 1119

* Im August 1900 wies ich in einem Artikel der „Neuen Zeit" bereits darauf hin. Die Auffassung fand jedoch nicht den Beifall des Publikationsorgans der Großeinkaufsgesellschaft, ich wurde vielmehr heftig deswegen angegriffen. Man lebte offenbar der sonderbaren Idee, der Allgemeine Verband werde ruhig zusehen, wie der wachsende Einfluß der Arbeitergenossenschaften ein bestimmender werde. Dafür hatte man dort aber keinen Sinn. Der Leiter des Allgemeinen Verbandes dachte nüchterner und konsequenter. D. V.

Vereinen, 16285 Angestellte, 382066000 Mark Umsatz (darunter 53½ Millionen eigene Produktion). Die Berufsstatistik der Mitglieder des Zentralverbandes umfaßte 915699 Personen. Davon waren 769086 Arbeiter, wenn man die 55302 ohne Beruf angegebenen Alters- und Invalidenrentner, Arbeiterfrauen usw. mitrechnet. Und da sollen die Konsumvereine keine Arbeitergenossenschaften sein?!

Der Zentralverband besteht aus sieben Unterverbänden der einzelnen Bezirke des Reichs, davon ist der sächsische mit 251000 Mitgliedern der stärkste. Der Zentralverband betreibt eine Verlagsanstalt mit eigener Druckerei sowie Tüten- und Papierwarenfabrikation. Das Vereinsblatt, die Konsumgenossenschaftliche Rundschau, erscheint wöchentlich, außerdem wird ein Volksblatt in großer Auflage periodisch herausgegeben. Ein umfangreiches Jahrbuch erscheint jedes Jahr. An der Spitze des Verbandes steht der Generalsekretär, der dem eigentlich tätigen Vorstande unterstellt und verantwortlich ist. Auch die Unterverbände haben Sekretäre angestellt. Jedes Jahr halten die Unterverbände einen Verbandstag ab, darauf findet im Juni der Kongreß des Zentralverbandes statt, dessen Bedeutung allerdings von der bereits sehr starken Bureaukratie der Verwaltung wesentlich beeinflußt wird.

Die kaufmännisch-wirtschaftliche Zentrale der Warenversorgung ist die Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg, die formell den Charakter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht hat. Sie wurde im Jahre 1894 gegründet und ist organisatorisch eng verbunden mit dem Verein des Zentralverbandes. Der Umsatz betrug im Jahre 1909 knapp 75 Millionen Mark, eine Steigerung von 9 Millionen gegen das Vorjahr. Die Großeinkaufsgesellschaft betreibt eine große Kaffeerösterei und seit Mitte 1909 eine moderne große Seifenfabrik bei Riesa in Sachsen. An den wichtigsten Orten des Reichs befinden sich Bezirkszentrallager. Die Betriebe der Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg wurden am 1. Januar 1910 übernommen. Die Generalversammlung wird jedes Jahr im Anschluß an den Zentralverbandskongreß abgehalten; sie besteht aus Delegierten der der Großeinkaufsgesellschaft angeschlossenen Vereine. Die Geschäftsführer unterstehen einem Aufsichtsrat. Im wesentlichen hat die Großeinkaufsgesellschaft die Organisation der Konsumvereine.

Die genossenschaftliche Internationale

wird zurzeit organisatorisch vertreten durch den Internationalen Genossenschaftsbund. Er wurde im Jahre 1895 in London gegründet. Ueber seine Zwecke und Ziele herrschten in der ersten Zeit mehr noch als jetzt ziemlich zerfahrene Meinungen; die Gründer waren sich darüber nichts weniger als klar.* Utopische und rückständige Vorstellungen über das Wesen der Genossenschaften im allgemeinen und ihren Einfluß auf die ökonomischen Verhältnisse des bürgerlichen Staates machte sich vielfach geltend, und die äußerst verschiedenartigen Auffassungen der Vertreter der einzelnen Genossenschaftsarten erzeugten viele innere Differenzen. Es trat hier noch viel deutlicher als innerhalb der nationalen Grenzen der einzelnen Länder zutage, daß es ganz unmöglich ist, alle Genossenschaften und Genossenschaftsarten auf die Dauer unter einen Hut zu bringen. Sehr zutreffend schrieb vor kurzem das Organ des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine über die Entwicklung des Internationalen Genossenschaftsbundes: „Als der Bund gegründet wurde und 1896 in Paris seine ersten Statuten erhielt, stand für die Mehrzahl der am Internationalen Genossenschaftsbund interessierten Personen und Genossenschaften die Propaganda für die Gewinnbeteiligung im Vordergrund. Die Kreise, aus denen die Idee, einen internationalen Bund ins Leben zu rufen, hervorgegangen war, huldigten der Ansicht, daß die Anerkennung und Anwendung des Gewinnbeteiligungsprinzips jede Genossenschaft erst zu einer solchen mache. Nach der damals vorherrschenden Ansicht sollten durch das Genossenschaftswesen vor allem Kapital und Arbeit miteinander versöhnt und in Harmonie gesetzt werden, und das glaubte man durch eine Beteiligung der Angestellten der Genossenschaften an ihren Gewinnen erreichen zu können. Dementsprechend sollte sich auch der Internationale Genossenschaftsbund nicht nur auf die Förderung des Genossenschaftswesens beschränken, sondern auch für die Einführung des Gewinn-

---

* Näheres darüber: Jahrbuch der Internationalen Genossenschaftsbewegung. Erster Jahrgang, 1910. London und Zürich. Herausgegeben im Auftrage des Zentralvorstandes des Internationalen Genossenschaftsbundes von Dr. H. Müller.

beteiligungssystems in privaten Unternehmungen Propaganda machen, überhaupt die Entlohnungsmethoden der Beamten und Arbeiter zu studieren und die öffentliche Meinung für alle Maßregeln zu gewinnen suchen, die die Interessen von Kapital und Arbeit zu verknüpfen geeignet seien. Die Entwicklung des Genossenschaftswesens hat in den seither verflossenen Jahren sehr deutlich gezeigt, daß sie nicht dahin strebt, das Gewinnbeteiligungsprinzip zu ihrem Hauptgrundsatz zu machen. Im Gegenteil, die Zahl der Anhänger dieses Prinzips hat sich im Internationalen Genossenschaftsbund zusehends verringert, dagegen bilden die Genossenschafter heute die große Mehrheit, die die Gewinnbeteiligung theoretisch ablehnen und praktisch nicht anwenden. Seit dem Jahre 1902 hat im Internationalen Genossenschaftsbund die Propaganda für die Gewinnbeteiligung und die damit verwandte Copartnershipidee gänzlich aufgehört, und auch die Anschauung, daß Kapital und Arbeit durch die Genossenschaft versöhnt würden, dürfte nur noch in wenigen Köpfen zu finden sein. Da die Ausbeutung der Arbeit im Wesen des Kapitals und der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt, so kann von einer Versöhnung der Arbeit mit dem Kapital überhaupt keine Rede sein."

Zurzeit ist der Internationale Genossenschaftsbund eigentlich nur noch ein Bund von Konsumvereinen. Und daß man auf dem 1910 abgehaltenen Internationalen Genossenschaftstag in Hamburg diesen von allen Seiten anerkannten Zustand nicht auch formell — durch Namen und Statuten — festgelegt hat, ist eigentlich nicht konsequent. Man wollte jedoch in Rücksicht auf die besonders gearteten Verhältnisse mancher Länder anderen Genossenschaften den Eintritt in den Bund nicht unmöglich machen. Es wurde aber darauf hingewiesen, daß dieser Zustand, der wahrscheinlich nur ein Uebergangsstadium sein wird, nicht dazu führen dürfe, die Konsumvereine in ihrer Bewegungsfreiheit zu hemmen und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken. Es wurde das schon deshalb als selbstverständlich angesehen, da die Leitung des Bundes in der großen Mehrzahl in den Händen der Vertreter von Konsumvereinen liegt.

Auf dem Budapester Kongreß im Jahre 1904 trat die Verschiedenheit der Auffassungen hinsichtlich des Genossenschaftswesens zwischen der starken Gruppe der Konsumgenossenschaften und den Vertretern anderer Genossenschaftsarten hervor. Diese Differenzen führten zum Austritt des deutschen und österreichischen Verbandes der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften aus dem Bunde. Die kleinbürgerlichen Anschauungen, die jene beiden Organisationen beherrschten, vertrugen sich nicht mehr mit der Betonung der sozialen Bedeutung des Genossenschaftswesens. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die erst geneigt schienen, dem Bunde beizutreten, sahen hiervon ab und gründeten einen

internationalen landwirtschaftlichen Genossenschaftsverband. Im Internationalen Bunde wurden die Konsumgenossenschaften ausschlaggebend, denen gegenüber die noch vorhandenen Genossenschaften anderer Art nur eine geringe Bedeutung besitzen.

Wie die Geschichte des Bundes lehrt, verdankt er den Konsumvereinen die tatkräftigste Förderung seiner Bestrebungen. Es zeigt sich jedoch immer mehr, daß das Statut des Bundes in seiner ursprünglichen Form durchaus nicht mehr den Anforderungen entsprach, die an die Satzungen einer solchen Organisation zu stellen sind. Schon auf dem Genossenschaftskongreß in Cremona im Jahre 1907 beabsichtigte man, eine Reorganisation des Statuts vorzunehmen. Verschiedene Umstände verhinderten die Ausführung des Planes, die Organe des Bundes wurden vielmehr damit beauftragt, für den nächsten Kongreß eine Statutenänderung vorzubereiten. Das ist denn auch geschehen. Der Hamburger internationale Genossenschaftskongreß hat ein neues Statut geschaffen, in dem zwar einige Paragraphen noch recht anfechtbar sind, das aber im allgemeinen dem gegenwärtigen Zustand entspricht. Als Aufgaben des Bundes werden im neuen Statut festgesetzt: Propaganda und Feststellung der genossenschaftlichen Grundsätze und Methoden, Ausbreitung des Genossenschaftswesens in allen Ländern, Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bundesgliedern, Ausbildung und Vereinheitlichung der genossenschaftlichen Statistik, Erteilung von Auskünften und Förderung von Studien über Genossenschaftsfragen und Förderung von Handelsbeziehungen zwischen den genossenschaftlichen Organisationen der verschiedenen Länder. Organe des Bundes sind der Kongreß, der Zentralvorstand, der leitende Ausschuß und der Generalsekretär. Das Amt des letzteren wurde neu geschaffen. Die Bundesgeschäfte werden in der Hauptsache durch den Zentralvorstand geführt, dem nach der alten Fassung des Statuts 37 Mitglieder aus den verschiedensten dem Bunde angeschlossenen Nationen angehörten. Die neue Fassung nimmt die Beitragsleistung für den Bund als Maßstab für die Verteilung der Sitze im Zentralvorstand. Dadurch wird eine Verringerung der Zahlen der Mitglieder im Vorstand herbeigeführt und außerdem wird bewirkt, daß das größere genossenschaftliche Interesse, das in einem Lande herrscht, und die Stärke und Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Organisationen gebührende Berücksichtigung bei der Zusammensetzung des Vorstandes erfahren. Dem Internationalen Genossenschaftsbunde gehören gegenwärtig in 26 verschiedenen Ländern über 900 Genossenschaften an, die etwa 4½ Millionen Mitglieder repräsentieren. Davon entfallen über vier Fünftel auf die Konsumvereine.

Eine selbständige, von bürgerlichen Genossenschafts-Interessen und -Prinzipien unabhängige internationale Konsumvereinsorganisation

dürfte nur noch eine Frage der Zeit sein. Schon auf dem Hamburger Kongreß spielte sie in den ganzen Verhandlungen die Hauptrolle. Das zeigt sich auch in seinen Beschlüssen. Der wichtigste davon ist die Resolution über die Konsumvereine. Sie lautet:

„Die Konsumentengenossenschaften, die außer den eigentlichen Konsumvereinen auch die Wohn- und Baugenossenschaften umfassen, haben in den kapitalistisch entwickelten Ländern von allen Genossenschaftsarten die größte Bedeutung für die Wahrnehmung die Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft, und zwar sowohl wegen des unmittelbaren großen praktischen Nutzens, den sie für die Mitglieder im Gefolge haben, als insbesondere auch wegen der ihnen zugrunde liegenden Wirtschaftsprinzipien, durch deren allgemeine Ausbreitung und Anwendung die Umbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems befördert wird.

Die Konsumvereine bezwecken, ihre Mitglieder bei dem Einkauf und der Beschaffung von Gütern aller Art vor jeglicher Uebervorteilung dadurch zu schützen: a) daß sie ihnen die Güter, in guten, reellen Qualitäten liefern, b) daß sie den Profit des Unternehmers, der die Güter zum Verkauf bringt, nach Möglichkeit elliminieren.

Die Voraussetzung für die Erreichung dieser Zwecke ist, daß eine möglichst große Anzahl von Konsumenten ihren Bedarf in möglichst weitem Umfange von der Konsumgenossenschaft bezieht. In dem Maße, als die Konsumenten sich zu Konsumgenossenschaften zusammenschließen, wird eine Organisation der Kaufkraft des Arbeitseinkommens geschaffen, die die arbeitenden Klassen in den Stand setzt, in weitem Umfange auch ihre Arbeit selbst genossenschaftlich zu organisieren und sich in eigenen Produktionsbetrieben zu beschäftigen.

Die durch die Konsumgenossenschaften herbeigeführte Organisation der Kaufkraft kann erfahrungsmäßig nur dann mit dauerndem Erfolge durchgeführt werden, wenn an den Grundsätzen der demokratischen Selbstverwaltung, der Barzahlung, der unbeschränkten Mitgliederzahl, der Anlehnung der Bezugspreise an die ortsüblichen Tagespreise und der Rückvergütung des infolge dieser Praxis entstehenden Ueberschusses nach Maßgabe des Bezugs festgehalten wird. Im weiteren ist ihnen zu empfehlen, auf die Ansammlung eines unbegrenzt anwachsenden und unteilbaren Genossenschaftsvermögens Bedacht zu nehmen und den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Ersparnisse in der Genossenschaft anzulegen. Außerdem hat der Konsumverein die Mitglieder mit seinen Grundsätzen vertraut zu machen und sie zu genossenschaft-

licher Treue zu erziehen. Jede Konsumgenossenschaft hat ihr Wirkungsgebiet zu begrenzen und dasjenige anderer Konsumsumvereine zu respektieren. Eine Konkurrenz zwischen Konsumvereinen widerspricht ihrem Wesen als Organisationen, die nicht Erwerbszwecke verfolgen, sondern wirtschaftliche Funktionen für einen bestimmten, territorial begrenzten Kreis von Konsumenten erfüllen sollen."

In eine Kritik dieser Resolution soll hier nicht eingetreten werden. Wichtig ist, daß sie das gemeinsame Interesse zwischen Arbeiter und Konsumvereinen scharf betont. — Die Produktivgenossenschaften werden in ähnlicher Weise gewürdigt, wie auf dem Genossenschaftstage in München. Ueber sie wird gesagt:

„Die von unselbständig erwerbenden Arbeitern gebildeten Produktiv- und Arbeitsgenossenschaften bezwecken, erstere zur Verbesserung ihrer sozialen Lage in den Stand zu setzen, die Ausführung von Arbeiten und Dienstleistungen und die Herstellung von Gütern als selbständige Unternehmer zu besorgen. Sie trachten diesen Zweck zu erreichen, indem sie den Lohn des Arbeiters durch den Gewinn des Unternehmers vergrößern. Die mit diesen Produktivgenossenschaften allerorten gemachten Erfahrungen lassen es jedoch wünschenswert erscheinen, daß an ihre Gründung nur mit größter Vor- und Umsicht herangetreten wird. Sie scheitern in der Mehrzahl der Fälle obenso oft an der Schwierigkeit, ausreichende Kapitalien aufzubringen und sich einen glatten Absatz ihrer Produkte zu sichern, wie an dem Mangel einer stabilen Geschäftsleitung. Nur wo besonders günstige Verhältnisse vorliegen und insbesondere der Absatz gesichert ist, erscheint deshalb die Gründung von Produktivgenossenschaften aussichtsreich."

Zur Bedeutung des Genossenschaftswesens im allgemeinen hat der 8. Internationale Genossenschaftstag in Hamburg durch folgenden Beschluß Stellung genommen:

„Das in allen Kulturländern von Jahr zu Jahr zu immer größerer Bedeutung gelangende Genossenschaftswesen ist eine soziale Bewegung, die durch Bildung wirtschaftlicher, auf dem Grundsatze der Selbsthilfe ihrer Mitglieder ruhender Vereinigungen die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft bezweckt. Demgemäß wohnt auch allen wahren Genossenschaften die Tendenz inne, die Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der arbeitenden Klassen zu beeinflussen, das heißt, das aus der Arbeit fließende Einkommen respektive seine Kaufkraft zu vermehren, das arbeitslose, lediglich aus dem Besitze von Produktions- und Austauschmitteln fließende Einkommen (Unternehmer-

gewinn, Zins und Rente) dagegen zu vermindern. Alle in dieser Richtung wirkenden Genossenschaften sind, unbeschadet der Verschiedenheit ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer Wirtschaftsprinzipien, als berechtigt anzuerkennen; jedoch kommt ihnen für die Entwicklung des Genossenschaftswesens selbst wie auch für die Entwicklung der allgemein volkswirtschaftlichen Verhältnisse eine unterschiedliche Bedeutung zu. Die Genossenschaftsverbände und einzelnen Genossenschaften haben sich zur Bildung der genossenschaftlichen Theorie und Praxis dem Internationalen Genossenschaftsbunde anzuschließen. Mit dem Zusammenschluß der Genossenschaftsbewegung der ganzen Welt zu einer großen internationalen Organisation schafft sie sich in allen ihren Verzweigungen einen universellen Mittelpunkt, wodurch die Gemeinschaftlichkeit ihrer Interessen zum Ausdruck gebracht und wodurch ferner auf die genossenschaftliche Entwicklung selbst anregend und befruchtend eingewirkt wird.

Die Vereinigung aller Genossenschaften zu einem internationalen Genossenschaftsbunde bildet auch ein wertvolles Gegengewicht gegen die vielen Differenzen unter den verschiedenen Völkern. Sie führt zu einer allgemeinen Verständigung der Völker auf Grundlage der Gleichberechtigung und Solidarität und dient insofern auch dem hohen und schönen Ziele, die Kulturmenschheit für einen allgemeinen Weltfrieden reif zu machen."

Aus einzelnen Sätzen dieser Resolution spricht noch weltferner Utopismus, besonders aus den letzten Absätzen, der in der Praxis längst als solcher sich herausgestellt hat und in den Verhandlungen des Kongresses selbst anerkannt worden ist. Alle diese Beschlüsse sind ja auch erst nach lebhaften Auseinandersetzungen im Zentralvorstand fertig gebracht worden. Sie sind Kompromisse zwischen verschiedenartigsten, oft weit auseinanderstrebenden Auffassungen und dienen in ihren antastbarsten Teilen wohl nur dazu, nach außen mit schönen Worten viel guten Willen zu bekunden. Denn daß zum Beispiel ein internationaler Bund *aller* Genossenschaften ein Unding ist, wenn sich das schon im nationalen Rahmen als unmöglich herausgestellt hat, ist sonnenklar. Ebenso wenig praktische Bedeutung hat es, von der genossenschaftlichen Propaganda eine allgemeine Verständigung der Völker zu erwarten.

Wichtiger und richtiger war es, daß der Internationale Genossenschaftstag seine *Sympathie mit der Arbeiter-Internationale* öffentlich bekundete, als diese in Kopenhagen zur Genossenschaftsfrage Stellung genommen hatte. Gegen wenige Stimmen wurde das in folgender Resolution zum Ausdruck gebracht:

„Der Internationale Genossenschaftskongreß *begrüßt*, ohne auf irgendwelche Fragen der Politik Bezug zu nehmen, *den*

Beschluß des Internationalen Sozialistenkongresses von Kopenhagen, durch den die Einheit und Selbständigkeit der Genossenschaftsbewegung bestätigt und der hohe Wert und die Bedeutung der Konsumentenorganisation für die Arbeiterklasse anerkannt wird und die Arbeiter aufgefordert werden, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und zu bleiben. Der Internationale Genossenschaftskongreß erwartet von diesem Beschluß eine wesentliche Stärkung der Genossenschaftsbewegung."

Auch dieser Beschluß ist ein Beweis dafür, wie wichtig die Arbeiterbewegung auf das Genossenschaftswesen einwirkt!

Anhang.

Konsumgenossenschaftliche Produktion in England.*

Im Jahre 1909 produzierten die britischen Konsumgenossenschaften und deren beide Großeinkaufsgesellschaften in ihren eigenen Produktionsbetrieben für 460000000 Mark Waren. Der Warenumsatz der britischen genossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaften betrug 650000000 Mark.

Die größere der britischen Großeinkaufsgesellschaften ist die der englischen Konsumgenossenschaften mit reichlich 450 Millionen Mark Jahresumsatz, die aus vier großen Bezirkszentralen in Newcastle, Liverpool, London und Manchester besteht. Die Manchesterzentrale ist die größte und der eigentliche Sitz der englischen Großeinkaufsgesellschaft. Von der nach deutschen Begriffen ganz außerordentlichen Größe zeugt die Tatsache, daß in dem Hauptkontor derselben allein 600 männliche und weibliche Angestellte mit Kontorarbeiten und im Lager 400 männliche und weibliche Angestellte beschäftigt werden müssen. Die hier befindliche Bankzentrale hat bereits einen Bankumsatz von über 3 Milliarden Mark zu verzeichnen. 32 Direktoren leiten dieses Riesenunternehmen der englischen Konsumgenossenschaften. Die in der Umgebung der Zentrale befindlichen Fabriken der Großeinkaufsgesellschaft stellen große und sehr ansehnliche Stadtviertel dar. Außer einem 250000 Paar Schuhe und Stiefel, von den feinsten Damenstiefeln bis zu dem gröbsten Bergarbeiterschuhwerk, umfassenden Schuhwarenlager sind in der Manchesterzentrale Lebensmittel, Manufaktur- und Kurzwaren, Möbel, Reiseutensilien, Haus- und Küchengeräte, Uhren, Juwelen, Kinderwagen, Fahrräder, Pianos usw. gelagert. Es wird eine ständige, gut und übersichtlich geregelte Warenausstellung im Gange gehalten. Ein sehr großer Teil der auf Lager gehaltenen Waren stammt aus den eigenen Produktionsbetrieben. Allein zu der für die elektrische Be-

---

* Nach Angaben der Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz vom 8. Oktober 1910.

leuchtung und die Bewegung der in der Zentrale nötigen Fahrstühle erforderlichen elektrischen Energie sind vier Dampfmaschinen mit zusammen 1400 Pferdestärken im Betriebe. Die im Betriebe befindlichen 42 Fabriken besitzen an 100 Automobile. Ferner ist ein ständiges Baubureau eingerichtet, in dem die von der Großeinkaufsgesellschaft vorzunehmenden Bauten vorbereitet und die Bauprojekte der beteiligten Genossenschaften fachmännisch geprüft werden. 13 Architekten sind mit dem nötigen Hilfspersonal ständig hierbei beschäftigt.

In fünf eigenen Mühlen, die sich in Manchester, Oldham, Dunston on Tyne, Silvertown und Bristol befinden, können stündlich 260 oder täglich 6220 Säcke Mehl von je annähernd 2½ Zentner gemahlen werden. Für mehr als 70 000 000 Mark Mehl werden in diesen fünf Mühlen jährlich hergestellt. Die erst im Jahre 1906 errichtete Sternmühle in Oldham, im Manchesterbezirk gelegen, hat allein im letzten Jahre für 6,75 Millionen Mark Mehl produziert. Die beiden größten dieser Mühlen sind die in Manchester und in Dunston on Tyne. In der ersteren werden stündlich 72 Säcke oder täglich 1700 Säcke und in der anderen stündlich 77 oder täglich 1850 Säcke Mehl hergestellt. In der Mühle in Dunston on Tyne sind Einrichtungen vorhanden, die es ermöglichen, daß in einer Stunde 700 Säcke Mehl zur Verladung gebracht werden können.

Nebst der Bezirkszentrale in London hat dort die englische Großeinkaufsgesellschaft das größte Teehaus der Welt im Betriebe. Mit 24 Mischmaschinen werden je täglich 2000 bis 4000 Pfund Tee gemischt und zur Verpackung vorbereitet. 28 Paketiermaschinen packen stündlich zusammen 56 000 Pakete Tee. Daneben existiert jedoch noch eine ganz erhebliche Handpackerei. 700 Angestellte, darunter 500 weibliche, sind in diesem Riesenbetriebe beschäftigt. Der Wert des im Teehause ständig lagernden Tees beziffert sich auf annähernd 1½ Million Mark. Der Wert der Jahresproduktion des Teehauses beläuft sich auf 24 Millionen Mark. Im Zusammenhange mit der Teeabteilung steht auch eine große Kakao-, Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik. Von den drei Seifenfabriken ist die in Irlam befindliche die größte. Es ist diese das größte derartige Unternehmen in Europa. Diese Riesenfabrik hat einen eigenen dreigleisigen Bahnhof von 250 Meter Länge. 13 Waggons zu je 100 Zentner verlassen, mit Seifenprodukten beladen, im Durchschnitt täglich diesen Bahnhof, um den Zentralen der Großeinkaufsgesellschaft und den großen Konsumvereinen zugeführt zu werden. Mit dieser Fabrik ist eine große Kistenfabrik verbunden. Hergestellt werden alle Sorten Seifen und Stearinlichter, und zwar wöchentlich 400 Tons oder reichlich 8000 Zentner. Von mehreren Schuhwarenfabriken ist die in Leicester befindliche die größte. In dieser sind an 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, und es liefert

dieses Unternehmen allein täglich 6000 Paar Schuhe und Stiefel, von den gröbsten bis zu den feinsten. In der Herrenkleiderfabrik sind 100 männliche Schneider und 460 Frauen uud Mädchen beschäftigt. Die Hemdenfabrik beschäftigt unter weitestgehender Anwendung von Maschinen und sonstigen technischen Hilfsmitteln rund 450 Näherinnen. Hergestellt werden in dieser Fabrik wöchentlich 1350 Dutzend Hemden und 450 Dutzend blaue Arbeiteranzüge. In der Möbelfabrik sind annähernd 170 Angestellte tätig, darunter — eine auf den deutschen Genossenschafter ungünstig wirkende englische Eigentümlichkeit — 20 weibliche Arbeiter. Die großen Biskuitwerke der englischen Großeinkaufsgesellschaft beschäftigen 600 Angestellte. Außer einem eigenen Saal für die Angestellten dieses Unternehmens, sind für diese bei der Fabrik besondere Plätze für Tennis-, Fußball- und Kricketspiele eingerichtet. Die Fabrik hat eine eigene, zwölf Mann starke Feuerwache. Hergestellt werden wöchentlich 600 Zentner Bonbons, 15000 Zentner Kakes und 30 Zentner feine Biskuits. 15000 Büchsen dieser Fabrikate werden ständig am Lager gehalten.

In den englischen Genossenschafts-Produktionsbetrieben ist meist eine starke Beschäftigung von Mädchen und Frauen und auch in erheblichem Umfange Akkordarbeit anzutreffen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen werden mit den in Betracht kommenden Gewerkschaften (Trade Unions) festgesetzt.

Eine Eigentümlichkeit der englischen Konsumvereine ist es, daß der Warenvertrieb an die Mitglieder durch große Warenhäuser geschieht, die in viele Spezialabteilungen abgeteilt sind. Es finden sich außer Abteilungen für Kolonialwaren, Bäckereiwaren, landwirtschaftliche Produkte, Molkereiprodukte, Fleischwaren, Kinderwäsche, Frauenwäsche, Männerwäsche usw. auch Abteilungen für Maßgarderobe, Putzmacherei und Schuhreparatur. Daher der höhere Durchschnittsumsatz der englischen Konsumvereinsmitglieder.

Die in Deutschland von der herrschenden Gesellschaft gegen die Konsumgenossenschaften aufgetürmten Hindernisse, Umsatzsteuern und andere ungerechte Steuerbedrückungen sowie der Kampf der Mittelständler gegen die Konsumentenvereinigungen werden ein dauerndes Hindernis der Entwicklung nicht bilden, sobald die unteren Volksschichten den festen Willen bekunden werden, die Konsumgenossenschaftsbewegung vorwärts zu bringen.

Statistisches.

Die Entwicklung der Genossenschaften im Deutschen Reiche.*

a) Genossenschaften überwiegend städtischen Charakters:	Genossenschaften 1904	Genossenschaften 1908	Mitglieder 1904	Mitglieder 1908
Kreditgenossenschaften	1 885	2 021	834 207	948 356
Rohstoffgenossenschaften	190	296	6 908	11 964
Wareneinkaufsvereine	72	142	3 261	6 475
Werkgenossenschaften	221	389	18 733	27 204
Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten	2	4	249	761
Magazingenossenschaften	51	81	1 746	4 544
Rohstoff- und Magazingenossenschaften	115	130	3 967	4 856
Produktivgenossenschaften	176	276	22 172	30 874
Konsumvereine	1 758	2 111	891 114	1 224 109
Wohn- und Baugenossenschaften:				
Eigentliche	537	747	112 220	147 229
Vereinshäuser	51	96	5 737	14 915
Sonstige Genossenschaften	152	194	27 047	33 407
Zusammen	5 210	6 488	1 927 363	2 454 694

b) Genossenschaften überwiegend ländlichen Charakters:	Genossenschaften 1904	Genossenschaften 1908	Mitglieder 1904	Mitglieder 1908
Kreditgenossenschaften (Darlehnskassenvereine)	11 796	14 084	1 056 577	1 326 477
Rohstoffgenossenschaften	1 487	1 841	128 196	167 708
Werkgenossenschaften	233	401	5 564	8 909
Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten	6	7	479	578
Magazingenossenschaften	215	310	29 216	48 008
Rohstoff- und Magazingenossenschaften	20	23	2 379	3 434
Produktivgenossenschaften	2 982	3 480	216 016	283 117
Zuchtgenossenschaften	158	161	11 563	11 794
Sonstige Genossenschaften	21	68	912	3 486
Zusammen	16 918	20 375	1 450 902	1 853 511

Die durchschnittliche Zunahme der Genossenschaften von 1904 bis 1908 betrug bei den städtischen 24,53, bei den ländlichen 20,43 vom Hundert. Die durchschnittliche Mitgliederzunahme ist bei beiden Gruppen annähernd gleich (27,36 beziehungsweise 27,75 vom Hundert).

* Aus den „Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik". Herausgegeben von der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse.

Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1908.*

Name des Verbandes	Summe der Genossenschaften	Zahl der Mitglieder der Kreditgenossenschaften	Zahl der Mitglieder der Verwertungs-, Bezugs-, Arbeits- u. sonstigen Genossenschaften	Zahl der Mitglieder der Konsumvereine	Zahl der Mitglieder der Baugenossenschaften	Summe der Mitglieder der Genossenschaften
Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften . . .	1 357	577 987	5 305	257 082	33 581	873 955
Reichsverband d. deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften	16 204	1 059 348	452 361	—	—	1 511 709
Zentralverband deutscher Konsumvereine . .	1 065	—	7 901	966 904	236	975 041
Hauptverband d. deutschen gewerblichen Genossenschaften .	554	65 219	10 692	?	?	76 465
Summe	19 180	1 702 554	476 259	1 223 986	33 817	3 437 170

Die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

	1903	1905	1907	1909
Zahl der Verbandsvereine	685	855	990	1 119
Zahl der berichtenden Vereine	639	808	964	1 108
Mitgliederzahl	575 449	719 239	885 074	1 058 142
Zahl der Verkaufsstellen	1 597	2 115	2 562	3 265
Zahl der beschäftigten Personen	7 081	9 595	12 783	16 285
Umsatz . . . . ℳ	176 456 549	230 656 440	303 794 452	382 066 681
In eigener Produktion hergestellte Waren „	14 712 751	20 911 598	32 634 305	53 421 084
Erübrigung . . . . . „	14 760 118	18 268 773	20 995 226	21 268 469
Buchwert des Grundbesitzes . . . . . „	22 995 482	30 469 036	42 079 847	55 802 517

* Nach Angaben des Jahrbuchs des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 1910. Ebenso die folgenden Statistiken.

Die Gruppierung der Mitglieder der dem Zentralverband angeschlossenen Vereine ergibt folgendes Bild:

	1909	1908
Selbständige Gewerbetreibende	58 773	57 785
Selbständige Landwirte	14 897	14 986
Angehörige der freien Berufe, Staats- und Gemeindebeamte	35 177	35 543
Gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen in gewerblichen Betrieben	688 842	644 111
Gegen Gehalt oder Lohn beschäftigte Personen in landwirtschaftlichen Betrieben	24 942	28 439
Personen ohne bestimmten Beruf (Privatiers, Altersrentner, Ehefrauen usw.)	55 302	64 301
Gesamtsumme der Mitglieder*	915 599	845 165
Davon männlich	817 810	742 335
Davon weiblich	102 830	97 746

Die Entwicklung der Unterverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

	1903	1905	1907	1909
Verband der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten.				
Zahl der angeschlossenen Vereine	42	65	82	99
Zahl der berichtenden Vereine .	35	58	78	97
Mitgliederzahl	57 976	68 737	77 408	99 150
Umsatz (Mark)	9 950 024	12 334 519	15 721 095	21 787 104
Verband mitteldeutscher Konsumvereine.				
Zahl der angeschlossenen Vereine	78	93	113	130
Zahl der berichtenden Vereine .	73	90	106	129
Mitgliederzahl	65 255	70 143	80 161	87 897
Umsatz (Mark)	19 078 479	21 078 177	23 912 650	27 507 055
Verband nordwestdeutscher Konsumvereine.				
Zahl der angeschlossenen Vereine	126	145	162	164
Zahl der berichtenden Vereine .	116	145	157	164
Mitgliederzahl	81 319	110 338	142 571	183 767
Umsatz (Mark)	20 473 268	27 069 286	35 903 363	49 994 321

* Die Gesamtsumme ist niedriger als die wirkliche Mitgliederzahl, da nicht alle Vereine zur Statistik berichten.

	1903	1905	1097	1909
Verband der Konsum- und Produktivgenossenschaften in Rheinland und Westfalen.				
Zahl der angeschlossenen Vereine	37	72	71	66
Zahl der berichtenden Vereine	34	69	69	65
Mitgliederzahl	20 461	48 881	79 875	113 591
Umsatz (Mark)	3 755 669	12 683 361	24 028 455	35 400 649
Verband sächsischer Konsumvereine.				
Zahl der angeschlossenen Vereine	129	153	162	170
Zahl der berichtenden Vereine	127	148	158	169
Mitgliederzahl	199 716	223 237	234 907	251 003
Umsatz (Mark)	54 980 978	62 093 021	68 016 263	77 493 052
Verband süddeutscher Konsumvereine.				
Zahl der angeschlossenen Vereine	119	158	208	262
Zahl der berichtenden Vereine	110	154	208	256
Mitgliederzahl	83 342	122 152	176 022	220 457
Umsatz (Mark)	23 791 456	34 707 621	48 003 747	62 266 839
Verband Thüringer Konsumvereine.				
Zahl der angeschlossenen Vereine	148	167	191	226
Zahl der berichtenden Vereine	138	144	187	226
Mitgliederzahl	66 295	75 074	94 130	101 640
Umsatz (Mark)	18 032 161	21 809 076	28 298 640	32 037 262


238541
UNIVERSIT
RY

